



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2019

Maximilian Keneder

**Der Diskurs über das
Bedingungslose
Grundeinkommen
Eine Analyse über die
innerdeutsche Debatte seit den
Hartz IV Reformen.**

Masterarbeit bei
Prof. Dr. Christoph Knill
2019

1 EINLEITUNG.....	2
2 ADVOCACY COALITION FRAMEWORK	7
3 KONZEPTSPEZIFIKATION: BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN	13
3.1 Grundgedanke und Definition.....	13
3.2 Begriffserklärungen	14
3.2.1 Negative Einkommenssteuer.....	14
3.2.2 Konsumsteuer.....	16
3.2.3 Sozialdividende.....	17
3.3 Länderbeispiele	18
3.3.1 Alaska Permanent Fund	18
3.3.2 Finnland.....	19
3.3.3 Schweiz.....	20
4 WICHTIGSTE KONZEPTE IN DEUTSCHLAND	21
4.1 Grundeinkommenskonzept von Götz Werner.....	21
4.2 Solidarisches Bürgergeld von Dieter Althaus CDU.....	23
4.3 Liberales Bürgergeld der FDP.....	25
4.4 Grüne Grundsicherung von Bündnis90/Die Grünen	27
4.5 Emanzipatorisches Grundeinkommen von DIE LINKE.....	28
4.6 Solidarisches Grundeinkommen von SPD.....	30
5 METHODIK	33
5.1 Datenerfassung.....	33
5.2 One-Mode und Two-Mode Netzwerk	36
6 ENTWICKLUNG DES DISKURSES.....	40
6.1 Phase 1 (Januar 2005 bis Dezember 2006)	42
6.2 Phase 2 (Januar 2007 bis Dezember 2008)	45
6.3 Phase 3 (Januar 2009 bis Dezember 2010)	47
6.4 Phase 4 (Januar 2011 bis Dezember 2012)	49
6.5 Phase 5 (Januar 2013 bis Dezember 2014)	52

6.6 Phase 6 (Januar 2015 bis Dezember 2016)	55
6.7 Phase 7 (Januar 2018 bis Juli 2018)	57
7 ÜBERPRÜFUNG DER HYPOTHESE	61
7.1 Phase 1 (Januar 2005 bis Dezember 2006)	61
7.2 Phase 2 (Januar 2007 bis Dezember 2008)	63
7.3 Phase 3 (Januar 2009 bis Dezember 2010)	66
7.4 Phase 4 (Januar 2011 bis Dezember 2012)	67
7.5 Phase 5 (Januar 2013 bis Dezember 2014)	69
7.6 Phase 6 (Januar 2015 bis Dezember 2016)	71
7.7 Phase 7 (Januar 2017 bis Juli 2018)	73
8 DISKUSSION DER ERGEBNISSE.....	77
9 AUSBLICK.....	81
10 QUELLEN– UND LITERATURVERZEICHNIS	84

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Darstellung Belief-Systeme (Quelle: Bandelow, 2015)	9
Abbildung 2: Vereinfachtes Grundschema des ACF bis 1998/1999 (Quelle: Bandelow, 2015; in Anlehnung an Sabatier 1993).....	11
Abbildung 3: Vereinfachtes Grundschema des ACF von 2007 (Quelle: Bandelow, 2015; in Anlehnung an Sabatier 1993)	12
Abbildung 4: Steuerlast (Quelle: Althaus & Binkert, 2010).....	24
Abbildung 5: Steuerlast Alleinstehender im Vergleich (Quelle: Wolf, 2016).....	29
Abbildung 6: BGE-Diskurs, Phase 1: 01.01.2005 bis 31.12.2006, Organisation x Konzept.....	43
Abbildung 7: BGE-Diskurs, Phase 1: 01.01.2005 bis 31.12.2006, Person x Konzept.....	44
Abbildung 8: BGE-Diskurs, Phase 2: 01.01.2007 bis 31.12.2008, Organisation x Konzept.....	45
Abbildung 9: BGE-Diskurs, Phase 2: 01.01.2007 bis 31.12.2008, Person x Konzept.....	46
Abbildung 10: BGE-Diskurs, Phase 3: 01.01.2009 bis 31.12.2010, Organisation x Konzept.....	48
Abbildung 11: BGE-Diskurs, Phase 3: 01.01.2009 bis 31.12.2010, Person x Konzept.....	49
Abbildung 12: BGE-Diskurs, Phase 4: 01.01.2011 bis 31.12.2012, Organisation x Konzept.....	50
Abbildung 13: BGE-Diskurs, Phase 4: 01.01.2011 bis 31.12.2012, Person x Konzept.....	52
Abbildung 14: BGE-Diskurs, Phase 5: 01.01.2013 bis 31.12.2014, Organisation x Konzept.....	53
Abbildung 15: BGE-Diskurs, Phase 5: 01.01.2013 bis 31.12.2014, Person x Konzept.....	54
Abbildung 16: BGE-Diskurs, Phase 6: 01.01.2015 bis 31.12.2016, Organisation x Konzept.....	55
Abbildung 17: BGE-Diskurs, Phase 6: 01.01.2015 bis 31.12.2016, Person x Konzept.....	56
Abbildung 18: BGE-Diskurs, Phase 7: 01.01.2017 bis 31.07.2018, Organisation x Konzept.....	58
Abbildung 19: BGE-Diskurs, Phase 7: 01.01.2017 bis 31.07.2018, Person x Konzept.....	59
Abbildung 20: Kongruenznetzwerk, Phase 1: 01.01.2005 bis 31.12.2006	62
Abbildung 21: Konfliktnetzwerk, Phase 1: 01.01.2005 bis 31.12.2006.....	63
Abbildung 22: Kongruenznetzwerk, Phase 2: 01.01.2007 bis 31.12.2008	64
Abbildung 23: Konfliktnetzwerk, Phase 2: 01.01.2007 bis 31.12.2008.....	65
Abbildung 24: Subtraktionsnetzwerk, Phase 3: 01.01.2009 bis 31.12.2010	66
Abbildung 25: Subtraktionsnetzwerk, Phase 4: 01.01.2011 bis 31.12.2012	68
Abbildung 26: Subtraktionsnetzwerk, Phase 5: 01.01.2013 bis 31.12.2014	70
Abbildung 27: Subtraktionsnetzwerk, Phase 6: 01.01.2015 bis 31.12.2016	71
Abbildung 28: Kongruenznetzwerk, Phase 7: 01.01.2017 bis 31.07.2018	73
Abbildung 29: Konfliktnetzwerk, Phase 7: 01.01.2017 bis 31.07.2018.....	75

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Datengrundlage (Eigene Darstellung)	35
Tabelle 2: Zusammensetzung der Organisationen - Ohne Parteien (Eigene Darstellung)	41
Tabelle 3: Farblegende für die Abbildungen 6 bis 29.....	42

Hinweis zur geschlechtsneutralen Schreibweise

In der folgenden Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich das generische Maskulin bei personenbezogenen Substantiven und Pronomen verwendet. Die Arbeit bezieht sich dabei auf Personen beiderlei Geschlechts und impliziert keine Benachteiligung des weiblichen Geschlechts, sondern soll im Sinne der sprachlichen Vereinfachung als geschlechtsneutral zu verstehen sein.

Zusammenfassung: Im Anschluss an die „Agenda 2010“ begann in Deutschland eine politische und gesellschaftliche Debatte um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Im Zuge der letzten 15 Jahre hat jede größere deutsche Partei ein eigenes Grundeinkommenskonzept erarbeitet und vorgestellt, welche in der vorliegenden Arbeit dargelegt und kritisch hinterfragt werden. Mit Hilfe der Diskursnetzwerkanalyse wird der innerdeutsche Diskurs seit den Hartz IV–Reformen nachgezeichnet und analysiert. Außerdem wird der Fragestellung nachgegangen, warum es bislang zu keinem Systemwandel hin zum bedingungslosen Grundeinkommen gekommen ist. Dabei dient der Analyserahmen – das Advocacy-Coalition Framework - von Sabatier dazu, den nicht zustande gekommenen Systemwandel zu erklären. Hierbei liegt der Fokus auf dem Belief-System und der Koalitionsbildung im Subsystem. Durch das hohe Maß an Heterogenität im Diskurs sowie die fehlende Annäherung zwischen den verschiedenen Organisationen im Subsystem wird der fehlende Systemwandel erklärt.

Schlüsselwörter: Diskursnetzwerkanalyse, Discourse Network Analyzer, bedingungsloses Grundeinkommen, Advocacy Coalition Framework, Policy-Wandel

Abstract: The "Agenda 2010" sparked a political and social debate in Germany on the introduction of an unconditional basic income. Over the past 15 years, every major German party has developed and introduced its own basic income concept. These are individually presented and critically questioned in this paper. With the help of the Discourse Network Analyzer, we examine and analyze the development of the inner-German discourse since the Hartz IV reforms. In addition, we investigate why there has been no change towards a basic income in the German system until now. We then use Sabatier's framework of analysis, the Advocacy-Coalition Framework, to explain the system change that did not take place. The focus then shifts to the belief system and the formation of coalitions in the subsystem. The lack of systemic change is explained by the high degree of heterogeneity in the discourse and the absence of rapprochement between the various organizations in the subsystem.

Keywords: Discourse Network Analysis, Discourse Network Analyzer, unconditional basic income, Advocacy-Coalition Framework, Policy-Change

1 Einleitung

Im Zuge der stark umstrittenen „Agenda 2010“ fand die bis dahin größte Arbeitsmarktreform seit der Wiedervereinigung in Deutschland statt (Hartz IV Reform). Die Reformpläne lösten große Debatten sowie innerparteiliche Diskussionen aus (Schmergal, 2004). Die Reaktionen auf die Hartz-Gesetze waren sehr unterschiedlich und wurden auf der einen Seite als Anfang vom Ende des deutschen Sozialstaates gesehen und auf der anderen Seite wurde die Reform als Durchbruch einer Reformblockade begrüßt (Belwe, 2005). Die Zielsetzung „Fördern und Fordern“ sollte die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt verbessern (Belwe, 2005). In den ersten zwei Jahren nach der Einführung waren keine deutlichen Verbesserungen der Arbeitslosenzahlen zu erkennen (Statista, 2019). Seit 2009 nahm die Arbeitslosenquote von damals 9% stetig bis auf 5,2% im Jahr 2018 ab (Statista, 2019). Dennoch kam es trotz mehrerer Reformen beziehungsweise Gesetzesanpassungen, welche die Akzeptanz erhöhen hätten sollen, in den Folgejahren zu großen Protesten (Montagsmärsche 2008) gegen die Arbeitsmarktreform (dpa, 2008). In dieser Zeit kamen sowohl von Seiten der Opposition [FDP – Liberales Bürgergeld (2005) & Bündnis90/Die Grünen – Grüne Grundsicherung (2006)] als auch von Seiten der Regierungspartei (CDU – Solidarisches Bürgergeld 2006/2010) Reformvorschläge, welche sich mehr oder weniger an der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens orientierten. Ein Jahr später veröffentlichte Götz Werner sein Buch „Einkommen für alle“, in dem er für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens plädiert. In den folgenden Jahren verstand sich Werner als Impulsgeber und Vorkämpfer für die Einführung eines Grundeinkommens, welches sowohl existenz- als auch teilhabesichernd sein soll (Werner, 2007). Nach knapp zehn Jahren stellte dann zunächst die Linkspartei (Emanzipatorisches Grundeinkommen 2016) mit viel Vorlauf sowie Beschlüssen an mehreren Parteitag und ein Jahr später dann die SPD (Solidarisches Bürgergeld), welche sich sehr lange ablehnend gegenüber dem Grundeinkommen geäußert hatte, ihre Grundeinkommenskonzepte vor. Hierbei steht die grundsätzliche Frage über das Verständnis und die Aufgaben des Sozialstaates im Raum, ob die grundlegende Prämisse „Fordern und Fördern“ lautet oder eine bedingungslose Sicherung, nicht nur der Existenz, sondern vor allem auf der sozialen Teilhabe gewährleistet werden sollte.

Zu dieser Zeit erhält das grundsätzliche Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, sowie die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Konzepten immer mehr Einzug in die

wissenschaftliche Debatte sowie erhöhte Aufmerksamkeit in der medialen Berichterstattung (z.B. Zeitungen, Talkshows, etc.). Verschiedenste Autoren und Werke befassen sich mit der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens sowie deren Umsetzung. Ein Auszug davon wird im folgenden Abschnitt dargestellt.

In dem Buch „Das Grundeinkommen“ von Werner, Eichhorn und Friedrich aus dem Jahr 2012 wird das allgemeine Konzept des Grundeinkommens erläutert. Dieses ist in drei große Grundkapitel unterteilt (Würdigung – Wertung – Wege). Dabei wird zunächst das positive Menschenbild, welches dem Grundeinkommen zugrunde liegt hervorgehoben (Liebermann, 2012) sowie das Grundrecht auf Grundeinkommen diskutiert (Eichhorn & Presse, 2012). Außerdem werden die gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten und Konsequenzen erörtert (Wigger, 2012; Hardorp, 2012). Ebenso werden die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Gesellschaft erläutert (Dellbrügger & Stegerer, 2012). Überdies werden verschiedene Wege hin zum Grundeinkommen diskutiert wie die Konsumbesteuerung (Friedrich, 2012). Außerdem werden Feldexperimente zur Erforschung der Effekte eines Grundeinkommens auf die Gesellschaft erläutert (Spermann, 2012).

Vobruba zeigt in seinem Buch „Entkoppelung von Arbeit und Einkommen“ aus dem Jahr 2007 den allgemeinen Diskurs über die Grundideen des bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland auf und diskutiert die verschiedenen Argumente, welche für ein Grundeinkommen sprechen. Dabei beschäftigt er sich aber nicht im Speziellen mit bestimmten Konzepten oder ermöglicht eine detaillierte Nachverfolgung des Diskurses. Dennoch stellt er auch schon im Jahr 2007 fest, dass die Ungenauigkeit und fehlende Trennschärfe innerhalb des Diskurses problematisch ist (Vobruba, 2007).

Hohenleitner und Straubhaar beschäftigen sich in ihrem Buch (Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte) hingegen mit dem Grundeinkommen als Alternative zum aktuellen Sozialstaat und sehen das „Solidarische Bürgergeld“ als realtypisches Konzept (Hohenleitner & Straubhaar, 2008). Opielka (2008) befasst sich zu derselben Zeit mit der Finanzierbarkeit des „Solidarischen Bürgergeldes“ und stellt diese fest.

Ebenso gibt es aber auch kritische Stimmen wie von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die zwar die gesellschaftlichen Herausforderungen betont aber gleichzeitig, dass das bedingungslose Grundeinkommen keine zufriedenstellende Antwort auf die zukünftigen Probleme geben kann (Tönshoff, Brandherm & Philipps, 2017). Dabei werden vor allem die liberal-

konservativen Konzepte als problematisch herausgestellt (Tönshoff, Brandherm & Philipps, 2017).

All diese Studien beschäftigen sich aber nicht mit der Frage, warum bisher kein Konzept annähernd vor der Umsetzung gestanden oder inwieweit sich die Debatte in der Vergangenheit gewandelt hat. Dies soll in dieser Arbeit erläutert und analysiert werden. Zunächst schließt sich aber die Frage an, was zum einen passieren und welche Mechanismen zum anderen ineinandergreifen müssten, damit es zu einem radikalen Systemwandel in der deutschen Sozialpolitik kommt?

In der Politikwissenschaft gibt es bezüglich der Frage nach Politikwandel verschiedene Modelle und Theorien, welche diesen erklären können.

Funktionalistische Theorien sehen Wandel als Reaktion auf veränderte sozio-ökonomische Umstände und daraus folgenden Herausforderungen (Obinger, 2015). Somit stellen wirtschaftliche und technologische Entwicklungen und die darauffolgenden Veränderungen auf die Gesellschaft den hauptsächlichen Grund für Wandel da (Obinger, 2015). Durch diesen Theorienzweig lassen sich die Anfänge der Sozialpolitik in den Wohlfahrtsstaaten erklären (Obinger, 2015). Darauf aufbauend, hätte es im Zuge der Digitalisierung und Robotisierung auch in Deutschland zu einem Wandel in der Sozialpolitik kommen müssen.

Dieser These widersprechend, stellte Schmidt (1996) die „parties-do-matter“ Hypothese gegenüber, welche auf der Parteiendifferenzthese von Hibbs (1992) aufbaut, welche besagt, dass der ausschlaggebende Faktor für politische Entscheidungen die Zusammensetzung der Regierung ist. Schmidt (1996) führt aus, dass die Opposition keinerlei Einfluss auf die Regierung besitzt und somit der Gestaltungsspielraum der Regierungsparteien sehr hoch ist. Dadurch sind die Wählerpräferenzen der ausschlaggebende Grund für die Umsetzung von verschiedenen politischen Entscheidungen (Schmidt, 1996). Trotz ähnlicher Modelle führte dies während der schwarz-gelben Koalition dennoch nicht zur Umsetzung eines Konzeptes.

Ebenso kann die Vetospielertheorie den ausbleibenden Wandel nicht erklären. Grundsätzlich besagt diese, dass Akteure ihre Präferenzen durchsetzen und ihre Macht ausbauen möchten (Ganghof & Schulze, 2015). Die wichtigsten Machtressourcen sind das Agenda-Setting sowie die Vetomacht (Ganghof & Schulze, 2015). Damit können diese die Gesetzgebung in ihrem Willen beeinflussen (Ganghof & Schulze, 2015). Die Union nutzte ihre Regierungsposition nicht, um ihr eigenes Konzept geschickt auf der Agenda zu platzieren und musste ebenfalls nie ihre Vetomacht nutzen, um ein anderes Konzept abzulehnen.

Auf den ersten Blick erscheint es so, als könnte das Konzept der Pfadabhängigkeit den ausbleibenden Wandel erklären. Die grundlegende Überlegung besteht darin, dass sich in Konkurrenzsituationen nicht zwingend der effizientere Weg durchsetzt, sondern aufgrund von Entscheidungen in der Vergangenheit am eingeschlagenen Weg festgehalten wird (Beyer, 2015). Dabei spielen vor allem „increasing returns“ eine große Rolle, denen ein Selbstverstärkungsprozess zugrunde liegt (Beyer, 2015). In der Policy-Forschung sorgte Pierson (2000) mit seinem Artikel „Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics“ für die Etablierung des Konzeptes, wobei er davon ausgeht, dass bei Institutionen „increasing returns“ gegeben sind. Wobei er ebenfalls darauf hinweist, dass sich zum einen Machtsymmetrien ändern können und nicht jeder Pfad von Selbstverstärkungsprozessen geprägt sein muss (Pierson, 2000). Beyer weist ebenfalls darauf hin, dass aufgrund von geringen oder überschaubaren Transaktionskosten oder auch aufgrund von Umweltveränderungen eine Abkehr vom eingeschlagenen Weg möglich ist (Beyer, 2011). Im Falle eines Systemwandels hin zum Grundeinkommen wären die Kosten zwar nicht gering aber wohl kalkulierbar und ebenso fand in den letzten Jahren beziehungsweise findet auch in der Zukunft aufgrund der Digitalisierung und Robotisierung eine drastische Veränderung der umgebenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen statt. Dies muss zwar nicht zwingend einen Systemwandel nach sich ziehen aber würde ihn dennoch begünstigen.

Im Gegensatz zu den zuvor erläuterten Theorien und Konzepten bietet das Advocacy-Coalition Framework von Sabatier die Möglichkeit das Ausbleiben eines Systemwandels in der deutschen Sozialpolitik hin zum Grundeinkommen zu erklären. Dem Analyserahmen liegt zugrunde, dass Akteure in einem Subsystem agieren und sich aufgrund von gleichen Überzeugungen in diesem zu Koalitionen zusammenfinden und gemeinsam koordiniert vorgehen (Sabatier & Weible, 2007). Dadurch sind inkrementelle Veränderungen häufiger als weitreichende Reformen. Politischen Veränderungen kommen entweder nach internen oder externen Schocks, ausgehandelte Kompromisse oder policy-orientiertem Lernen der Akteure zustande (Sabatier & Weible, 2007). Damit Kompromisse zustande kommen, muss ein Problemdruck vorhanden sein, welcher im Falle des Grundeinkommens aufgrund der Unzufriedenheit mit dem aktuellen Sozialsystem gegeben ist. Ebenso findet eine Bewusstseinsmachung in der Öffentlichkeit statt, was zu einem internen Schock bei den Akteuren führen kann. Außerdem gab es verschiedene exogene Schocks (Finanzkrise, Eurokrise und Flüchtlingskrise), welche ebenfalls zu Veränderungen hätten führen können.

Aber ohne Koalitionsbildung innerhalb des Subsystems werden sowohl kleine als auch große Veränderungen trotz der oben genannten Einflüsse sehr unwahrscheinlich. In Kombination mit dem Discourse Network Analyzer von Leifeld lässt sich sowohl der Diskursverlauf als auch der Versuch der Koalitionsbildung im Subsystem aufzeigen.

Dadurch ergibt sich folgende Fragestellung, welche in dieser Arbeit erläutert und diskutiert wird:

Inwiefern hat sich die innerdeutsche Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen seit den Hartz IV Reformen verändert und warum kam es zu keinem Systemwandel im deutschen Sozialsystem?

Zunächst wird der Analyserahmen von Sabatier und die darauf aufbauende Hypothese erläutert. Im Anschluss wird grundsätzlich auf das Grundeinkommen und verschiedene Länderbeispiele eingegangen. Daran anschließend werden die wichtigsten deutschen Konzepte erläutert und diskutiert. Im fünften Kapitel wird sowohl der Prozess der Datenerfassung und zum anderen die verschiedenen Netzwerktypen erläutert. Daran anschließend wird die Entwicklung des Diskurses – eingeteilt in sieben Untersuchungsphasen - nachgezeichnet und kritisch hinterfragt. In dem siebten Abschnitt wird mithilfe von One-Mode Netzwerken die Hypothese überprüft. Im Anschluss daran werden die Ergebnisse kritisch diskutiert. Zum Abschluss wird ein Ausblick über die zukünftige Entwicklung gewagt.

2 Advocacy Coalition Framework

Sabatier entwickelte das Advocacy Coalition Framework (ACF) seit den 80er Jahren als Alternative zu der vorherrschenden Phasenheuristik über mehrere Jahrzehnte hinweg immer wieder weiter (Sabatier, 1998). Sabatier sieht das ACF nicht als Theorie oder Modell, sondern als Analyserahmen an, welcher zwar auch Variablen benennen und konkrete Hypothesen entwickeln kann, aber dabei weniger logisch stringent als Theorien oder Modelle ist, wodurch das ACF aber eine größere Reichweite besitzt (Bandelow, 2015). Das ursprüngliche Ziel des ACF formuliert Sabatier (1998 S.2) wie folgt:

“Its goal was to provide a coherent understanding of the major factors and processes affecting the overall policy process – including problem definition, policy formulation, implementation and revision in a specific policy domain – over periods of a decade or more.”

Dabei soll das ACF eine Analyse von komplexen Situationen, mit hunderten Akteuren von verschiedenen Organisationen ermöglichen und deren Einfluss auf den gesamten Prozess analysierbar machen (Sabatier, 1998). Das ACF schließt an die Arbeiten von Heclo an, der Politikwandel als eine Folge des Produkts von großen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umbrüchen und strategischer Interaktion von Personen innerhalb eines politischen Systems ansieht (Sabatier, 1988). Dabei sollen dessen Erkenntnisse in einen konzeptuellen Analyserahmen übersetzt werden (Sabatier, 1988).

In den vergangenen Jahren gab es einige Modifikationen und Ergänzungen des ACF's. Im Folgenden wird auf diese Entwicklung eingegangen und die wesentlichen drei Grundannahmen (Politische Subsysteme, Belief-Systeme & Advocacy-Koalitionen), welche in verschiedenen Ausprägungen in allen Darstellungen des ACF vorhanden sind, werden detaillierter erklärt. Außerdem werden die verschiedenen Möglichkeiten erläutert, welche Auslöser für einen Politikwandel darstellen können.

Zu Beginn hatte das ACF drei grundlegende Prämissen:

1. Verständnisdewinn über den Wandlungsprozess und die Rolle des policy-orientierten Lernens über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren
2. Die Fokussierung auf Subsysteme, in welchen Akteure interagieren
3. Darstellung der öffentlichen Politik und von Programmen als Belief-Systeme

Sabatier definiert ein Subsystem 1993 wie folgt:

„Let us define a policy subsystem as the set of actors who are involved in dealing with a policy problem“ (Sabatier, 1993 S. 24).

Innerhalb eines Subsystems lassen sich die verschiedenen Akteure zu „Advocacy-Koalitionen“ zusammenfassen, welche ähnliche Überzeugungen teilen und häufig gemeinsam und koordiniert agieren (Sabstier, 1988). Zusätzlich zu diesen Advocacy-Koalitionen bilden sich sogenannte „Policy-Vermittler“ heraus, welche innerhalb des Subsystems agieren und zum einen größere Konflikte vermeiden wollen und zum anderen versuchen Kompromisse zwischen den verschiedenen Advocacy-Koalitionen zu vermitteln (Sabatier, 1988). Wobei diese „Policy-Vermittler nicht zwingend vorhanden sein müssen (Bandelow, 2015).

Tanja Zinterer (2010) definiert Advocacy-Koalitionen in dem Lexikon für Politikwissenschaft wie folgt:

„Begriff aus der Wissenspolitologie, der eine Koalition aus verschiedenen politischen Akteuren innerhalb eines Policy-Subsystems bezeichnet, die über ähnliche Ziele und Handlungsorientierungen verfügen.“

Dabei können sich in einer Advocacy-Koalition nicht nur politische Akteure, wie Parteien, Interessengruppen und Bürgerinitiativen, sondern auch Journalisten und Wissenschaftler, welche über ähnliche Ziele verfügen zu einer Advocacy-Koalition zusammenschließen, um in diesem Subsystem ihre Ziele gemeinsam zu erreichen (Sabatier, 1988 & 1993). Sobald diese zu einem bestimmten Grad koordiniert vorgehen, bilden sie eine Advocacy-Koalition (Sabatier & Weible, 2007). Typischerweise befinden sich in jedem Subsystem zwei bis fünf Advocacy-

Koalitionen (Sabatier & Weible, 2007). Advocacy-Koalitionen basieren auf Akteuren, welche dieselben Überzeugungen bezüglich des Belief-Systems teilen.

Jedes Belief-System einer Koalition besitzt hierarchisch organisierte Strukturen mit mehr oder weniger wichtigen Beliefs. Das höchste Level bilden hierbei die „deep normative core beliefs“ (allgemeine Kernüberzeugungen), welche sich selten bis nahezu nie verändern (Sabatier 1998). Diese umfassen die Grundüberzeugungen einer Person, welche auf alle Politikfelder zutreffen. Dazu gehören unter anderem das Menschenbild oder die Einstellung zur Natur (Teil oder Herrscher der Natur) und haben sehr starke Auswirkungen auf politische Ansichten wie Freiheit, Sicherheit oder Macht (1988, Sabatier). In Bezug auf diese Arbeit zählen grundsätzliche Einstellung wie die Befürwortung der Demokratie oder die Gleichheit eines jedes Individuums sowie die Befürwortung der Menschenwürde dazu.

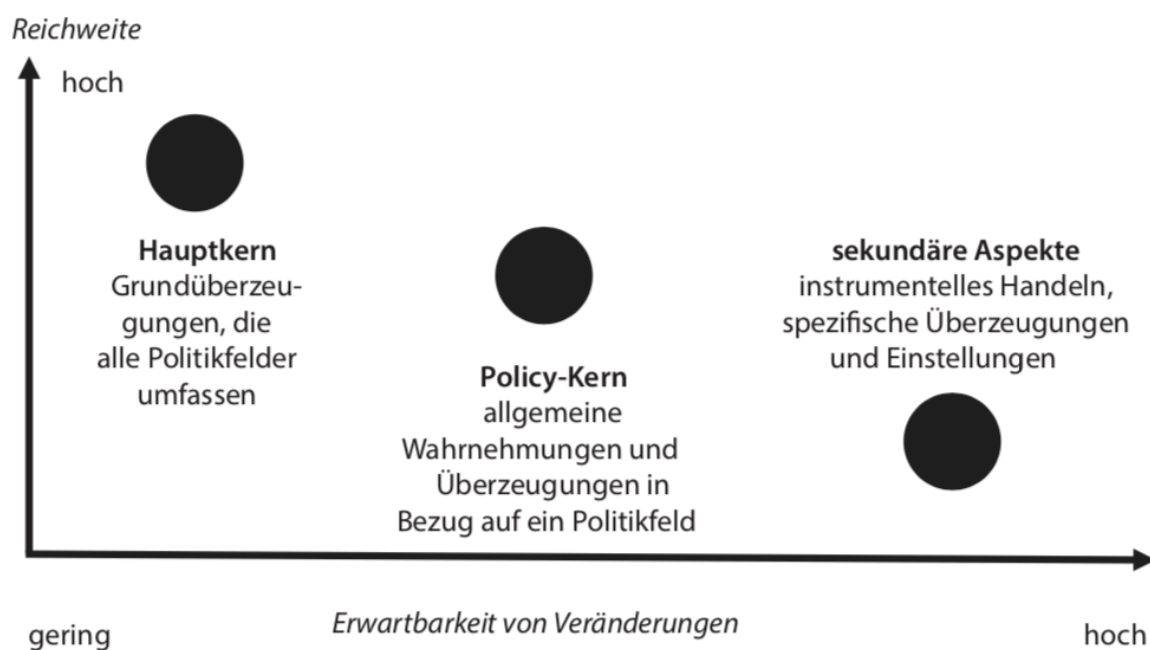


Abbildung 1: Darstellung Belief-Systeme (Quelle: Bandelow, 2015)

Das nächste Level bilden die „near policy core beliefs“ (policy-bezogene Kernüberzeugungen), welche sich auf das Politikfeld beziehen und wenn überhaupt nur über einen längeren Zeitraum verändern (Sabatier, 1998). Diese beziehen sich meist auf ein und in wenigen Fällen auch auf ein paar weitere Politikfelder (Sabatier, 1988). Diese können sich zum Beispiel durch Optimismus oder Pessimismus bezüglich neuer Technologien oder der Bevorzugung von Experten gegenüber gewählten Parlamentariern ausdrücken (Sabatier, 1988). In Bezug auf die

folgende Arbeit ist zum Beispiel die Einstellung gegenüber der Grundsicherung als existenz- oder aber als teilhabesichernde Maßnahme entscheidend, ebenso wie die Einstellung durch was ein Anspruch auf bestimmte Hilfen entsteht (Bezahlung für vorangegangene Leistung versus Einkommen als Grundrecht sowie Staatsbürger versus. Hauptwohnsitz).

Die unterste Ebene bilden die “secondary aspects” (sekundäre Aspekte), welche sich aufgrund neuer Erkenntnisse, Erfahrungen oder der strategischen Neuausrichtung relativ leicht ändern und somit deutlich weniger stabil sind (Sabatier, 1998). Auf dieser Ebene werden die meisten administrativen und sogar legislativen politischen Entscheidungen getroffen (Sabatier, 1988). Diese richten sich speziell nach dem Subsystem und umfassen Entscheidungen bezüglich Finanzierung, administrativen Regeln oder die Interpretation von Gesetzen (Sabatier, 1988). In dieser Arbeit geht es auf dieser Ebene zum Beispiel um die Höhe eines Grundeinkommens oder um die administrative Ausgestaltung (welche Behörde zahlt ein mögliches Grundeinkommen aus).

Zu diesem Zeitpunkt definiert Sabatier das Hauptargument des Analyserahmens wie folgt:

„while policy-oriented learning is an important aspect of policy change and can often alter secondary aspects of a coalition’s belief system, changes in the core aspects of a policy are usually the results of perturbations in non-cognitive factors external to the subsystem.”
(Sabatier, 1988, 134)

Somit sieht Sabatier Policy-orientiertes Lernen und externe Schocks als die Ursprünge von Politikwandel an. Wobei hier klar zu stellen ist, dass mit Lernen nicht der pädagogische Lernbegriff gemeint ist, sondern eher eine Modifikation des Belief-Systems stattfindet, welches üblicherweise innerhalb von Advocacy-Koalitionen geschieht (Bandelow, 2015). Dabei werden aber normalerweise nicht die eigenen Kernüberzeugungen in Frage gestellt (Bandelow, 2015). Sabatier und Jenkins-Smith definieren Policy-orientiertes Lernen bezogen auf das ACF als:

„relatively enduring alternations of thought or behavioral intentions that result from experience and/or new information and that are concerned with the attainment or revision of policy objectives” (Sabatier & Jenkins-Smith, 1999 S. 123)

Externe Schocks können in diesem Zusammenhang Veränderungen der makroökonomischen Bedingungen oder Regierungswechsel darstellen (Sabatier, 1988). Einer der wichtigsten Effekte von externen Schocks ist die Umverteilung von Ressourcen innerhalb eines Policy-Subsystems, welche zu einem Austausch der dominanten Koalition durch eine Minderheitenkoalition führen kann (Sabatier & Jenkins-Smith, 1993).

In Abbildung 2 ist ein vereinfachtes Grundscheema des ACF abgebildet, welches die Form des ursprünglichen ACF (1998/1999) darstellt, welches von Bandelow in Anlehnung an die Originalfassung von Sabatier erarbeitet worden ist.

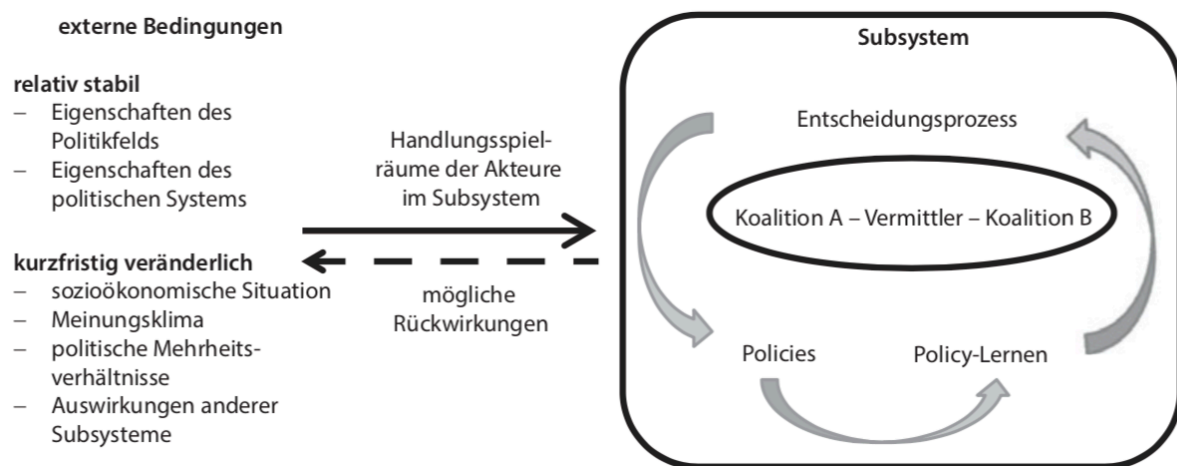


Abbildung 2: Vereinfachtes Grundscheema des ACF bis 1998/1999 (Quelle: Bandelow, 2015; in Anlehnung an Sabatier 1993)

Nachdem einige kleinere Anpassungen über die Jahre hinweg erfolgt sind, folgt in Kooperation mit Christopher Weible im Jahr 2007 eine große Überarbeitung des ACF, welche ein paar grundlegende Änderungen aufweist. Diese Überarbeitung geht vor allem darauf zurück, dass das ACF von einigen Wissenschaftlern genutzt und kritisch hinterfragt wurde und somit eine weitere Überarbeitung notwendig geworden ist (Sabatier & Weible, 2007).

Während das ACF bis zu seiner Überarbeitung 2007 mit zwei grundsätzlichen Variablensets (relativ stabile und relativ veränderliche Parameter) arbeitete, wurde mit dem Variablenset „politische Gelegenheitsstrukturen“ ein drittes Variablenset hinzugefügt, welches vor allem institutionalistische Perspektiven beinhaltet (Sabatier & Weible, 2007).

Außerdem fand eine Spezifizierung der Ressourcen einer Advocacy-Koalition statt, wobei sechs verschiedene mögliche Ressourcen (z.B. finanzielle Ressourcen oder Informationen) genannt werden (Sabatier & Weible, 2007).

Die wichtigsten Änderungen beziehungsweise Ergänzungen sind die Nennung zweier weiterer Wege, welche zu einer politischen Veränderung führen können. Zum einen „interne Schocks“ und zum anderen „ausgehandelte Kompromisse“ (Sabatier & Weible, 2007).

Interne Schocks führen zum einen aufgrund der Bewusstseinsmachung eines Problems in der Öffentlichkeit zu einer Machtverschiebung innerhalb des Subsystems und zum anderen beeinflussen sie die Beliefs (Minderheitenkoalitionen werden in ihren Ansichten gestärkt und die Zweifel bei den dominanten Koalitionen werden erhöht) der Koalitionen im Subsystem (Sabatier & Weible, 2007).

Ausgehandelte Kompromisse zwischen konkurrierenden Koalitionen im Subsystem können auch ohne internen oder externen Schock zustande kommen, wenn der Problemdruck groß genug ist (Sabatier & Weible, 2007). Sabatier und Weible beziehen sich hierbei auf die Literatur der „alternative dispute resolution“ (ADR). Damit ein Kompromiss zustande kommen kann, muss eine „professional fora“ bestehen und bestimmte Vorschriften (Verhandlungswerte) eingehalten werden (Sabatier & Weible, 2007). Dabei handelt es sich zum Beispiel um Vertrauensaufbau oder den Willen zur ernsthaften und seriösen Diskussion (Sabatier & Weible, 2007). Abbildung 3 zeigt ein aktualisiertes Schema des ACF, welches den letzten Stand von 2007 widerspiegelt.

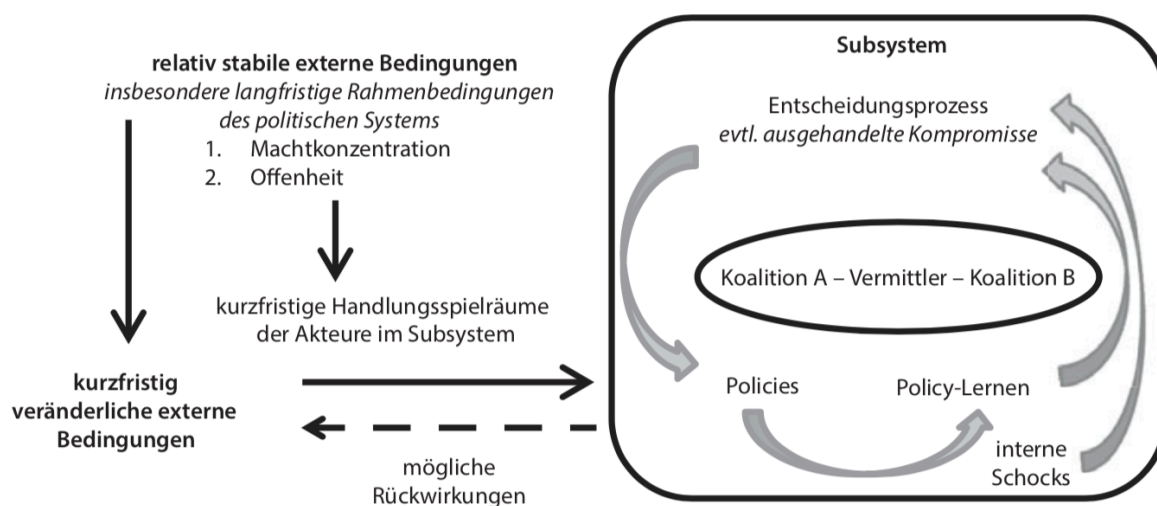


Abbildung 3: Vereinfachtes Grundschema des ACF von 2007 (Quelle: Bandelow, 2015; in Anlehnung an Sabatier 1993)

Darauf aufbauend ergibt sich folgende Hypothese:

H₁: Aufgrund fehlender gleicher policy-bezogener Kernüberzeugungen bildete sich keine Advocacy-Koalition im Subsystem des Diskurses über das bedingungslose Grundeinkommen.

3 Konzeptspezifikation: Bedingungsloses Grundeinkommen

3.1 Grundgedanke und Definition

In dem öffentlichen Diskurs um ein bedingungsloses Grundeinkommen wird sowohl national als auch international über verschiedene Konzepte diskutiert, ohne dabei durch eine klare Definition der Begrifflichkeit eine gemeinsame Diskussionsbasis zu schaffen. Im weiteren Verlauf der Arbeit, bei der Ausarbeitung der verschiedenen in Deutschland diskutierten Konzepte wird dies auch deutlich. Im Folgenden finden sich zwei Definitionen. Eine von Ronald Blaschke einem Mitbegründer des Unconditional Basic Income Europe (UBIE) Netzwerks und eine andere von Ute Fischer von der Bundeszentrale für politische Bildung.

„Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das jedem Menschen bedingungslos monatlich gewährt wird – „von der Wiege bis zur Bahre“. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch gewähren sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.“ (Blaschke, 2017)

„Das Grundeinkommen erhält jede und jeder ohne Bedingungen, ohne dass ein Bedarf besteht und ohne dass eine Gegenleistung erbracht werden muss. Es wird überwiesen ohne Überprüfung der eigenen Einkommensverhältnisse oder sonstige Nachweise von Aktivitäten. Weder muss man bürgerschaftliches Engagement vorweisen, noch die Pflege von Angehörigen oder Versuche, Arbeit zu finden. Auch Kinder und alte Menschen erhalten es, genauso wie Reiche. Das Grundeinkommen soll so hoch sein, dass der Lebensunterhalt gesichert und soziale Teilhabe möglich ist.“ (Fischer, 2016)

Im Großen und Ganzen ist der Kern der beiden Definitionen recht ähnlich aber im Detail besitzen diese doch entscheidende Unterschiede. Wohingegen bei Blaschke klar definiert ist, dass es sich um eine monatliche Zahlung handelt und diese von Geburt bis zum Tod einen Rechtsanspruch darstellt, fehlen diese Informationen bei Fischer. Diese geht im Gegensatz zu Blaschke deutlich detaillierter auf das Nichtvorhandensein von bestimmten Voraussetzungen ein (s.o.), wobei dieser diese zusammenfasst („sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit oder anderen Gegenleistungen“). Ein sehr wichtiger Punkt, der in beiden

Definitionen vertreten ist, ist die Sicherung der Existenz und der gesellschaftlichen beziehungsweise sozialen Teilhabe. Wenn die jährliche Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens gleich ist, spielt es wohl keine entscheidende Rolle, ob dieses monatlich, quartalsweise oder jährlich ausbezahlt wird. Wohingegen es einen Unterschied macht, ob man von der Wiege bis zur Bahre ein Grundeinkommen in selber Höhe oder mit Abstufungen erhält. Wobei diese Differenzierung wohl keinen allzu gravierenden Unterschied machen würde bei einem so entscheidenden Wandel des Sozialsystem.

3.2 Begriffserklärungen

Im folgenden Abschnitt werden zentrale Begrifflichkeiten definiert und erläutert, welche häufig im Zusammenhang mit dem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) verwendet werden und im innerdeutschen Diskurs nicht allgemein bekannt sind.

3.2.1 Negative Einkommenssteuer

Die Negative Einkommenssteuer (NES) ist ein mögliches Finanzierungskonzept des BGE. Die Idee wurde schon von dem französischen Volkswirtschaftler Antoine Augustin Cournot im 19. Jahrhundert sowie von der britischen Ökonomin Juliet Rhys-Williams erläutert und diskutiert.

„The NIT (Negative Income Tax)-concept was already mentioned by Cournot as „impôt négatif“ and elaborated in detail by Lady Rhys-Williams in the form of the „social-dividend-type“, whereas two decades later Milton Friedman proposed a „poverty-gap-type“.“ (Petersen, 1995).

Milton Friedman griff den Grundgedanken von Cournot und Rhys-Williams in seinem Buch „Capitalism and Freedom“ von 1962 auf und entwickelt daraus ein Modell, auf das sich im Wesentlichen die meisten Konzepte des BGE, welche durch eine NES finanziert werden sollen, beziehen. Auf dieses Modell wird im Folgenden kurz eingegangen.

Das Modell der negativen Einkommenssteuer zeigt auf, wie der Mechanismus der staatlichen Zuwendungen funktionieren könnte. In dem NES Modell von Friedmann bedarf es weder einer Bedürftigkeitsprüfung noch der Bereitschaft eine (Erwerbs-) Arbeit aufzunehmen (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste, 2008). Außerdem betont er, dass jedem Menschen

der Gesellschaft ein bestimmtes Maß an Mindestsicherung zusteht (Friedman, 1962). Zunächst wird ein Schwellenwert (Steuerfreibetrag) festgelegt. Jegliches Einkommen, welches diesen Betrag überschreitet wird mit einer „Flat Tax“ (einem negativen Einkommenssteuersatz) besteuert (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste, 2008). Bei der Festlegung der Höhe des Schwellenwertes verweist er auf die Möglichkeiten der öffentlichen Hand (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste, 2008). Das persönliche Einkommen wird anschließend mit der Flat Tax und der negativen Einkommenssteuer verrechnet (siehe nachfolgende Formel).

Formeln:

$$\text{Steuersatz} \times (\text{Einkommen} - \text{Schwellenwert}) = \text{Steuerschuld}$$

$$| \text{Einkommen} - \text{Steuerschuld} | = \text{Nettogesamteinkommen}$$

Rechenbeispiele:

1. Einkommen von 0€ führt zu einem Nettogesamteinkommen von 500€

$$\begin{aligned} \frac{1}{2} \times (0\text{€} - 1000\text{€}) &= -500\text{€} \\ | 0\text{€} - 500\text{€} | &= 500\text{€} \end{aligned}$$

2. Einkommen von 400€ führt zu einem Nettogesamteinkommen von 700€

$$\begin{aligned} \frac{1}{2} \times (400\text{€} - 1000\text{€}) &= -300\text{€} \\ | 400\text{€} - (-300\text{€}) | &= 700\text{€} \end{aligned}$$

3. Einkommen von 1000€ führt zu einem Nettogesamteinkommen von 1000€

$$\frac{1}{2} \times (1000\text{€} - 1000\text{€}) = 0\text{€}$$

$$| 1000\text{€} - 0\text{€} | = 1000\text{€}$$

4. Einkommen von 2500€ führt zu einem Nettogesamteinkommen von 1750€

$$\frac{1}{2} \times (2500\text{€} - 1000\text{€}) = 750\text{€}$$

$$| 2500\text{€} - 750\text{€} | = 1750\text{€}$$

In den obigen Rechenbeispielen wurde eine Flat Tax von 50% festgelegt, welche auch Friedman in seinem Modell vorgeschlagen hatte. Außerdem wird von einem Schwellenwert von 1000€ ausgegangen, da dieser vor allem durch Werner Götz in der deutschen Wahrnehmung sehr präsent ist.

Hierbei zeigt sich, dass für Einkommen unter dem Schwellenwert eine negative Einkommenssteuer errechnet wird und somit eine Auszahlung an die betroffenen Personen erfolgt und erst nach überschreiten des Grenzwertes eine Steuer fällig wird, welche dann trotz einer Flat Tax als progressiver Steuersatz anzusehen ist, da die Steuerbelastung durch den Schwellenwert (welcher bei einem Überschreiten als Freibetrag fungiert) mit höherem Einkommen prozentual ansteigt.

Durch diesen Mechanismus sieht Friedman auch eine erhöhte Motivation der Arbeitsaufnahme, da jeder Zusatzverdienst zu einer Erhöhung des Nettogesamteinkommens führt (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste, 2008).

3.2.2 Konsumsteuer

Die Konsumsteuer wird ähnlich wie die NES als mögliches Finanzierungskonzept für das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert. Der ungarische Ökonom Nicholas Kaldor definierte die Konsumsteuer wie folgt:

„(...) eine Steuer, die generell an die Einkommensverwendung anknüpft, aber die Sparleistung frei lässt. Die Bemessungsgrundlage der Ausgabensteuer ist der Konsum, daher wird sie auch Konsumsteuer genannt. In dem Sinn kann sie die Einkommensteuer ersetzen und zu einer Steuer werden, die das gesamte Steuersystem bestimmt, v.a. wenn sie durch Freibeträge und eine progressive Tarifgestaltung die persönliche Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen versucht.“
(Gabler Wirtschaftslexikon, 2018).

Die Konsumsteuer wäre im Gegensatz zum aktuellen System mit geringerem Aufwand verbunden und wird direkt vom Anbieter zum Konsumenten weitergegeben (Vimentis, 2016). In Bezug auf das bedingungslose Grundeinkommen wird sowohl in der innerdeutschen wie auch in der europäischen Debatte von einer Konsumsteuer in Höhe von 50% – 100% ausgegangen, welche gleichzeitig den Großteil aller anderen Steuern ersetzt, was zu einem geringeren bürokratischen Aufwand führen würde. Derzeit liegt die Konsumsteuer (Umsatzsteuer) in Deutschland bei 19% beziehungsweise 7% (Statista, 2018). Die Befürworter einer Konsumsteuer führen an, dass es gerecht sei, dass nicht derjenige die Steuerlast trägt, der eine Leistung erbringt, sondern derjenige, welcher sie in Anspruch nimmt (Ulmer, 2011).

3.2.3 Sozialdividende

Bei der Sozialdividende handelt es sich nicht um ein Finanzierungsmodell wie bei der Konsumsteuer, sondern um eine alternative Auszahlungsvariante im Gegensatz zur NES. Das Netzwerk Grundeinkommen definiert den Begriff Sozialdividende in Anlehnung an eine ältere Fassung von Ronald Blaschke wie folgt:

„Die Sozialdividende ist eine Form des Grundeinkommens. Sie wird vor der steuerrechtlichen Überprüfung der Einkommen und Vermögen an alle Bürgerinnen und Bürger regelmäßig ausgezahlt. Der Begriff Existenzgeld steht ebenfalls für eine Sozialdividende.“ (Netzwerk Grundeinkommen, 2012).

Wohingegen bei einer NES nur Geringverdiener eine Transferleistung erhalten, erhält bei einem Grundeinkommenskonzept auf Basis der Sozialdividende jeder Empfänger eine Transferleistung unabhängig von seinem Einkommen.

3.3 Länderbeispiele

In den Länderbeispielen wird ein Auszug und kurzer Überblick bisheriger Grundeinkommensversuche anderer Länder gegeben. Hierbei unterscheiden sich die drei Beispiele in erheblichem Maße in ihrer Ausgestaltung und werden dem eigentlichen Grundgedanken des bedingungslosen Grundeinkommens nicht wirklich gerecht, sind aber Schritte hin zu einer möglichen Entwicklung eines existenz- und teilhabesichernden Grundeinkommens und außerdem sollen sie aufzeigen, dass der Diskurs über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht nur in Deutschland, sondern weltweit geführt wird.

3.3.1 Alaska Permanent Fund

Durch eine Verfassungsänderung im Jahr 1976 entschied die Bevölkerung Alaskas die Einrichtung eines Fonds (Alaska Permanent Fund), welcher ein Jahr später seine erste Zahlung in Höhe von 734.000 \$ aus den Öleinnahmen erhalten hat (apfc.org). Bei der ersten Auszahlung wurden an jeden Einwohner Alaskas 1000\$ aus den Überschüssen der Öleinnahmen ausgezahlt (apfc.org). Nachdem der Fonds ein paar Jahre Bestand hatte, wurde 1980 beschlossen, dass die Mittel aus dem Fonds national wie international angelegt werden sollen (apfc.org). Inzwischen erhalten alle Einwohner (nur wenige Ausnahmen erhalten keine Zahlung) eine jährliche Zahlung, welche aus den Erträgen des Fonds bezahlt werden (Blaschke, 2010). Der Fonds erhält jährlich 50% der Erdöleinnahmen und bezahlt lediglich die erwirtschafteten Gewinne aus den Finanzgeschäften aus (Blaschke, 2010). Dadurch wird sichergestellt, dass auch zukünftige Generationen aus den Erträgen aus dem Erdölgeschäft profitieren (apfc.org). Die Auszahlungshöhe schwankte in den letzten Jahren zwischen 850\$ und 2000\$ (Alaska Department of Revenue). Der Wert des Fonds beläuft sich inzwischen auf mehr als 60 Milliarden Dollar (apfc.org).

Bei dem Fall des Alaska Permanent Fund kann nicht von einem existenz- und teilhabesichernden Grundeinkommen gesprochen werden, sondern eher von einer Art Basiseinkommen, welches aber jedem Bürger nahezu bedingungslos zusteht. Dennoch ist dieser nun seit über 40 Jahren bestehende Fonds ein großer Schritt in Richtung Grundeinkommen. Durch einen Ausbau des Alaska Permanent Fund könnte sich dieser aber

zu einem Grundeinkommen entwickeln, wenn unter anderem weitere Erträge wie zum Beispiel aus der Forstwirtschaft und der Fischerei ebenfalls in den Fonds fließen würden.

3.3.2 Finnland

In Finnland wurde in den vergangenen 24 Monaten von Januar 2017 bis Dezember 2018 ein Pilotprojekt durchgeführt. Dieses Projekt wird in Kooperation der Regierung mit der Sozialversicherungsanstalt durchgeführt (SZ Online, 2018). 2000 zufällig ausgesuchte finnische Arbeitslose erhalten für zwei Jahre ein Grundeinkommen in Höhe von 560€, was der vorherigen Arbeitslosenhilfe entspricht (Bigalke, 2017). Der Unterschied ist, dass dieser Betrag während der Pilotphase auch ausgezahlt wird, wenn die ausgewählten Personen eine Arbeit aufnehmen oder ein Unternehmen gründen (Steuer, 2018). Ebenso entfällt der Zwang Arbeit zu suchen oder eine bestimmte Stelle anzunehmen (SZ Online, 2018). Das Pilotprojekt sollte zeigen, ob ein Grundeinkommen zur Arbeitssuche motiviert oder eher die Faulheit der Menschen verstärkt (Bigalke, 2017). Außerdem soll es ähnlich wie bei den in Deutschland diskutierten Konzepten zu einer Vereinfachung des Sozialsystems führen und dadurch auch zu Kosteneinsparungen (Steuer, 2018). Der Antrag auf Fortführung des Projekts wurde von der Regierung abgelehnt (SZ Online, 2018). Parallel dazu wurde eine Verschärfung des Sozialversicherungsgesetzes – Aktivierungsmodell – von der Regierung beschlossen (Steuer, 2018).

Das finnische Pilotprojekt kommt im Gegensatz zu dem Alaska Payment Fund einem bedingungslosen Grundeinkommen erheblich näher. Zum einen ist die ausgezahlte Summe entscheidend höher und zum anderen ist die Höhe der Auszahlung planbar, da sie nicht von einem bestimmten wirtschaftlichen Erfolg abhängt. Dennoch würde das finnische Grundeinkommen selbst bei einer Ausweitung auf alle Arbeitslosen kein bedingungsloses Grundeinkommen darstellen, sondern eine Alternative zum aktuellen Arbeitslosenhilfesystem bieten, da es nicht bedingungslos an alle Bürger ausgezahlt wird und weder existenz- noch teilhabesichernd ist.

3.3.3 Schweiz

Das Schweizer Länderbeispiel unterscheidet sich in dem Sinne von den anderen beiden Beispielen, dass es bisher „nur“ zu einer Volksabstimmung über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens gekommen ist, welches ein *„menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen“* soll (Diekmann, 2016). Die Höhe des BGE ließ der Initiativtext offen – aber die Initianten schlugen ein BGE in Höhe von 2500 Franken für Erwachsene und 625 Franken für Kinder vor (SRF, 2016). Die Volksinitiative wurde von dem Basic Income Earth Network Switzerland (BIEN-Schweiz), dem Schweizer Ableger des Basic Income Earth Network (BIEN) unterstützt (Amrein, 2016). Die Universität St. Gallen hatte berechnet, dass zur Finanzierung eines BGE in dieser Höhe eine Mehrwertsteuererhöhung auf mehr als 50% notwendig wäre (WELT, 2016). Solche Steuererhöhungen werden auch bei den in Deutschland diskutierten Konzepten zur Finanzierung genannt. Bei der Abstimmung am 5 Juni 2016 stimmten 76,9% gegen die Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ (SFR, 2016). Dabei konnte in keinem Kanton eine Mehrheit für den Vorschlag erreicht werden (SFR, 2016). Trotz der Ablehnung erreichte die Initiative eines ihrer Ziele, nämlich den Anstoß zu einer öffentlichen und gesellschaftlichen Debatte über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (SFR, 2016).

Das diskutierte Schweizer Modell würde im Gegensatz zu den anderen beiden Beispielen dem Grundgedanken eines bedingungslosen Grundeinkommens gerecht werden. Die Initiatoren haben mit der Volksabstimmung zum einen die Debatte, nicht nur in der Schweiz, angestoßen und zum anderen auch die Gesellschaft für die Thematik sensibilisiert.

4 Wichtigste Konzepte in Deutschland

In diesem Abschnitt werden die zentralen Konzepte der deutschen Debatte erläutert und kritisch begutachtet. Hierbei werden folgende Konzepte vorgestellt:

- Grundeinkommenskonzept von Götz Werner
- Solidarisches Bürgergeld
- Liberales Bürgergeld
- Grüne Grundsicherung
- Emanzipatorisches Bürgergeld
- Solidarisches Grundeinkommen

Hierbei ist interessant, dass keines der Konzepte aus der Politik weder den Begriff „bedingungslos“ noch „Grundeinkommen“ verwendet, sondern die Begriffe „Bürgergeld“ und „Grundsicherung“ benutzt werden (mit Ausnahme der SPD beziehungsweise dem solidarischen Grundeinkommen).

4.1 Grundeinkommenskonzept von Götz Werner

Bevor das Konzept von Götz Werner genauer vorgestellt wird, muss darauf hingewiesen werden, dass Werner sich selbst vor allem auch als Impulsgeber und Vorkämpfer für das BGE sieht und der Fokus nicht auf einer detaillierten Ausarbeitung eines konkreten Konzeptes liegt. Dennoch lässt sich auf Basis seines Buches „Einkommen für alle“, seinen Interviews und Fernsehauftritten sowie seinem Internetauftritt ein recht detailliertes Grobkonzept erkennen. Bevor dieses erläutert wird, soll zunächst auf grundsätzliche Gedanken eingegangen werden, welche sowohl die gesellschaftliche als auch die politische Debatte über das BGE entscheidend beeinflusst haben.

Götz Werner sieht aufgrund unseres heutigen Entwicklungsstandes eine Trennung von Arbeit und Einkommen als möglich an und eröffnet somit die Möglichkeit nicht mehr nur Erwerbsarbeit als Arbeit anzusehen, sondern auch gesellschaftliche und kulturelle Arbeit, welche es immer zu Genüge geben wird (z.B. ehrenamtliches Engagement, Kindererziehung...), als solche anzuerkennen (Werner, 2008). Außerdem sieht er, dass „Armut

ein finanzielles, kein materielles Problem ist. Armut ist eine Frage der Verteilung, Mangel dagegen eine Frage der Hervorbringung gesellschaftlichen Reichtums. Und während Armut nach wie vor politisch bekämpft werden muss, wurde Mangel in unseren Breiten historisch und ökonomisch überwunden“ (Werner, 2008 S. 30). Des Weiteren wird die Wichtigkeit betont, dass jeder die Möglichkeit hat, „in einem angemessenen Rahmen am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen zu können“ (Werner, 2008 S. 60).

Der wichtigste Punkt aber ist, dass Götz Werner Einkommen als Bürgerrecht ansieht, was er wie folgt begründet:

„Nirgendwo in unserem Grundgesetz aber steht, dass der Mensch dafür arbeiten muss. Unsere elementaren Menschenrechte fußen schlicht und einfach nicht darauf, dass wir im Schweiß unseres Angesichts unser Brot verdienen, sondern einzig darauf, dass wir auf der Welt sind. (...) Wenn das Recht, in Würde und in Freiheit zu leben, bedingungslos ist, dann muss auch das Recht auf Essen, Trinken, Kleidung, Wohnung und auf grundlegende gesellschaftliche Teilhabe bedingungslos sein. (...) Wie jedes andere Grundrecht ist auch das Recht auf Einkommen ein Menschen- und Bürgerrecht. Es ist sogar ein ganz elementarer Teil unserer Freiheitsrechte. Denn das Recht auf Freiheit beinhaltet sehr wesentlich das Recht, nein sagen zu können.“ (Werner, 2008 S. 60ff.)

Seinem Denken liegt zu Grunde, dass Einkommen zukünftige Leistungen ermöglichen soll – somit liegt der Fokus auf dem Menschen und auf seinen individuellen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Potentialen (Werner, 2008). Dadurch fasst er Einkommen als einen Auftrag in die Zukunft auf und nicht als das Abgelten von vergangenem Erbrachten (Werner, 2008).

Die Ausarbeitung und Weiterentwicklung des Konzeptes eines bedingungslosen Grundeinkommens von Götz Werner begann im Jahr 2005 und hat sich über die Jahre immer weiterentwickelt. Ein entscheidender Unterschied im Vergleich zu allen anderen in Deutschland bekannten Konzepten ist die substitutive Ausgestaltung des Modells (Blaschke, 2017). In diesem sollen jegliche Steuern durch eine Konsumsteuer ersetzt werden (Werner, 2008). Werner argumentiert in seinem Buch, dass auch bisher jegliche Steuern faktisch von dem Konsumenten bezahlt werden – wir also auch jetzt schon eine versteckte Konsumsteuer mit hohem bürokratischen Aufwand besitzen – da Unternehmen die Steuern auf ihre verkauften Produkte in ihre Preise einkalkulieren und somit an den Konsumenten weitergeben (Werner, 2008). Weiter führt er aus, dass letztendlich niemand von Geld leben

kann, sondern dieses früher oder später in Güter oder Dienstleistungen investiert wird (Werner, 2008). Dadurch sieht er die Konsumsteuer als sozial gerecht an, da Menschen mit einem hohen Konsum auch viele Steuern zahlen und Menschen mit einem geringeren Konsumverhalten auch weniger Steuern zahlen würden. Somit würde sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmer jegliche Gewinn- bzw. Einkommenserhöhung auch wirklich ankommen, da kein Unterschied mehr zwischen Netto oder Brutto bestehen würde (Werner, 2008). Bei der Höhe der Konsumsteuer werden Werte zwischen 50% und 100% genannt, was aber nicht zu einer Preiserhöhung führen würde, da diese auch bisher schon in den Preisen enthalten waren (Werner, 2008). Im Zuge der Weiterentwicklung ist das Konzept inzwischen durch eine Finanztransaktionssteuer ergänzt worden (Blaschke, 2017). Wobei kein radikaler Schnitt angedacht ist, sondern eine schrittweise Umsetzung des gesamten Prozesses - sprich stufenweiser Abbau aller anderen Steuern bei gleichzeitigem Anstieg des BGE, sowie Abschaffung anderer Sozialleistungen (Werner, 2008). Im Zuge dieses Prozesses schlägt Werner zunächst ein Grundeinkommen von 1000€ und anschließend eine sukzessive Steigerung des Grundeinkommensbetrages auf 1500€ vor (Blaschke, 2017, Werner, 2008). Bis zur Erreichung dieses Niveaus wären mögliche Zusatzleistungen bei Bedarf denkbar (Blaschke, 2017). Wichtig ist, dass Götz Werner das Grundeinkommen nicht zwingend als zusätzliches Einkommen sieht, sondern von einer Senkung der Löhne ausgeht und das Grundeinkommen somit als Sockelbetrag fungiert (Werner, 2008). Wobei hierbei natürlich das Verhandlungsgeschick und die Qualifikation eines jeden Arbeitnehmers eine wichtige Rolle spielen.

4.2 Solidarisches Bürgergeld von Dieter Althaus CDU

Das Solidarische Bürgergeld, welches in seiner ersten Fassung 2006 gemeinsam von Thomas Straubhaar und dem damaligen Ministerpräsidenten von Thüringen, Dieter Althaus, initiiert und ausgearbeitet wurde, legte den Grundstein für die spätere Fassung. Nachdem eine Kommission „solidarisches Bürgergeld“ gegründet worden ist, wurde 2010 eine überarbeitete Fassung vorgestellt, auf welche sich diese Arbeit bezieht (Koch, 2010).

Das Konzept des Solidarischen Grundeinkommens sieht ein bedingungsloses Grundeinkommen von 500€ pro Person, in der Systematik der Negativen Einkommenssteuer (NES) vor (Althaus & Binkert, 2010). Hierbei soll das soziokulturelle Existenzminimum

gesichert werden (Althaus & Binkert, 2010). Im Gegensatz zu dem Modell von Friedmans NES-Konzept, beinhaltet das Solidarische Bürgergeld eine Flat-Tax in Höhe von 25%, welche durch einen Steuersatz von 50% auf Einkünfte über 250.000€ pro Jahr ergänzt wird (Althaus & Binkert, 2010). Die Berechnung der Steuerschuld ist im Gegensatz zu dem Modell von Friedman leicht angepasst.

$$\text{Steuersatz} \times \text{Einkommen} - \text{Bürgergeld} = \text{Steuerschuld}$$

Durch das Wegfallen der Klammer bei „*Einkommen – Bürgergeld*“ und einer Flat-Tax von 25% wirkt das Bürgergeld von 500€ wie ein Steuerfreibetrag von 2000€, da zunächst der Steuersatz verrechnet und nicht das Bürgergeld zuerst von dem Einkommen abgezogen wird. Dadurch wird der Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhöht, da bis zu einem Einkommen von 2000€ anteilig ein Bürgergeld ausbezahlt wird. Althaus und Binkert (2010) schreiben hierzu:

„Das entspricht dem Verfassungsgebot, das Existenzminimum nicht zu besteuern, und es ist im besten Sinne Sozialpolitik: Durch das bedingungslose Grundeinkommen kommt die Entlastungswirkung des Freibetrages auch jenen zugute, deren Einkünfte zu gering wären, um die Entlastungswirkung des Freibetrages nutzen zu können.“

Somit würde auch hier trotz einer Flat-Tax der Ansatz des progressiven Steuersatzes beibehalten werden (Siehe Abbildung 4).

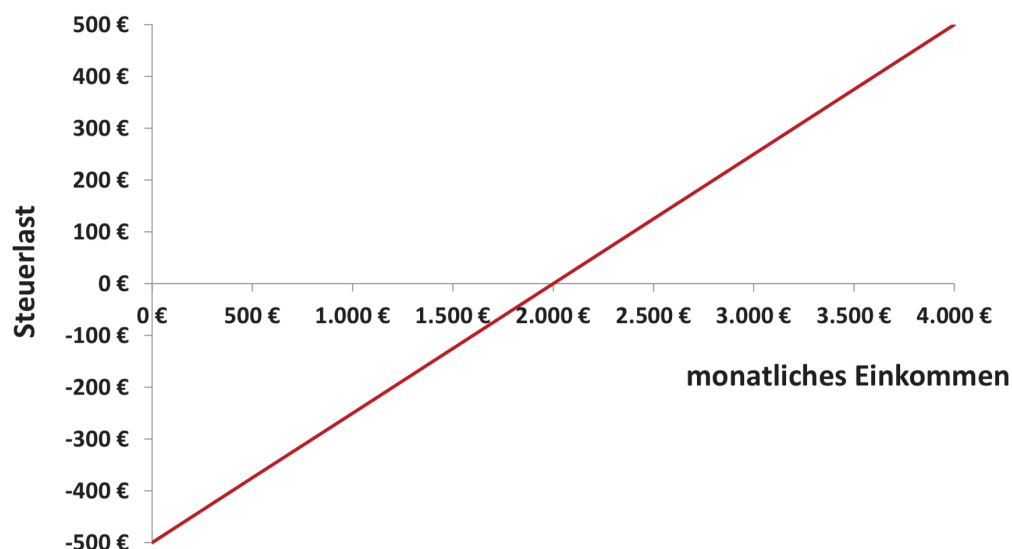


Abbildung 4: Steuerlast (Quelle: Althaus & Binkert, 2010)

Zusätzlich zu dem Solidarischen Bürgergeld sollen darüberhinausgehende Sonderleistungen wie zum Beispiel Unterkunft bei Bedarf, ebenso wie Aufwendungen bei besonderer Notwendigkeit (z.B. Pflegebedürftigkeit oder alleinerziehend) weiterhin geleistet werden (Althaus & Binkert, 2010). Die gleichzeitige Einführung eines Mindestlohns war zu dem Zeitpunkt der Vorstellung des überarbeiteten Konzeptes nur bei einem Missbrauch durch die Arbeitgeber vorgesehen (Blaschke, 2017). Die Finanzierbarkeit wurde in dem überarbeiteten Konzept erläutert und nachvollziehbar dokumentiert. Auf weitere Ausführungen bezüglich der Finanzierung wird in dieser Arbeit verzichtet (siehe Althaus & Binkert, 2010).

4.3 Liberales Bürgergeld der FDP

Das Konzept des Liberalen Bürgergeldes ist im Gegensatz zu den anderen Modellen, ebenso wie Hartz IV, bedarfsabhängig und soll bei Bedarf der sozialen Sicherung dienen. Somit stellt das liberale Bürgergeld nach der oben genannten Definition kein bedingungsloses Grundeinkommen dar, weil es eben nicht bedingungslos ausbezahlt wird. Ein weiterer Punkt, der mit der obigen Definition nicht kongruent ist, stellt die Möglichkeit der Leistungskürzung bei der Ablehnung von Arbeit da, wie die FDP in ihrem Beschluss des Bundesparteitages 2005 ausführt:

„Ergänzend zu den Anreizen müssen die Sanktionsmechanismen konsequent angewendet werden, nicht zuletzt auch zum Schutze des Steuerzahlers vor Sozialleistungsmißbrauch (sic). Deshalb wird die Pauschale für den Lebensunterhalt um bis zu 30% gekürzt, wenn angebotene zumutbare Arbeit abgelehnt wird. Eine weitere Ablehnung zieht die gleiche Rechtsfolge nach sich, so daß (sic) die tatsächliche Kürzung bei Arbeitsverweigerung erheblich höher liegen kann.“ (Beschluss des 56. Ord. Bundesparteitages der FDP, 2005)

Auch wenn diese beiden Punkte klar der grundsätzlichen Idee eines BGE widersprechen, wird das Konzept in dieser Arbeit behandelt, da es vor allem zu Beginn der Diskussion als eine Form des BGE wahrgenommen worden ist und dies für den Diskurs über das BGE wichtiger ist, als die tatsächliche Ausgestaltung eines Konzeptes. Auch hierbei zeigt sich erneut die Undifferenziertheit der Debatte.

Wie das Modell von Dieter Althaus, folgt das Liberale Bürgergeld der Systematik der Negativen Einkommenssteuer (Beschluss des 56. Ord. Bundesparteitages der FDP, 2005). Die Höhe des

Bürgergeldes würde bei 662€ ab dem 18. Lebensjahr liegen und würde bei besonderen Lebenslagen Zuschläge für Wohnkosten oder Pauschalen für Behinderte enthalten (Blaschke, 2017). Durch die Einführung des Bürgergeldes sollen alle anderen Sozialtransfers ersetzt werden und das Finanzamt die einzige auszahlende Institution darstellen (Blaschke, 2017). Die FDP spricht im Zuge dessen von einer Effizienzsteigerung und einem Bürokratieabbau. Zusatzeinkommen zum Liberalen Bürgergeld sollen ab dem ersten Euro nur zu 50% auf das Bürgergeld angerechnet und somit ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme geschaffen werden, da bei jeglichem Einkommen das Nettoeinkommen erhöht wird (Junge Liberale). Außerdem soll die Einkommensgrenze für „Minijobs/400€ Jobs“ auf 600€ angehoben werden und „Midijobs“ mit einem Einkommen bis zu 1000€ zulässig sein (Beschluss des 56. Ord. Bundesparteitages der FDP, 2015).

Zusätzlich soll ein bedarfsgerechtes Kinderbürgergeld eingeführt werden, welches jegliche Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche bündelt (Junge Liberale). Dennoch stellt aber auch die FDP fest, dass *„das Bürgergeld damit kein Modell einer auf Dauer angelegten Subvention, sondern ein marktorientiertes Anreizmodell für mehr Arbeit und Wohlstand ist“* (Beschluss des 56. Ord. Bundesparteitages der FDP, 2005).

4.4 Grüne Grundsicherung von Bündnis90/Die Grünen

Das Diskussionspapier der Grünen Grundsicherung stammt von Thomas Poreski und Manuel Emmler aus dem Jahr 2006 und wurde mit einer ergänzten Kurzfassung „Version 1.2“ weiterentwickelt. Obwohl sich auch das Bundeswahlprogramm der Grünen mit einer Form des BGE beschäftigt hatte, wird im Folgenden auf die Diskussionspapiere von Poreski und Emmler eingegangen, da das Bundeswahlprogramm nur partiell auf das Konzept eingeht und keine nennenswerten Mehrwerte liefert.

Die Grüne Grundsicherung soll eine Antwort auf die sich verändernden Rahmenbedingungen darstellen und so *„allen Bürgerinnen und Bürgern – von der Wiege bis zur Bahre - eine Grundsicherungsleistung zur Verfügung stellen“* (Poreski & Emmler, 2006 S. 8). Poreski und Emmler betonen innerhalb des Diskussionspapiers, dass die Grüne Grundsicherung kein Modell in Reinkultur darstellt, sondern verschiedene Elemente der Sozialsicherung zu einem Ganzen formt und zur weiteren Diskussion anregen soll.

Die Grüne Grundsicherung beruht auf dem Prinzip der Sozialdividende und soll für Erwachsene (ab 18 Jahren) 500€ betragen und für Kinder ab dem dritten Lebensjahr 400€, wenn diese einen Kindergarten oder Schule besuchen (Poreski & Emmler, 2006). Für langjährig Erwerbslose wird als Ersatz für ALG I über mögliche monatliche Zusatzzahlungen in Höhe von 25€ pro Erwerbsjahr in denen ein Einkommen von 1000€ erzielt wurde (gedeckt bei 750€ über einen Zeitraum von zwei Jahren) nachgedacht (Poreski & Emmler, 2006). Die Grundsicherung für Rentner soll 700€ betragen und kann wie bei dem möglichen ALG I Ersatz um bis zu 750€ (25€ pro Erwerbsjahr mit einem monatlichen Einkommen von 1000€) ansteigen (Poreski & Emmler, 2006). Ergänzende Zusatzzahlungen wie Wohngeld, Mindestunterhalt bei Kindern von Alleinerziehenden und Grundsicherung besonderer Lebenslagen wie Behinderung oder sozialen Schwierigkeiten sind bedürftigkeitsgeprüft vorgesehen (Poreski & Emmler, 2006). In Bezug auf das Steuer- und Abgabensystem sieht die Grüne Grundsicherung eine Einkommensbesteuerung von 25% vor, welche durch eine Grundsicherungsabgabe von 25% ergänzt wird (Poreski & Emmler, 2006). Die aktuellen Lohnnebenkosten der Arbeitgeber sollen in eine Grundsicherungsabgabe in selber Höhe umgewandelt werden (Poreski & Emmler, 2006).

Ebenso wie bei dem Konzept des Solidarischen Bürgergeldes von Dieter Althaus wurde die Finanzierbarkeit der Grünen Grundsicherung in den Diskussionspapieren nachgewiesen (in

diesem Rechenbeispiel würde es sogar zu einer Überdeckung der Kosten kommen). Im Gegensatz zu dem Finanzierungsmodell des Solidarischen Bürgergeldes, würde im Zuge der Einführung der Grünen Grundsicherung auch die Kranken- so wie die Rentenversicherung über die Flat-Tax finanziert werden (Poreski & Emmeler, 2006).

4.5 Emanzipatorisches Grundeinkommen von DIE LINKE

Das Emanzipatorische Grundeinkommen der Linken wurde von der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen der Linken in einem Konzeptpapier mit großer Unterstützung der Parteivorsitzenden Katja Kipping im Jahr 2016 veröffentlicht. Vorangegangen waren ein Konzeptpapier 2014 sowie mehrere Beschlüsse der Partei in Programmen aus den Jahren 2011, 2013 und 2014 (Wolf, 2016).

Das Konzeptpapier sieht zwei Varianten wie das Emanzipatorische Grundeinkommen ausgestaltet sein könnte - zum einen als Sozialdividende und zum anderen als negative Einkommensteuer – wobei die Variante als Sozialdividende die bevorzugte Variante darstellt und die des NES als Alternative, mit nur geringen Abweichungen, zusätzlich ausgearbeitet worden ist (Wolf, 2016). Die Höhe des Emanzipatorischen Grundeinkommens ist an die Höhe des Volkseinkommens gekoppelt und soll jedem Menschen ein Einkommen zur Verfügung stellen, welches sowohl existenz- als auch teilhabesichernd ist (Wolf, 2016). Gekoppelt an die Einführung des Emanzipatorischen Grundeinkommens ist die Einführung eines Mindestlohns in Höhe von 10€ (perspektivisch 12€) (Wolf, 2016). Die Höhe des Grundeinkommens (Stand 2013) soll für Personen mit der Vollendung des 16ten Lebensjahres 1080€ und für jüngere 540€ betragen und soll mit jeglichen Einkünften voll kumulierbar sein, womit jede bezahlte Beschäftigung zu einem höheren Gesamteinkommen führt (Wolf, 2016). Was zu einer Besserstellung aller alleinstehenden Personen bis hin zu einem monatlichen Bruttoeinkommen von 7000€ führen würde (siehe Abbildung 5) (Wolf, 2016).

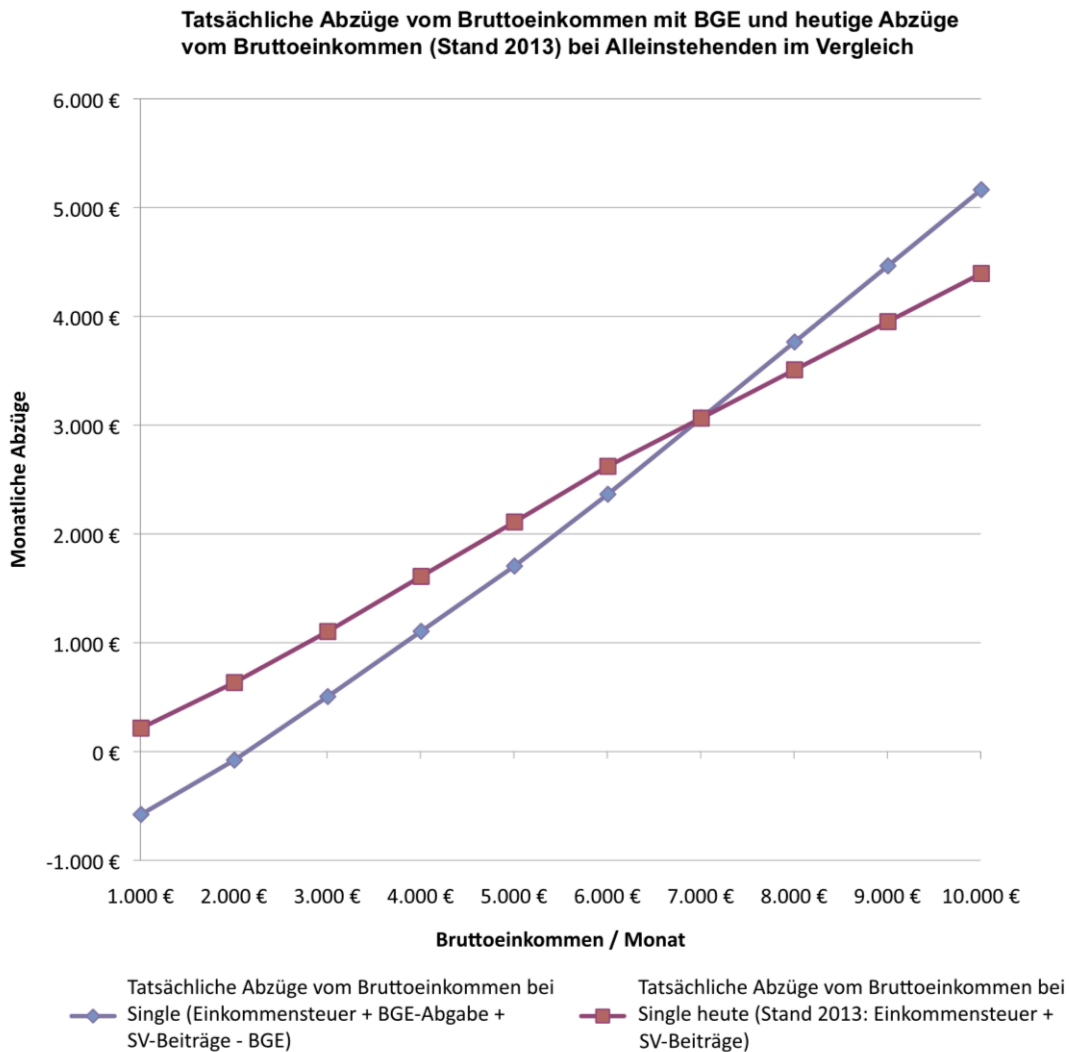


Abbildung 5: Steuerlast Alleinstehender im Vergleich (Quelle: Wolf, 2016)

Im Zuge einer Bedürftigkeitsprüfung können Personen bei Bedarf zusätzlich Wohngeld oder Zuschläge in besonderen Lebenslagen (z.B. chronische Krankheiten, Behinderung, etc.) erhalten (Wolf, 2016). In dem Bezug auf die Rentenversicherung ist der große Unterschied, dass das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre frei wählbar sein soll (Beiträge für die ersten 24.000€ Jahreseinkommen werden mit dem Faktor 2 andere mit dem Faktor 1 gewichtet) und die Rentenzahlungen mit dem BGE addiert werden (Wolf, 2016). Das System der Kranken- und Pflegeversicherung soll im Zuge der Einführung des Emanzipatorischen Grundeinkommens zu einer gesetzlichen solidarischen Bürgerversicherung umgebaut werden und allen Menschen ohne zusätzliches Einkommen kostenfrei zur Verfügung stehen (Wolf, 2016). Ebenso soll die Arbeitslosenversicherung durch eine Erwerbslosenversicherung ersetzt werden, welches 60% des letzten Nettolohns (maximal 2000€ pro Monat) betragen soll (Wolf, 2016). Dabei entsteht

durch einen eingezahlten Monat ein Anspruch auf einen Monat Erwerbslosengeld (Wolf, 2016). Zusätzliche Ansprüche werden wie folgt erworben:

„Ab einem Jahr Erwerbstätigkeit beträgt die Auszahlungsdauer 12 Monate plus einen Monat für jedes weitere Jahr der Erwerbstätigkeit. Werden Anwartschaften nicht voll genutzt (...), so gehen diese Zeiten nicht verloren, sondern werden dem Berechtigten gutgeschrieben“ (Wolf, 2016).

Der Kernunterschied der NES-Variante liegt in der Kumulierbarkeit der Einkünfte, da das Nettoeinkommen bei einer negativen Einkommenssteuer mit dem Bruttoeinkommen verrechnet wird. Im Fall des Emanzipatorischen Grundeinkommens würde eine Grundeinkommensabgabe (BGE-Abgabe) von 33,5% erhoben werden, was dazu führen würde, dass Personen mit einem Bruttoeinkommen ab 3224€ kein Grundeinkommen erhalten würden, da dies über der zu entrichtenden BGE-Abgabe liegt (Wolf, 2016).

Die Finanzierbarkeit wurde in dem Konzeptpapier durch nachvollziehbare Berechnungen nachgewiesen (siehe Wolf, 2016).

4.6 Solidarisches Grundeinkommen von SPD

Das solidarische Grundeinkommen bezeichnete zunächst einen Beschluss des Kreisparteitages Rhein-Erft-SPD aus dem Jahr 2010, welches aber weder innerhalb der Partei noch außerhalb besonders diskutiert worden ist. Sieben Jahre später wurde der Begriff „solidarisches Grundeinkommen“ von Berlins regierendem Bürgermeister Michael Müller erneut aufgegriffen, wobei dessen Vorschlag sowohl innerhalb der Partei als auch außerhalb diskutiert worden ist. In dessen Vorschlag handelt es sich aber nicht um ein Aufgreifen der „alten“ Idee, sondern lediglich um die Verwendung desselben Namens. Somit handelt es sich hierbei um zwei verschiedene Konzepte, welche im Folgenden - in chronologischer Reihenfolge - erläutert werden sollen.

Das solidarische Grundeinkommen, welches am Kreisparteitag der Kreisverbandes Rhein-Erft beschlossen worden ist, soll allen Menschen der Gesellschaft eine menschenwürdige Existenz sichern (Beschluss des Kreisparteitages Rhein-Erft-SPD, 2010). Das Grundeinkommen soll ohne Bedürftigkeitsprüfung jedem Einwohner, welcher einen legalen Wohnsitz (Dauer noch

nicht genau festgelegt) in Deutschland besitzt, zustehen (Beschluss des Kreisparteitages Rhein-Erft-SPD, 2010). Das Grundeinkommen soll für Erwachsene 800€ und für Kinder 500€ betragen, wobei nahezu alle Sozialleistungen mit diesem Betrag abgedeckt und durch eine Bürgerversicherung ergänzt werden würden (Beschluss des Kreisparteitages Rhein-Erft-SPD, 2010). Für behinderte Menschen sowie Kinder und Jugendliche sollen in besonderen Situationen weiterhin zusätzliche Leistungen nach einer Bedürftigkeitsprüfung ausbezahlt werden (Beschluss des Kreisparteitages Rhein-Erft-SPD, 2010). Für Menschen ohne zusätzliches Einkommen, soll die Kranken- sowie Pflegeversicherung kostenfrei sein (Beschluss des Kreisparteitages Rhein-Erft-SPD, 2010). Finanziert werden soll das solidarische Grundeinkommen durch einen Einheitssteuersatz von 50%, welcher in Kombination mit einer NES eine progressive Wirkung hat und somit zwei Drittel der Haushalte im Gegensatz zum jetzigen Modell entlasten würde (Beschluss des Kreisparteitages Rhein-Erft-SPD, 2010). In dem Beschlusspapier wird sich indirekt auch für die Einführung eines Mindestlohns ausgesprochen:

„Verschiedentlich wird kritisiert, dass ein Grundeinkommen wie ein flächendeckender Kombilohn mit all seinen Nachteilen wirken würde. Diese Gefahr lässt sich bei einem solidarischen Grundeinkommen mit einer einfachen Lösung ausräumen, nämlich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Es spricht nichts dagegen, ein Grundeinkommen und gleichzeitig einen Mindestlohn einzuführen.“ (Beschluss des Kreisparteitages Rhein-Erft-SPD, 2010 S. 5)

Das vorgeschlagene Konzept von Michael Müller hingegen wird zwar im Zuge der Grundeinkommensdebatte genannt, weist aber ebenso wie das liberale Bürgergeld der SPD große Unterschiede zu der oben genannten Definition eines Grundeinkommens auf. Da das Konzept aber Teil des Diskurses ist, soll es nachfolgend kurz behandelt werden. Der große Unterschied zu anderen BGE Modellen ist, dass das solidarische Bürgergeld nur an (Langzeit-) Arbeitslose gerichtet ist und auf einen zielführenderen Einsatz öffentlicher Mittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit abzielt (Bach & Schupp, 2018).

„Warum setzen wir das Geld für die bürokratische Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe nicht besser für ein solidarisches Grundeinkommen ein, das fair bezahlte Arbeit für das Individuum und für die Gemeinschaft schafft?“ (Bach & Schupp, 2018).

Das solidarische Grundeinkommen soll allen Beziehern von Arbeitslosengeld-II die Möglichkeit geben – auf freiwilliger Basis - ein gefördertes Arbeitsverhältnis aufzunehmen (Bach & Schupp, 2018). Da keine Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden soll, sind nur gesellschaftliche Tätigkeiten (z.B. Hausmeister in kommunaler Einrichtung, Tätigkeiten in Jugend- und Familienhilfe, Übungsleitertätigkeit, Müllbeseitigung...) förderfähig (Bach & Schupp, 2018). Dabei wird ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis geschlossen, welches von kommunalen oder landeseigenen Unternehmen unter Vermittlung der Arbeitsagenturen angeboten wird (Bach & Schupp, 2018). Dabei soll es sich nicht um ein prekäres, sondern unbefristetes Arbeitsverhältnis handeln (Bach & Schupp, 2018). Das Lohnniveau soll dabei mindestens auf dem gesetzlichen Mindestlohniveau von etwa 1.200€ pro Monat liegen (Sandig, 2018). Der Sozialforscher Christoph Butterwegge bezeichnet den Vorschlag als Etikettenschwindel, da es sich nicht um ein Grundeinkommen, sondern um „Ein-Euro-Jobs de luxe“ handelt (Blaschke, 2017). Die Finanzierbarkeit wurde durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nachgewiesen (siehe Bach & Schupp, 2018).

5 Methodik

Um den Diskurs der vergangenen 14 Jahre zu analysieren und um zu prüfen, ob es zur Entwicklung von Advocacy-Koalitionen gekommen ist, wird im Folgenden eine Diskursnetzwerkanalyse durchgeführt. Bei der Analyse der Debatte wird die JAVA-Software „Discourse Network Analyzer 2.“ (DNA 2.0) von Philip Leifeld verwendet, um die sieben verschiedenen Untersuchungsphasen zu untersuchen. Mit dieser Software lassen sich politische Netzwerke analysieren (Philip Leifeld). Zur Visualisierung wird die JAVA-Software „Visone“ von Ulrik Brandes und Dorothea Wagner verwendet. Außerdem wurde die Open-Source Software „R“ (Code im Anhang) zur Umwandlung (pdf-Format in txt-Format), zur Trennung und zur Löschung (z.B. Duplikate) der verschiedenen Artikel verwendet.

5.1 Datenerfassung

Bei der Datenerfassung wurde auf die Datenbank Factiva von dem amerikanischen Verlagshaus Dow Jones Company zurückgegriffen, welche rund 33.000 Nachrichtenquellen - darunter knapp 74% nicht frei erhältliche – umfasst (Dow Jones).

Bei der Analyse soll anhand von zwei verschiedenen Quellen der Diskurs über das BGE untersucht werden. Zunächst stellt sich die Frage, ob hierbei zwei Quellen ausreichen, um den Diskurs wirklich darstellen zu können. Eine gesellschaftliche wie politische Debatte wird über viele Kanäle geführt. Beispielweise über die Sozialen Medien wie „Twitter“, bei Talkshows im Fernsehen wie Anne Will, bei Debatten im Bundestag oder in Landesparlamenten und über wissenschaftliche Publikationen. Die Zeitungen führen diese Debatten aber zum großen Teil zusammen und bilden nahezu den gesamten Diskurs ab. Dadurch spiegelt sich das gesellschaftliche Meinungsbild wider.

Im nächsten Schritt ist es wichtig, dass die gesellschaftlichen Lager durch die Zeitungen abgebildet und vertreten werden. Hierbei soll sowohl das sozialdemokratisch-grüne, als auch das liberal-konservative politische Spektrum journalistisch abgedeckt werden. Die Wahl fiel deshalb auf die Süddeutsche Zeitung (SZ) sowie DIE WELT (WELT) als Tageszeitungen, um den Diskurs abzubilden. Eine große Anzahl an Tageszeitungen (beispielsweise DIE ZEIT oder die Frankfurter Allgemeine Tageszeitung) wäre für die Untersuchung wünschenswert, hätte aber zum einen den Rahmen der Arbeit gesprengt und zum anderen ist dies nicht zwingend

notwendig, da diese nur zu einem geringen Anteil nicht wiedergegebene Meinungen, aufgrund eines ähnlichen thematischen Schwerpunkts, in die Untersuchung eingebracht hätten.

Im Zuge der Datenerfassung wurde bei der SZ neben der Print Ausgabe auch auf das Internetportal der Süddeutschen Zeitung zurückgegriffen. Bei der WELT wurde neben der Print Ausgabe und dem Internetportal ebenso noch die WELT am Sonntag verwendet, um die Differenz des Datenmaterials etwas zu verringern, da unter den gegebenen Suchparametern deutlich mehr Artikel bei der Süddeutschen Zeitung als in der WELT verfügbar waren.

Die Suchparameter wurden so einfach wie möglich gehalten, um zum einen eine möglichst große Anzahl an Artikeln zu bekommen und zum anderen dem Aspekt Rechnung zu tragen, dass das Thema bedingungsloses Grundeinkommen sehr unterschiedlich diskutiert und nicht immer zwingend mit dem Ausdruck „bedingungsloses Grundeinkommen“ bezeichnet wird, sondern auch über ein solidarisches Grundeinkommen oder allgemein nur über ein Grundeinkommen diskutiert wird. Somit wurde sowohl für die SZ als auch für die WELT innerhalb des Untersuchungszeitraums immer nur nach dem Begriff „Grundeinkommen“ gesucht und nicht nach dem Begriff „bedingungsloses Grundeinkommen“ oder nach speziellen Konzepten.

Bei der SZ sowie der SZ Online wurden 1101 Artikel und bei der WELT, WELT Online und WELT am Sonntag insgesamt 742 Artikel zum Thema Grundeinkommen heruntergeladen. Im Zuge der Statementenerfassung wurden zusätzlich zu den bereits durch das Statistikprogramm „R“ gelöschten Duplikaten weitere bisher nicht erfasste Duplikate gelöscht. Außerdem wurden sämtliche Texte, welche keinen Bezug zur Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen haben ebenfalls aus dem Datensatz entfernt (z.B. „Bauern benötigen ein stabiles Grundeinkommen“). Außerdem wurden Texte, welche sich ausschließlich auf die nicht-innerdeutsche Debatte beziehen, entfernt (z.B. Debatte in der Schweiz oder in Finnland). Zusätzlich wurden Beiträge aus Leserbriefen, Forumsbeiträge und Beiträge ohne klare Zuordnung (Person oder Organisation) aus dem Datensatz entfernt. Zusätzlich zu den klar zuzuordnenden Konzepten wurde das Konzept „BGE Allgemein“ in den Datensatz aufgenommen, um die Debatte möglichst im Ganzen abzubilden, da häufig lediglich über das bedingungslose Grundeinkommen im Allgemeinen und nicht über ein bestimmtes Konzept debattiert worden ist. Mit dem Ergebnis, dass innerhalb des Zeitraums 479 Statements aus

376 Texten in den Netzwerkabbildungen enthalten sind (siehe Tabelle 1). Somit sind in jedem Text circa 1,27 Statements enthalten.

Tabelle 1: Datengrundlage (Eigene Darstellung)

Texte	376
Statements	479
Personen	185
Organisationen	27
Konzepte	10
Dummy-Variable Zustimmung	0 / 1

Wenn möglich wurden für jedes Statement folgende Informationen erfasst.

1. DNA Statement ID
2. Start- und Endpunkt des Statements im jeweiligen Text
3. Person
4. Organisation
5. Konzept
6. Zustimmung oder Ablehnung

In seltenen Fällen konnten nicht alle sechs Informationen für ein Statement erfasst werden. Dies war der Fall, wenn eine Partei Stellung in der Debatte bezog aber diese Stellungnahme nicht klar zu einer Person zuzuordnen war. Bei einer großen Mehrheit wurden jedoch alle Informationen erfasst. Im Anschluss an die Datenerfassung mit dem Discourse Network Analyzer, wurden die Daten im CSV-Format exportiert und im Anschluss in Visone importiert, um für die sieben Untersuchungsphasen informative Graphen zu erstellen. Zum einen zur Analyse des Diskurses und zum anderen um zu untersuchen, ob es zu einer Bildung von Advocacy-Koalitionen gekommen ist. Sabatier (1993) betonte, dass eine Analyse erst über einen Zeitraum von einer Dekade oder mehr Sinn ergibt, um den Wandel zum einen darstellen und zum anderen analysieren zu können. In diesem Fall wird ein Zeitraum von knapp 14 Jahren untersucht. Innerhalb dieses Zeitraums wurden jeweils zwei Jahre zu sieben Untersuchungsphasen zusammengefasst. Lediglich der letzte Zeitraum 2017/2018 umfasst anstatt 24 Monaten nur 19 Monate.

5.2 One-Mode und Two-Mode Netzwerk

In der folgenden Analyse werden One-Mode und Two-Mode Netzwerke zur Untersuchung des Diskurses und der Überprüfung der Hypothese herangezogen. Als Grundlage beider Varianten dienen die exportierten Datensätzen des Discourse Network Analyzer. Die Graphische Darstellung erfolgte durch die Software Visone. In diesem Abschnitt soll der theoretische Hintergrund der im späteren Verlauf der Arbeit verwendeten Netzwerke herausgearbeitet werden. Zunächst wird auf das Two-Mode Netzwerk (subtract) und anschließend die One-Mode Netzwerke (congruence, conflict & subtract) eingegangen. Die One-Mode Netzwerke greifen dabei auf die Kantenwerte des Two-Mode (Affiliations-) Netzwerkes zurück. Im Zuge der Analyse wurde auf eine Normalisierung bei allen Abbildungen verzichtet.

Philip Leifeld et. all. (2018 S. 70) beschreibt das Two-Mode Subtraktionsnetzwerk wie folgt:

“If the qualifier is a regular binary (dis-)agreement value, all disagreeing statements will be subtracted from all agreeing statements. For example, if an organization mentions a concept two times in a positive way and three times in a negative way, there will be an edge weight of -1 between the organization and the concept.”

In einem Affiliations-Subtraktions-Netzwerk werden somit alle negativen Statements von den positiven Statements abgezogen.

$$y_{ij}^{affiliation\ subtract\ binary} = \left(\sum_k (kx_{ijk} - (1 - k)x_{ijk}) \right)$$

Philip Leifeld et. all. (2018 S. 67) beschreibt ein Kongruenznetzwerk folgendermaßen:

“It means that only similarity or matches on the qualifier variable are counted in order to construct an edge. In case of a binary second variable (e. g., (dis-)agreement) this means that the only statements counted are those where, for example, two organizations co-support or both co-reject a concept.”

In einem Kongruenznetzwerk werden somit die gemeinsamen Übereinstimmungen und Ablehnungen „k“ der Organisationen beziehungsweise Personen „i“ für jedes Konzept „j“ berechnet.

$$y_{ii'}^{congruence\ binary} = \left(\sum_{j=1}^n \sum_k x_{ijk} x_{i'jk} \right)$$

Beispiel:

Konzept 1	$2 \times 0 + 0 \times 0 = 0$
Konzept 2	$1 \times 3 + 0 \times 4 = 3$
Konzept 3	$0 \times 0 + 0 \times 0 = 0$
Konzept 4	$2 \times 2 + 1 \times 1 = 5$

Danach wird aufgelöst $\sum_{j=1}^5$:

$$0 + 3 + 0 + 5 = 8$$

Somit wäre der Kantenwert im Kongruenznetzwerk zwischen den beiden Knoten über die vier Konzepte plus acht.

Ein Konfliktnetzwerk beschreibt Philip Leifeld et. All. (2018 S. 68) folgendermaßen:

“Conflict is basically the opposite of congruence: (...) conflict counts only non-matches. With a binary qualifier, this means that organizations A and B are connected if one of them supports a concept and the other one rejects the concept.”

In einem Konfliktnetzwerk werden somit alle Fälle gezählt, bei denen zwischen den Organisationen beziehungsweise Personen „i“ für jedes Konzept „j“ Uneinigkeit (sprich k = Zustimmung und k' = Ablehnung) besteht.

$$y_{ii'}^{conflict\ binary} = \left(\sum_{j=1}^n \sum_k x_{ijk} x_{i'j(1-k)} \right)$$

Beispiel:

Konzept 1 (k = Zustimmung; k' = Ablehnung)	0 x 0 = 0
Konzept 1 (k = Ablehnung; K' = Zustimmung)	0 x 0 = 0
Konzept 2 (k = Zustimmung; k' = Ablehnung)	0 x 2 = 0
Konzept 2 (k = Ablehnung; K' = Zustimmung)	2 x 1 = 2
Konzept 3 (k = Zustimmung; k' = Ablehnung)	0 x 3 = 0
Konzept 3 (k = Ablehnung; K' = Zustimmung)	3 x 2 = 6
Konzept 4 (k = Zustimmung; k' = Ablehnung)	1 x 1 = 1
Konzept 4 (k = Ablehnung; K' = Zustimmung)	2 x 0 = 0

Danach wird aufgelöst $\sum_{j=1}^4 \sum_k$:

$$(0 + 0) + (0 + 2) + (0 + 6) + (1 + 0) = 9$$

Somit wäre der Kantenwert im Konfliktnetzwerk zwischen den beiden Knoten über die vier Konzepte plus neun.

Das Subtraktionsnetzwerk greift auf die Werte des Kongruenz- und des Konfliktnetzwerks zurück und berechnet die Differenz der beiden Kantenwerte.

$$y_{ii'}^{subtract} = y_{ii'}^{congruence\ binary} - y_{ii'}^{conflict\ binary}$$

Für die beiden obigen Beispiele würde das dann folgendes bedeuten:

$$\begin{aligned} y_{ii'}^{congruence\ binary} &= 8 \\ y_{ii'}^{conflict\ binary} &= 9 \\ 8 - 9 &= -1 \end{aligned}$$

Somit wäre der Kantenwert in einem Subtraktionsnetzwerk zwischen den beiden Knoten über die vier Konzepte minus eins.

6 Entwicklung des Diskurses

In dem nachfolgenden Abschnitt wird der Diskursverlauf der letzten 15 Jahre in dem Subsystem des bedingungslosen Grundeinkommens nachgezeichnet und die Veränderungen aufgezeigt. Dabei werden jeweils zwei Graphen pro Phase zur Analyse herangezogen. Bei der ersten Abbildung je Phase handelt es sich um das Verhältnis von „Organisation x Konzept“ und bei der zweiten Abbildung um das Verhältnis der „Personen x Konzept“. Zunächst wird die Organisationsebene und im Anschluss die Personenebene untersucht. Die Personenebene kann im Anschluss an die Organisationsebene einen detaillierteren Blick auf das Verhältnis „Organisation x Konzept“ liefern, wenn die entscheidenden Personen der Organisationen zugeordnet werden. Wie im vorangegangenen Absatz beschrieben, kann das Verhältnis sowohl einen positiven (Zustimmung) als auch einen negativen (Ablehnung) Wert einnehmen um das jeweilige Verhältnis aufzuzeigen.

Im Laufe der Analyse musste abgewogen werden, ob das Konzept „BGE Allgemein“ ein Bestandteil der Netzwerke sein soll oder nicht. Bei dieser Variable handelt es sich nicht um ein spezifisches Konzept, sondern um ein Sammelbecken für Statements, welche sich allgemein auf die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen beziehen. Es dient der Veranschaulichung des allgemeinen Diskurses und der generellen Tendenz in der Debatte (eher negativ oder positiv). Dabei kann es nicht auf einer Ebene wie ausgearbeitete Konzepte stehen, da die Positionierung zu einem ausgearbeiteten Konzept einen anderen Stellenwert besitzt als die reine Meinungsäußerung zur jeweils aktuellen Debatte. Bei der Positionierung zu einem speziellen Konzept muss in der Analyse genau betrachtet werden, inwiefern sich Parteien oder Parteimitglieder zu dem eigenen Konzept positionieren und inwiefern parteifremde Personen sich dazu äußern. Parteimitglieder werden tendenziell dazu neigen, sich gegenüber ihrem eigenen Konzept positiv und gegenüber anderen Konzepten negativ zu äußern. Dabei sind positive Äußerungen von parteifremden Personen höher und negative Äußerungen von parteifremden Personen niedriger einzustufen. Dennoch besitzen diese in der Analyse dieselbe Stimme.

Bezüglich der verschiedenen Organisationen werden neben den Politikern, welche den jeweiligen Parteien zugeordnet sind, verschiedene weitere Organisationen von den verschiedenen Personen gebildet. Die Bildung der weiteren Organisationen geht auf die





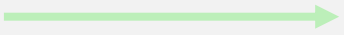

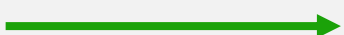


Gemeinsamkeiten der verschiedenen Personen zurück (z.B. Journalisten = Zeitungsartikel). Die Zusammensetzung der Organisationen wird in der folgenden Tabelle erläutert.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Organisationen - Ohne Parteien (Eigene Darstellung)

ORGANISATION	ZUSAMMENSETZUNG
WIRTSCHAFT	Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder deutscher Unternehmen
ZEITUNGSARTIKEL	Artikel von Autoren der SZ und WELT
UNIVERSITÄT	Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter deutscher Universitäten & Mitarbeiter wissenschaftlicher Institute
INITIATIVE	Mitglieder von Bürgerinitiativen
KIRCHE	Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche
GEWERKSCHAFTEN	Hochrangige Mitarbeiter der deutschen Gewerkschaften
BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT	Leitung und Sprecher der Bundesagentur für Arbeit
KUNST	Literaten und Musiker
VERWALTUNG	Mitarbeiter aus Ministerien oder Kommunalverwaltungen
VERLAG	Mitarbeiter deutscher Verlage

Diese unterschiedlichen Organisationsgruppen tragen der Forderung von Sabatier Rechnung, dass ein Subsystem nicht nur aus Politikern, sondern auch Personen des öffentlichen Lebens – wie zum Beispiel aus Wirtschaft und Wissenschaft - Teil des Diskurses im Subsystem sind. Bevor nun der Diskursverlauf nachgezeichnet wird, ist in Tabelle 3 die Legende für die Abbildungen 6 bis 29 dargestellt.

Tabelle 3: Farblegende für die Abbildungen 6 bis 29

PFEIL	WERT
	Kleiner als -30
	-15 bis -30
	-10 bis -14
	-1 bis -9
	1 bis 5
	6 bis 10
	11 bis 19
	20 bis 35
	Größer als 35

6.1 Phase 1 (Januar 2005 bis Dezember 2006)

Bei der Betrachtung der Organisationsebene der ersten Phase (Januar 2005 bis Dezember 2006, Abbildung 6) fällt auf, dass sich als einzige Gruppe die Wirtschaft neben dem Sammelkonzept „BGE Allgemein“ zu mehr als einem Konzept äußert. Es fällt auf, dass diese sich positiv über drei liberale BGE-Modelle (Grundeinkommen Werner, Grundeinkommen Bofinger und Liberales Bürgergeld) äußern aber zumindest zu diesem Zeitpunkt nicht über das Grundeinkommen von Althaus (Solidarisches Bürgergeld), welches ebenfalls dieser Gruppe zuzuordnen ist. Sowohl die CDU als auch die Grünen sind in Phase eins die einzigen, welche sich zu ihren eigenen Konzepten äußern. Neben der CDU und der Wirtschaft äußern sich ebenso die Organisationsgruppen „Universität“ und „Zeitungsartikel“ positiv über das bedingungslose Grundeinkommen im Allgemeinen. Einzig Vertreter der SPD äußern sich zu diesem Zeitpunkt kritisch über das Grundeinkommen. Bezüglich der Anzahl der Äußerungen zeigt sich bis auf das Verhältnis von „Wirtschaft x Grundeinkommen Werner“ ein ausgeglichenes Bild. Diese Verbindung nimmt aufgrund der bloßen Anzahl an Nennungen in dieser frühen Phase des Diskurses eine hervorgehobene Stellung im Diskurs ein.

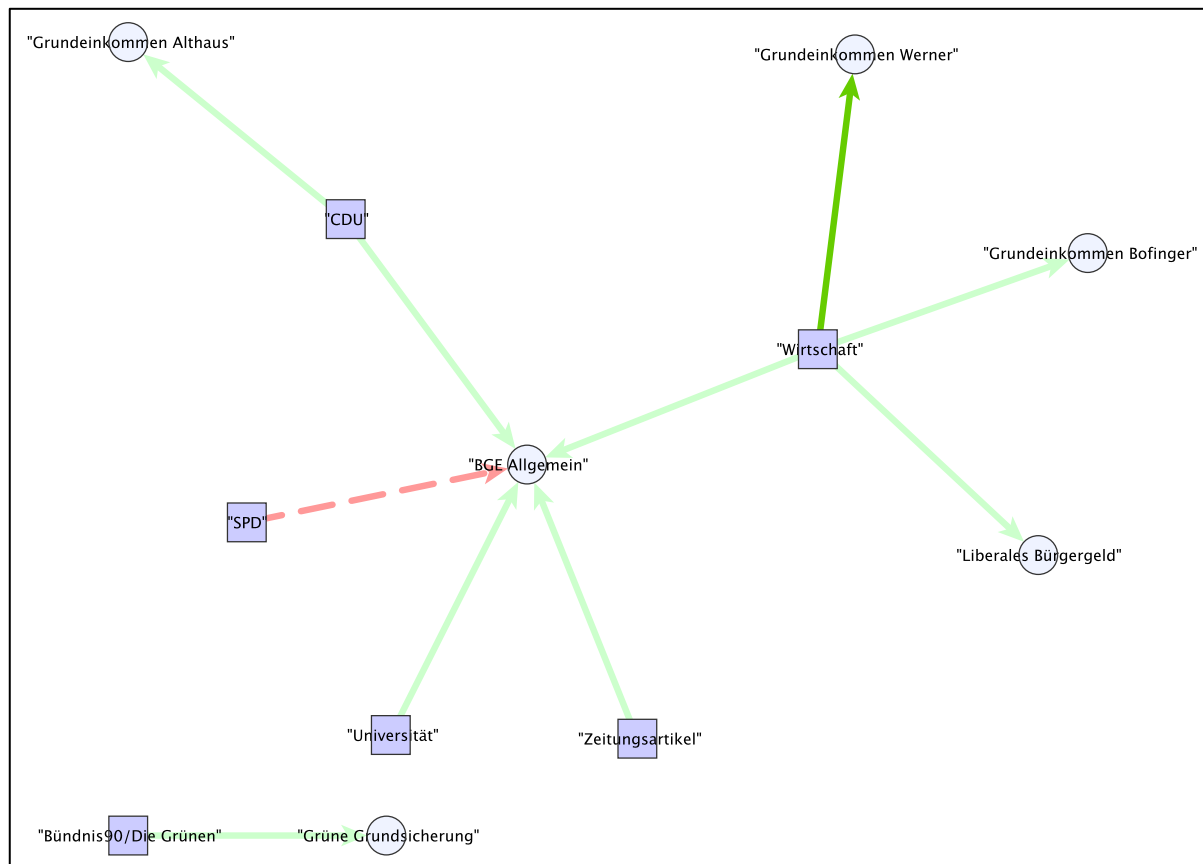


Abbildung 6: BGE-Diskurs, Phase 1: 01.01.2005 bis 31.12.2006, Organisation x Konzept

Bei der Betrachtung der Personenebene (Abbildung 7) lässt sich diese Sonderstellung auch erklären. Das Konzept „Grundeinkommen Werner“ wird in Phase eins als einziges Konzept neben dem BGE Allgemein von mehr als einer Person genannt, welche beide der Organisation Wirtschaft zugeordnet sind. Ebenso überrascht es nicht, dass diese in dieser frühen Phase einen großen Anteil des Diskurses ausmachen, da Werner mit seinem Konzept primär einen Denkanstoß hin zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Gesellschaft geben wollte und neben der Veröffentlichung seines Buches auch ein gern gesehener Gast in Talkshows und gefragter Interviewpartner war. Auch die positiven Äußerungen von Straubhaar, welcher bei der Entwicklung des Konzeptes beteiligt war, waren dementsprechend zu erwarten. Ansonsten deckt sich das Bild aus Abbildung 6 (Organisation x Konzept) mit dem aus Abbildung 7 (Person x Konzept).

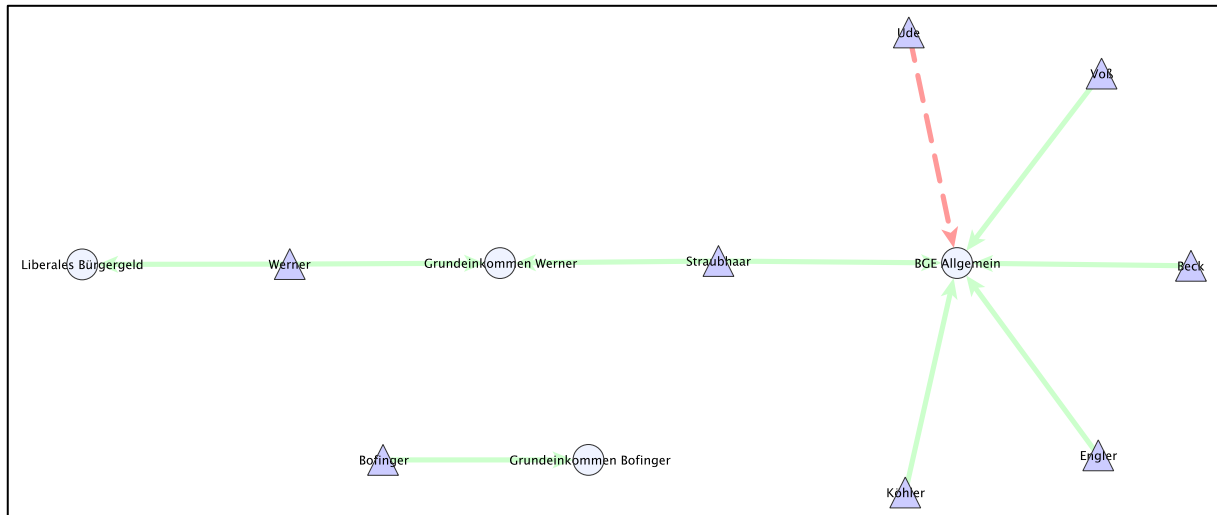


Abbildung 7: BGE-Diskurs, Phase 1: 01.01.2005 bis 31.12.2006, Person x Konzept

Interessant ist außerdem, dass Werner die einzige Person ist, welche sich zu mehr als einem Konzept aber nicht zum allgemeinen BGE-Konzept äußert. Das lässt sich darauf zurückführen, dass Werner sich schon zu Beginn der Debatte detailliert mit dem prinzipiellen Modell eines Grundeinkommens beschäftigt hatte und dadurch eine klarere Position als andere Akteure beziehen kann.

In der ersten Phase ist der Diskurs sehr allgemein und heterogen. Letztlich findet keine differenzierte Debatte zwischen den Organisationen statt. Bis auf den Bezug auf das Liberale Bürgergeld durch Werner äußert sich keine Organisation beziehungsweise Person über ein „fremdes“ Konzept.

6.2 Phase 2 (Januar 2007 bis Dezember 2008)

Die Abbildungen 8 (Organisation x Konzept) und 9 (Person x Konzept) in der zweiten Phase (Januar 2007 bis Dezember 2008) zeigen hingegen ein komplett anderes Bild als die vorangegangene Phase.

Im Gegensatz zur ersten Phase gibt es zwei entscheidende Unterschiede. Zum einen nehmen nun alle zu diesem Zeitpunkt etablierten Parteien (Die Linke, FDP, Bündnis90/Die Grünen, SPD & CDU) an der Debatte teil und zum anderen beziehen sich die verschiedenen Organisationen zum großen Teil auf unterschiedliche Konzepte und nicht ausschließlich auf ihr eigenes Konzept oder das Sammelkonzept „BGE Allgemein“. Ebenso sind mehr negative Meinungen vertreten, was aber auch auf den stärkeren Diskurs untereinander zurückzuführen ist.

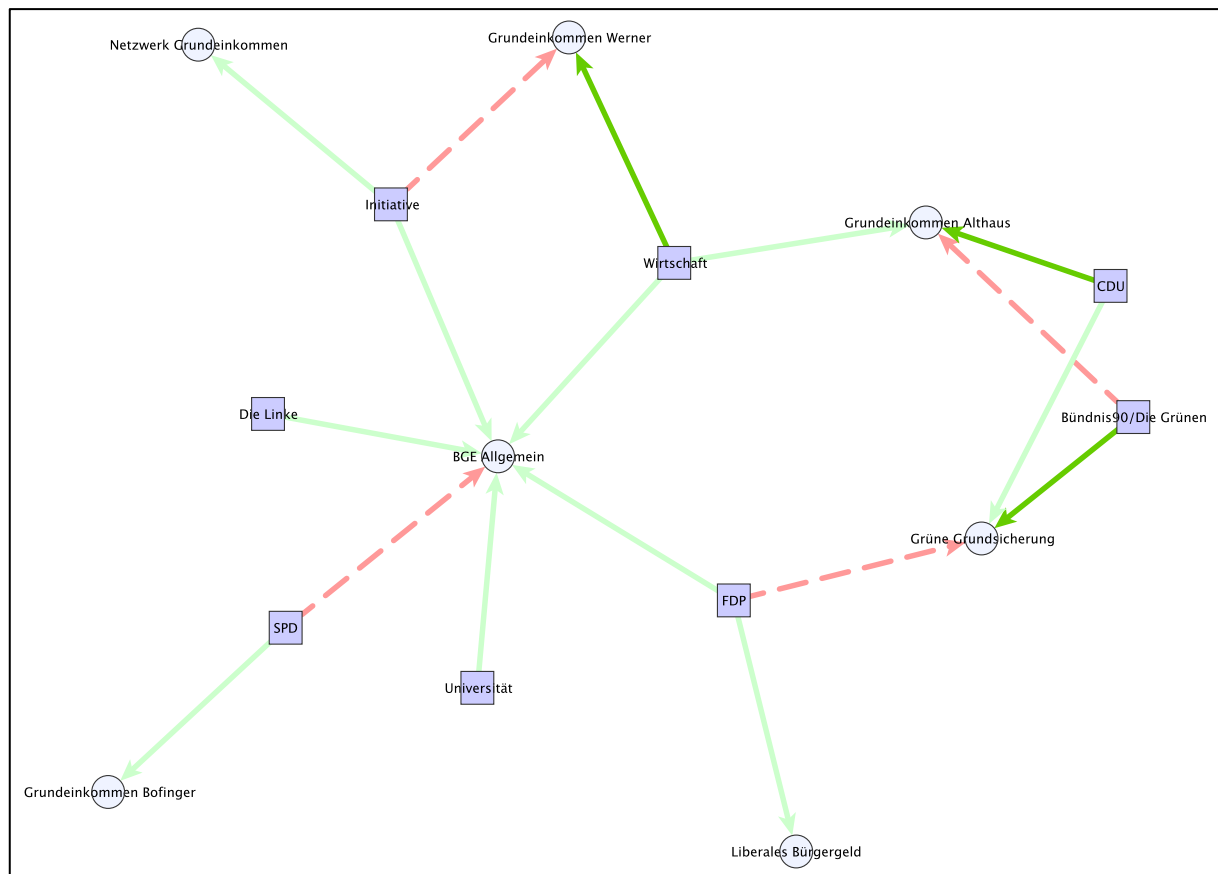


Abbildung 8: BGE-Diskurs, Phase 2: 01.01.2007 bis 31.12.2008, Organisation x Konzept

In Bezug auf die Stärke der jeweiligen Verbindungen fallen vor allem die Verbindungen zwischen den zwei Parteien Bündnis90/Die Grünen und CDU zu ihren eigenen Konzepten sowie die Verbindung von Wirtschaft zum Konzept „Grundeinkommen Werner“ auf, da diese

im Gegensatz zu den anderen mehr als fünf Statements beinhalten. Dennoch gibt es hierbei Unterschiede. Sowohl bei dem Konzept „Grundeinkommen Werner“ als auch bei dem Konzept „Grundeinkommen Althaus“, werden die beiden Konzepte relativ stark durch ihre jeweiligen Autoren gestärkt (einzige stärkere Verbindungen in Abbildung 9). In Bezug auf die „Grüne Grundsicherung“ beteiligen sich deutlich mehr Mitglieder der Partei am Diskurs (z.B. Roth, Trittin, Eckhardt) um das eigene Konzept (Abbildung 9).

Die beiden Konzepte „Netzwerk Grundeinkommen“ und „Liberales Bürgergeld“ werden jeweils nur von den eigenen Autoren genannt und werden nicht durch andere Akteure aufgegriffen.

Ebenso ist es interessant, dass sich die SPD zwar weiterhin negativ über das bedingungslose Grundeinkommen äußert, aber eine positive Verbindung zum Konzept von Bofinger, welches allerdings im weiteren Verlauf keine Rolle spielt, besitzt.

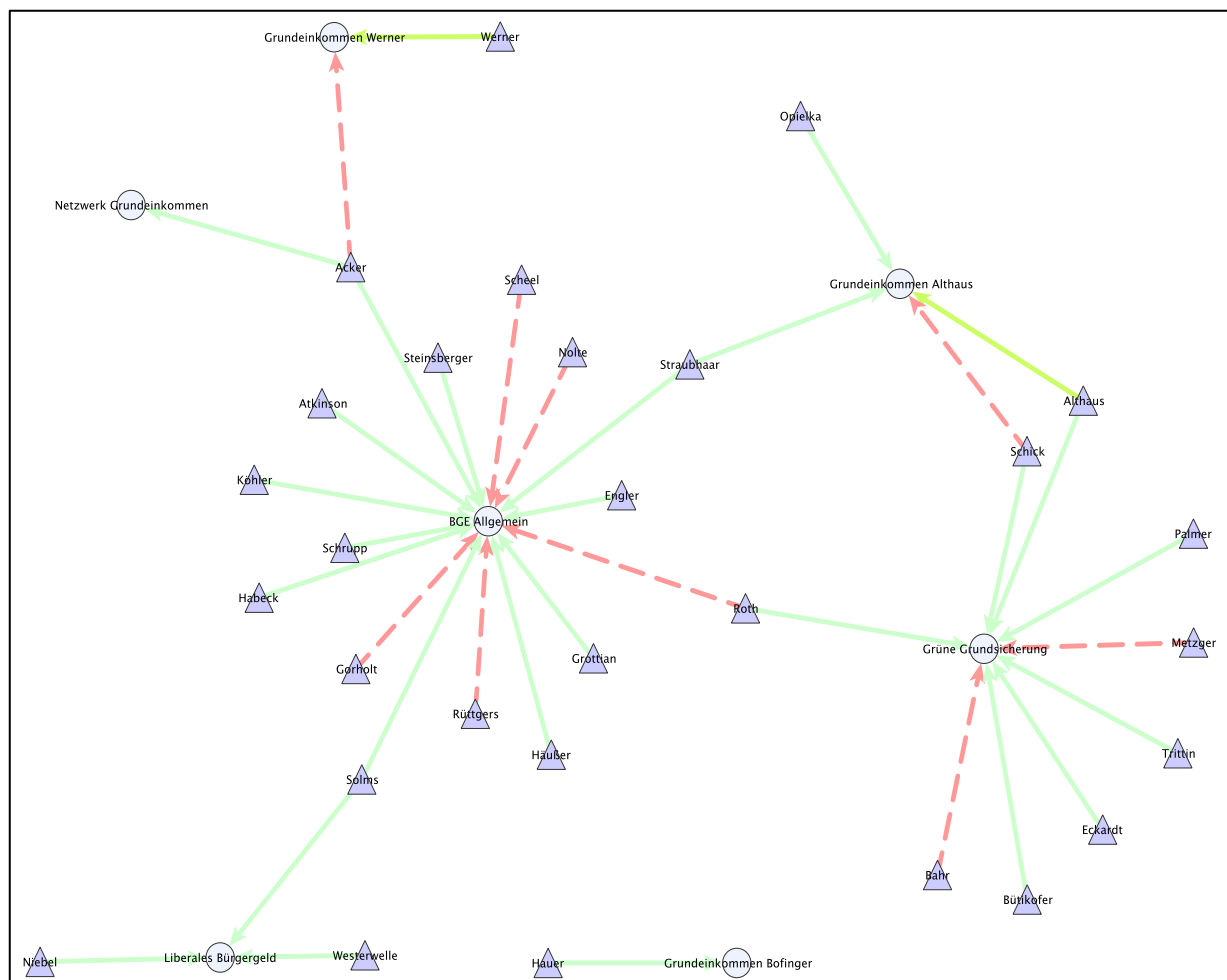


Abbildung 9: BGE-Diskurs, Phase 2: 01.01.2007 bis 31.12.2008, Person x Konzept

Außerdem fällt auf, dass über die beiden Konzepte der CDU und der Grünen relativ viel diskutiert wird und sich die verschiedenen Akteure auf die unterschiedlichen Konzepte sowohl positiv als auch negativ beziehen. Die FDP befürwortet neben dem Grundeinkommen allgemein auch ihr eigenes Konzept aber lehnt das Konzept der Grünen ab. Wohingegen die CDU sich sowohl über ihr eigenes als auch über das Konzept der Grünen positiv äußert (mehr Nennungen des eigenen Konzeptes). Die Grünen lehnen hingegen das Konzept der CDU ab, bei gleichzeitiger Bejahung ihres eigenen Konzeptes. In Bezug auf die Grünen ist es auch interessant, dass Roth zwar das parteieigene Konzept bejaht aber sich gleichzeitig auch negativ über das bedingungslose Grundeinkommen im Allgemeinen äußert.

Im Gegensatz zur ersten Phase wird das Liberale Bürgergeld von mehreren führenden Persönlichkeiten (Westerwelle & Niebel) in die Debatte eingebracht; wird aber, wie bereits oben erwähnt, nicht von anderen Organisationen aufgegriffen.

Insgesamt ist der Diskurs deutlich komplexer geworden und die Auseinandersetzung mit anderen Konzepten hat akteursübergreifend zugenommen. Dennoch werden schlussendlich nur zwei Konzepte übergreifend diskutiert und das auch zum großen Teil nicht mit einer besonderen Intensität (außer der Hervorhebung des eigenen Konzeptes). Außerdem haben die kritischen Stimmen gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen zugenommen (Steigerung von eins auf neun). Dies zeigt aber auch, dass die Debatte insgesamt zugenommen hat, da sich Akteure auch zunehmend kritisch auseinandersetzen.

6.3 Phase 3 (Januar 2009 bis Dezember 2010)

Nachdem der Diskurs in der zweiten Phase zugenommen hatte und auch Konzepte anderer Akteure debattiert worden sind, gleichen die Abbildungen 10 (Organisation x Konzept) und 11 (Person x Konzept) denen der ersten Phase (Abbildung 6 und 7) sehr.

Keine einzige Organisation in Abbildung 10 bezieht sich auf mehr als ein Konzept (auch nicht auf ein konkretes Konzept in Kombination mit dem Sammelkonzept „BGE Allgemein“).

Überraschenderweise gibt es keine negativen Verbindungen eines Konzeptes zum Sammelkonzept „BGE Allgemein“ im Zeitraum von Januar 2009 bis Dezember 2010, obwohl diese von der ersten zur zweiten Phase stark zugenommen hatten.

Wie in der vorherigen Phase wird auf das Liberale Bürgergeld und das Grundeinkommenskonzept von Werner nur durch die eigene Partei beziehungsweise durch Werner selbst positiv Bezug genommen.

Die beiden Konzepte „Grüne Grundsicherung“ und „Grundeinkommen Althaus“, welche in den vorangegangenen Phase noch relativ stark diskutiert worden sind, werden nun auch sowohl auf der Organisations- als auch auf der Personenebene nur noch von der eigenen Partei genannt. Interessant ist aber dennoch, dass die Verbindung zwischen der Gruppe „Initiative“ und der des Konzepts „BGE Allgemein“ den bisher höchsten Wert aufweist (Zwischen 10 und 20), was eine deutliche Steigerung darstellt.

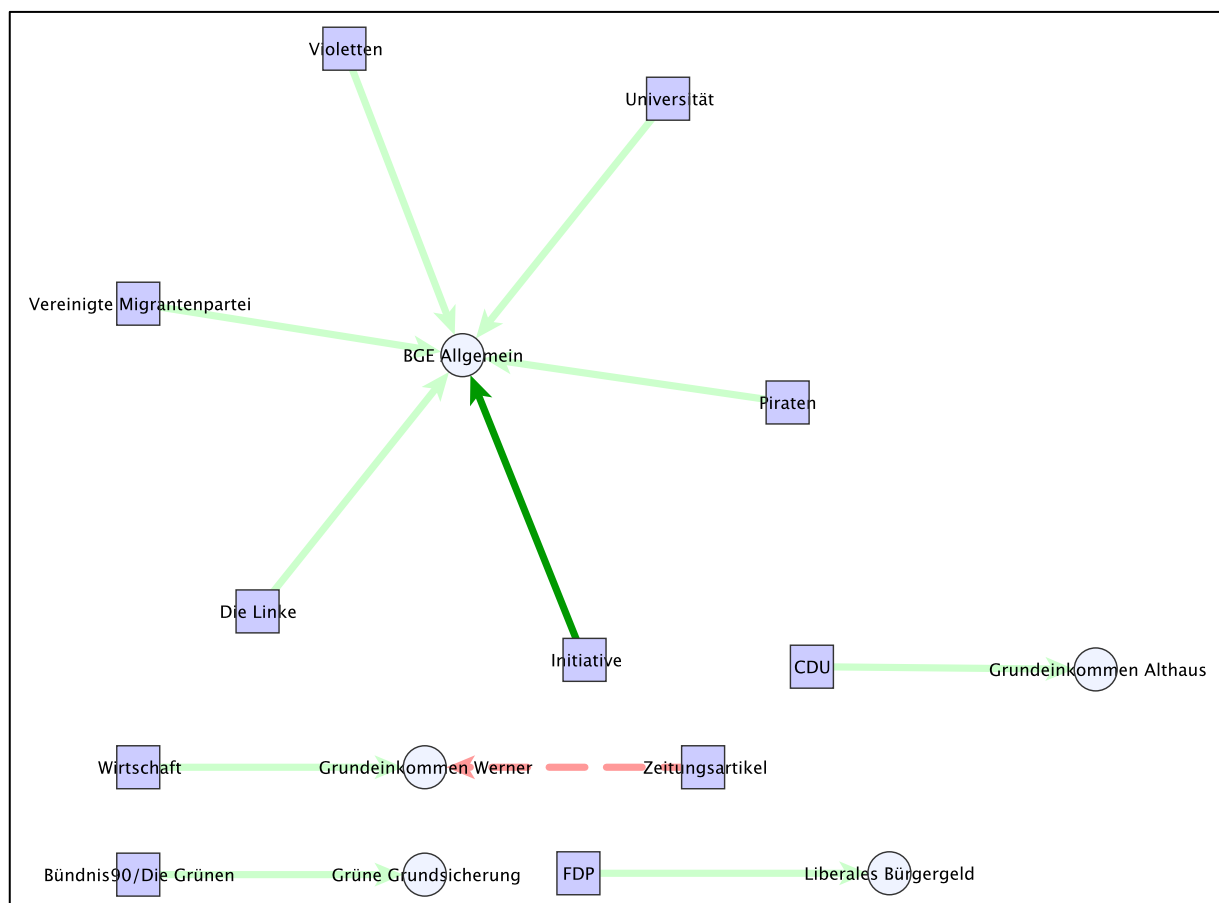


Abbildung 10: BGE-Diskurs, Phase 3: 01.01.2009 bis 31.12.2010, Organisation x Konzept

In Abbildung 11 zeigen sich aber auch negative Stimmen bezüglich des Grundeinkommens im Allgemeinen, welche auf der Organisationsebene aufgrund des Subtraktionsprinzips nicht ersichtlich geworden, aber auch in dieser Phase vorhanden sind (leicht von fünf auf drei zurückgegangen). Die negativen Stimmen von Ernst und Lafontaine aus der Linkspartei sind aufgrund der positiven Meinungen ihrer Parteikollegen in Abbildung 10 nicht ersichtlich (z.B.

durch Kipping). Bei den Grünen hebt sich die positive Meinung von Habeck mit der negativen Meinung von Schilling bezüglich des Grundeinkommens auf der Organisationsebene auf, wodurch in Abbildung 10 keine Verbindung zwischen der Organisation „Bündnis90/Die Grünen“ und dem Konzept „BGE Allgemein“ vorhanden ist.

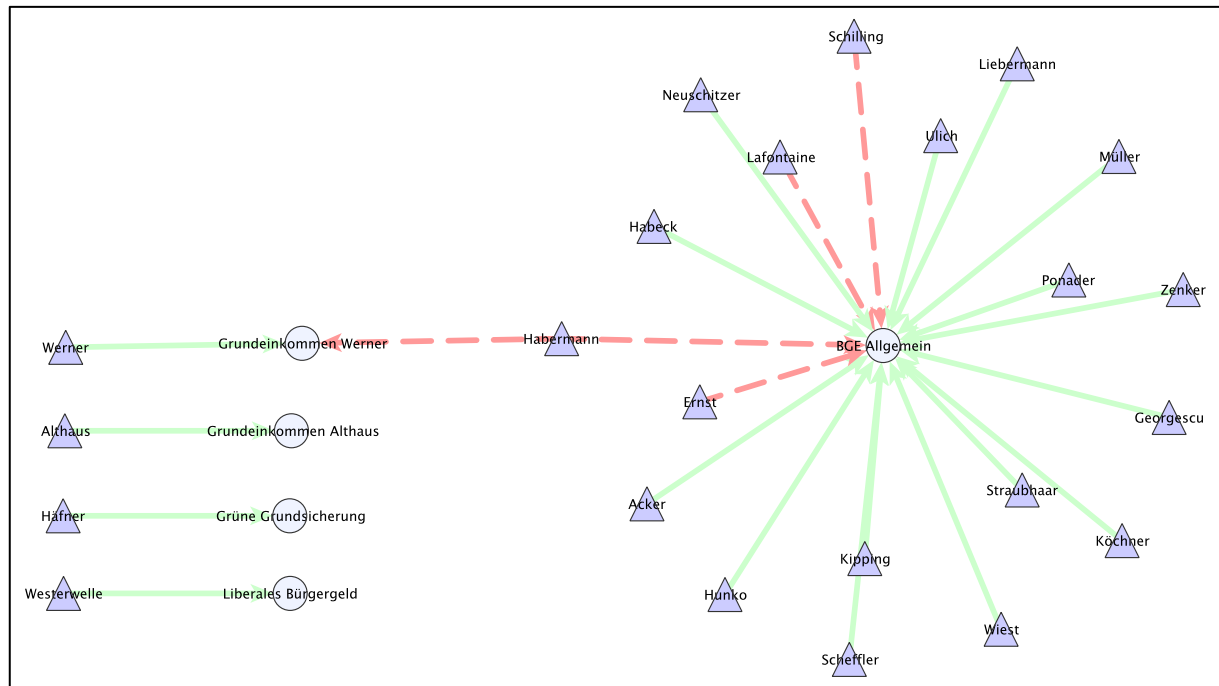


Abbildung 11: BGE-Diskurs, Phase 3: 01.01.2009 bis 31.12.2010, Person x Konzept

Aufgrund der Entwicklung von der ersten zur zweiten Phase ist es überraschend, dass sich der Diskurs in der dritten Phase wieder „zurückentwickelt“ hat und wieder sehr heterogen ist. Zwar sind neue Akteure hinzugekommen (kleine Parteien) und auch die Anzahl der Organisationen als auch der Personen hat stark zugenommen, aber ohne den Effekt einer weiteren Verflechtung.

6.4 Phase 4 (Januar 2011 bis Dezember 2012)

In der vierten Phase (Januar 2011 bis Dezember 2012) setzt sich die Entwicklung von Phase drei fort. Sowohl auf der Organisations- (Abbildung 12 Organisation x Konzept) als auch auf der Personenebene (Abbildung 13 Person x Konzept) werden nur noch zwei Konzepte (Grundeinkommen Althaus und Grundeinkommen Werner) neben dem Sammelkonzept „BGE Allgemein“ diskutiert beziehungsweise genannt. Bei Betrachtung von Abbildung 13 setzt sich

auch hier die Entwicklung fort und die beiden Konzepte werden jeweils nur von Althaus und Werner selbst im Diskurs gehalten.

In Abbildung 12 fallen die starken Verbindungen der Piraten und der Linkspartei auf. Diese beiden Verbindungen lassen sich durch die damalige Tagespolitik erklären.

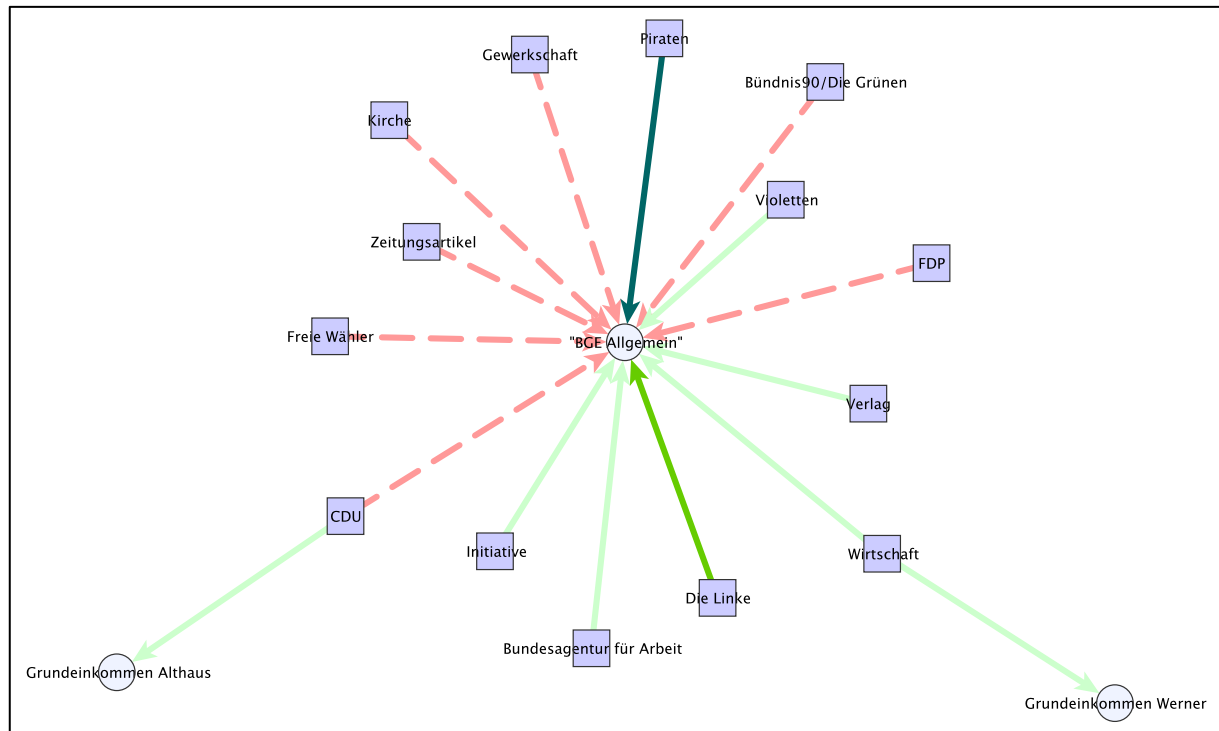


Abbildung 12: BGE-Diskurs, Phase 4: 01.01.2011 bis 31.12.2012, Organisation x Konzept

Die Linkspartei verfasste im Jahr 2011 ihren ersten Beschluss am Bundesparteitag für ein Grundeinkommen ohne festes Konzept, wodurch sich die Akteure grundsätzlich für ein Grundeinkommen aussprechen und nicht für ein bestimmtes Konzept.

Ähnlich verhält es sich bei den Piraten, welche die bisher stärkste Verbindung zwischen einem Konzept und einer Organisation aufweisen. 2011 zogen die Piraten in das Abgeordnetenhaus in Berlin (erster Einzug in ein Landesparlament) ein, was mit größerer medialer Aufmerksamkeit verbunden ist (z.B. Wahlkampfberichterstattung). Die Piraten fordern in ihrem Wahlprogramm zwar ein bedingungsloses Grundeinkommen aber ohne einen eigenen konkreten Konzeptvorschlag vorweisen zu können, womit sich die Mitglieder der Piraten auf das Grundeinkommen im Allgemeinen beziehen.

Mit den beiden Organisationen „Gewerkschaft“ und „Kirche“ sind zwei einflussreiche Akteure in den Diskurs eingetreten, die beide das Grundeinkommen ablehnen, sich aber auf kein

spezielles Konzept beziehen. Bei beiden lässt sich die Ablehnung aufgrund ihres Verhältnisses von Einkommen und Arbeit erklären.

Die Gewerkschaften sehen sich als Interessenvertretung der Beschäftigten gegenüber der Regierung und der Arbeitgeber. Im Zuge dessen treten diese für die Rechte der Arbeitnehmer ein. Dabei sind die Verhandlungen über Lohnerhöhungen rudimentärer Bestandteil der Interessenvertretung. Ab einer bestimmten Höhe wären die Gewerkschaften in gewisser Weise obsolet, da sowohl die Existenz, als auch die gesellschaftliche Teilhabe der Bürger gesichert wären. Hiermit lässt sich die Ablehnung gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen erklären.

Auch bei den kirchlichen Vertretern ist Arbeit und Einkommen eng verknüpft, was schon in dem zweiten Brief von Paulus an die Thessalonicher deutlich wird, wie das nachfolgende Zitat zeigt.

"Denn als wir bei euch waren, haben wir euch die Regel eingeprägt: Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.¹¹ Wir hören aber, dass einige von euch ein unordentliches Leben führen und alles Mögliche treiben, nur nicht arbeiten." (Paulus, 2 THESS)

Die Aussage des Präsidenten der Deutschen Bischofskonferenz Reinhard Marx geht in dieselbe Richtung. Dieser lehnt ein Grundeinkommen unter anderem ab, weil dadurch Erwerbsarbeit weniger attraktiv werden würden (Marx, 2010).

Ebenso ist es interessant, dass sowohl die Grünen, als auch die FDP sich in der vierten Phase negativ gegenüber dem Grundeinkommen im Allgemeinen äußern, obwohl sie sich beide in der vorangegangenen Phase zumindest noch jeweils positiv über ihr eigenes Konzept geäußert hatten. Vor allem hatte sich die FDP in der zweiten Phase noch sowohl positiv gegenüber ihrem eigenen als auch positiv gegenüber dem Grundeinkommen im Allgemein ausgesprochen.

Was auf der Ebene „Organisation x Konzept“ noch auffällt ist, dass sich die CDU zwar positiv über ihr eigenes Konzept äußert aber negativ über das Grundeinkommen im Allgemeinen (wie bei Roth Abbildung 9).

Sowohl auf der Organisations- als auch auf der Personenebene hat die Ablehnung gegenüber dem Grundeinkommen zugenommen. In Abbildung 13 zeigt sich außerdem, dass Kipping, welche in der dritten Phase in den Diskurs eingestiegen ist und als große Fürsprecherin für ein Grundeinkommen gilt, die stärkste Verbindung zum Grundeinkommen aufweist. Somit nimmt

sie dort eine Gegenposition zu Lafontaine in der Linkspartei ein und ist wohl der ausschlaggebende Grund, dass die Linke in Abbildung 12 eine so starke positive Verbindung zum „BGE Allgemein“ besitzt.

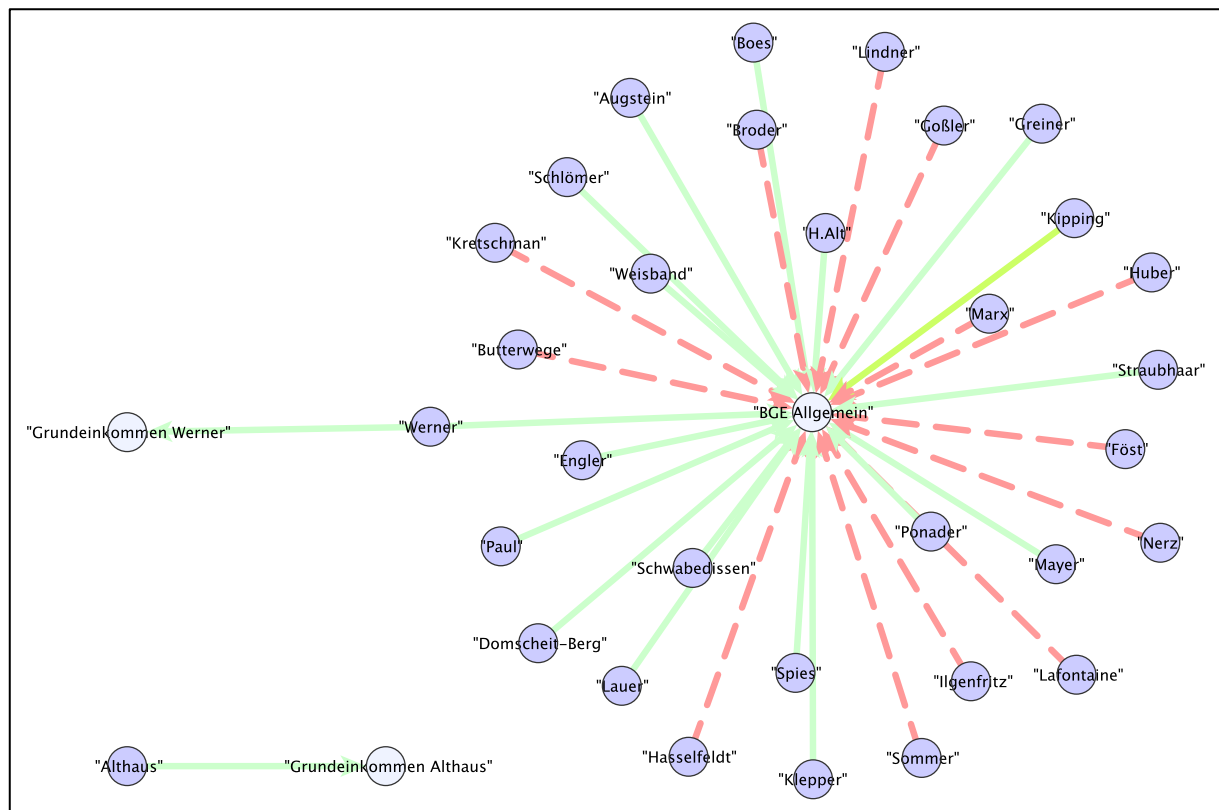


Abbildung 13: BGE-Diskurs, Phase 4: 01.01.2011 bis 31.12.2012, Person x Konzept

Im Großen und Ganzen hat sich das Statementaufkommen zwar erhöht, aber aufgrund des Nichtvorhandenseins eines eigenen Konzeptes der Linkspartei und der Piraten, dreht sich der Diskurs nicht um konkrete Konzepte, sondern nur allgemein um das Grundeinkommen. Auch wenn der Diskurs in den Abbildungen 12 und 13 nicht besonders komplex ist, wird innerhalb der beiden Parteien (Die Linke und Piraten) über das Grundeinkommen diskutiert, wodurch in den kommenden Phasen neue Konzepte in den Diskurs Einzug halten könnten.

6.5 Phase 5 (Januar 2013 bis Dezember 2014)

Das Bild der fünften Phase (Abbildungen 14 Organisation x Konzept und 15 Person x Konzept) gleicht relativ stark der vierten Phase. Bei Betrachtung der Abbildung 14 im Vergleich zu Abbildung 12 ist zwar das Liberale Bürgergeld zurück in den Diskurs gekommen und auf der

Organisationsebene gab es den ein oder anderen Wechsel (SPD ist mit ablehnender Haltung zurück), aber im Allgemeinen gab es keine großen Diskursverschiebungen. Das einzige Konzept, das bisher neben dem Sammelkonzept „BGE Allgemein“ in jeder Phase vertreten war, ist das Grundeinkommenskonzept von Werner, welches erneut (nach Initiative in Phase 2 und Zeitungsartikel in Phase 3) von einer „fremden“ Organisation abgelehnt wird (Universität). Bei der Analyse von Abbildung 15 zeigt sich auch, dass sich neben Werner selbst nur zwei weitere Personen auf sein Konzept beziehen.

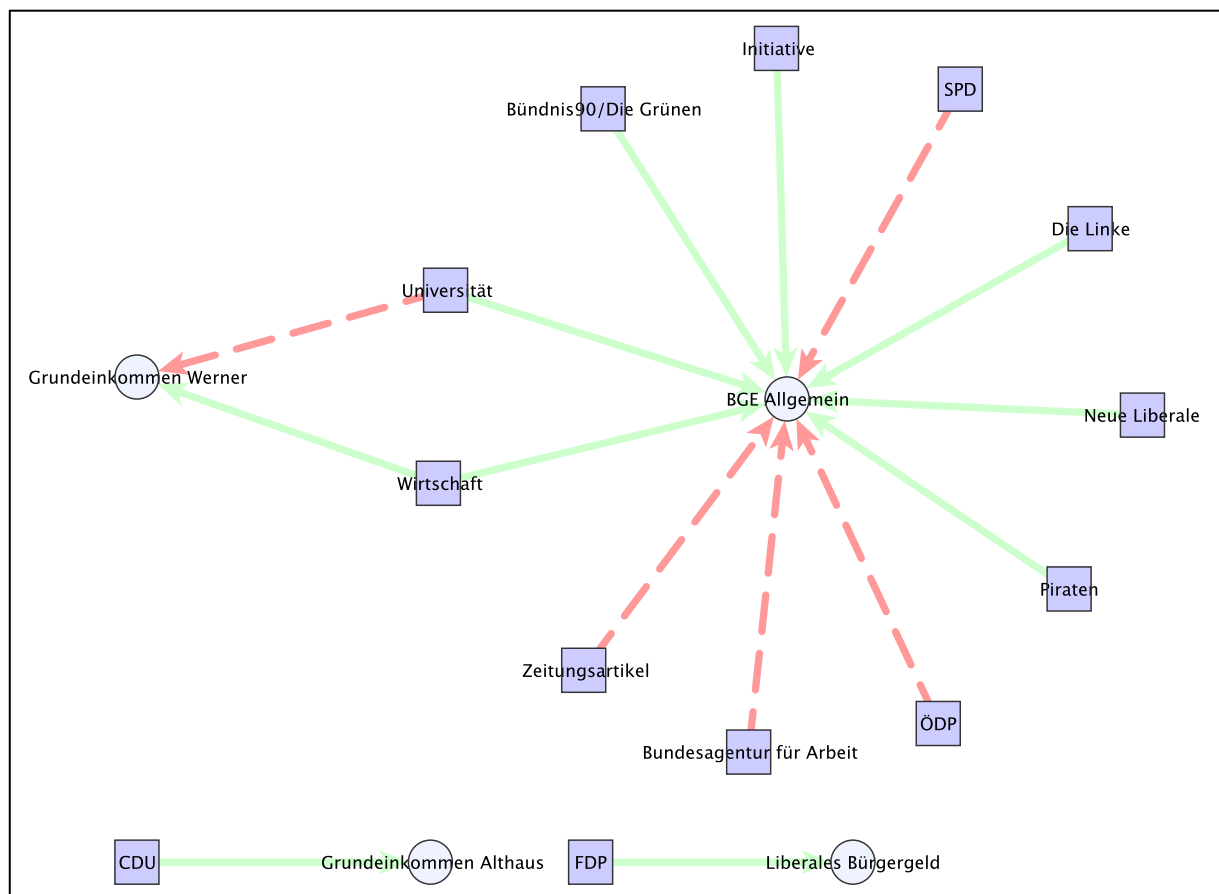


Abbildung 14: BGE-Diskurs, Phase 5: 01.01.2013 bis 31.12.2014, Organisation x Konzept

Sowohl das Liberale Bürgergeld der FDP als auch das Solidarische Bürgergeld (hier Grundeinkommen Althaus) der CDU sind weiterhin bis auf Phase zwei nicht in den Diskurs eingebunden, sondern werden ausschließlich von Parteimitgliedern im Diskurs gehalten.

Interessant ist, dass sich innerhalb der Partei Bündnis90/Die Grünen ein Wandel vollzogen hat und die Grünen das Grundeinkommen wieder befürworten (im Gegensatz zur vierten Phase). Bei den Linken hat sich zwar nicht die Zustimmung verändert aber die Stärke der Verbindung ist zurückgegangen im Gegensatz zur vorangegangenen Phase. Das gleiche gilt für die Piraten,

die zu diesem Zeitpunkt auch schon wieder in der Wählergunst verloren hatten und somit auch weniger im medialen Mittelpunkt standen.

Auf der Personenebene (Abbildung 15) wie auch auf der Organisationsebene zeigen sich keine gravierenden Änderungen im Vergleich zur vierten Phase (Abbildung 13).

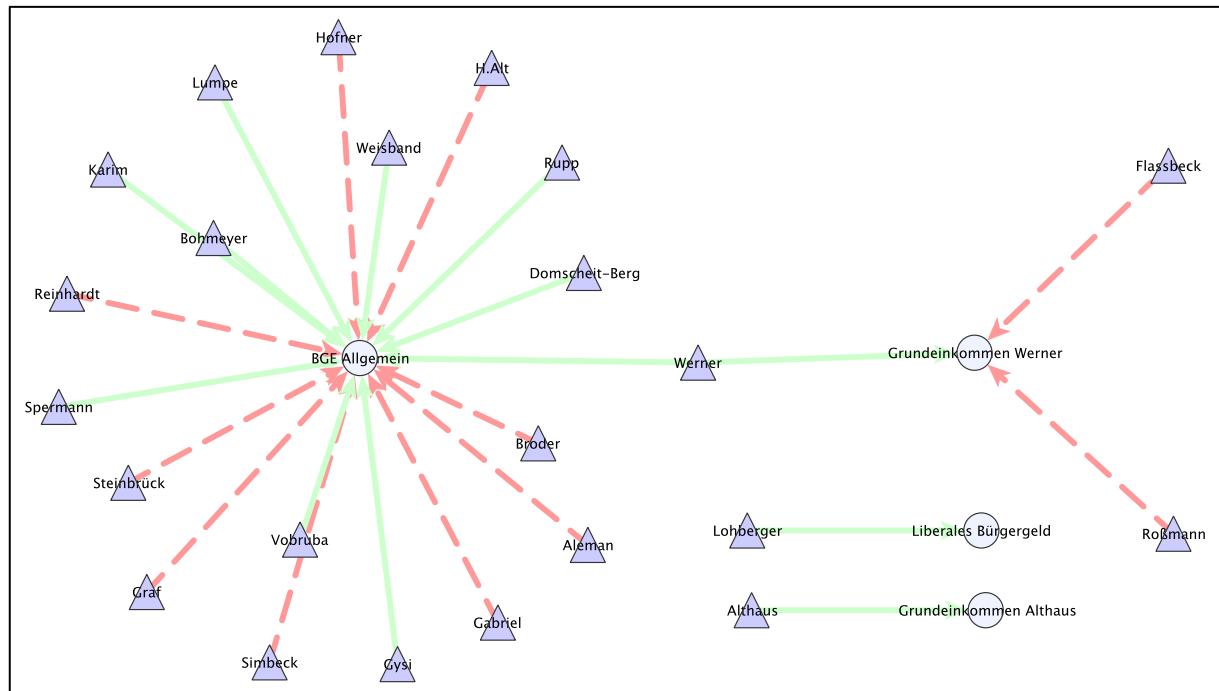


Abbildung 15: BGE-Diskurs, Phase 5: 01.01.2013 bis 31.12.2014, Person x Konzept

Zwar beziehen sich die Vertreter der beiden Universitäten Hamburg und Erfurt (Flassbeck und Roßmann) negativ auf das Grundeinkommenskonzept von Werner, aber dabei kann nicht wirklich von einem Schwerpunkt im Diskurs die Rede sein.

Interessant ist es aber bei der Analyse der Personenebene, dass Kipping, welche in der vorangegangenen Phase noch die stärkste Verbindung aller Personen hatte, nun nicht mehr in der Debatte vertreten ist. Bei den Linken hat Domscheit-Berg gemeinsam mit Gysi (beide positiv) die Debatte fortgesetzt, was aber auch erneut die Weiterentwicklung innerhalb der Partei zeigt. Dafür spricht ebenfalls der zweite und dritte Beschluss auf dem Bundesparteitag der Linken in den Jahren 2013 und 2014 (nach dem ersten Beschluss im Jahr 2011) für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dennoch hatte die Partei zu diesem Zeitpunkt noch kein eigenes Konzept vorzuweisen.

Wie bereits erwähnt hat sich der Diskurs in diesen beiden Jahren nicht besonders weiterentwickelt und bleibt sehr implizit und ungenau sowie heterogen.

6.6 Phase 6 (Januar 2015 bis Dezember 2016)

In der sechsten Phase (Abbildung 16 Organisation x Konzept und Abbildung 17 Person x Konzept) hat der Diskurs auf der Organisationsebene abgenommen und nur noch wenige Organisationen sind an der Debatte beteiligt. Aber auf der Personenebene ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Dies weist darauf hin, dass mehr Akteure innerhalb der Organisationen an der Debatte teilnehmen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Linkspartei, welche inzwischen ein eigenes Konzept (Emanzipatorisches Grundeinkommen) entwickelt hat, welchem sie positiv gegenübersteht, aber gleichzeitig das Sammelkonzept „BGE Allgemein“ inzwischen ablehnt. Wobei auch das Bild auf der Personenebene differenzierter betrachtet werden muss. Kipping spricht sich weiterhin allgemein positiv für ein Grundeinkommen aus, wohingegen sich andere Führungskräfte der Linkspartei (Wagenknecht, Gysi und Riexinger) dagegen aussprechen. Bei Gysi bedeutet dies eine Meinungsänderung im Gegensatz zur fünften Phase.

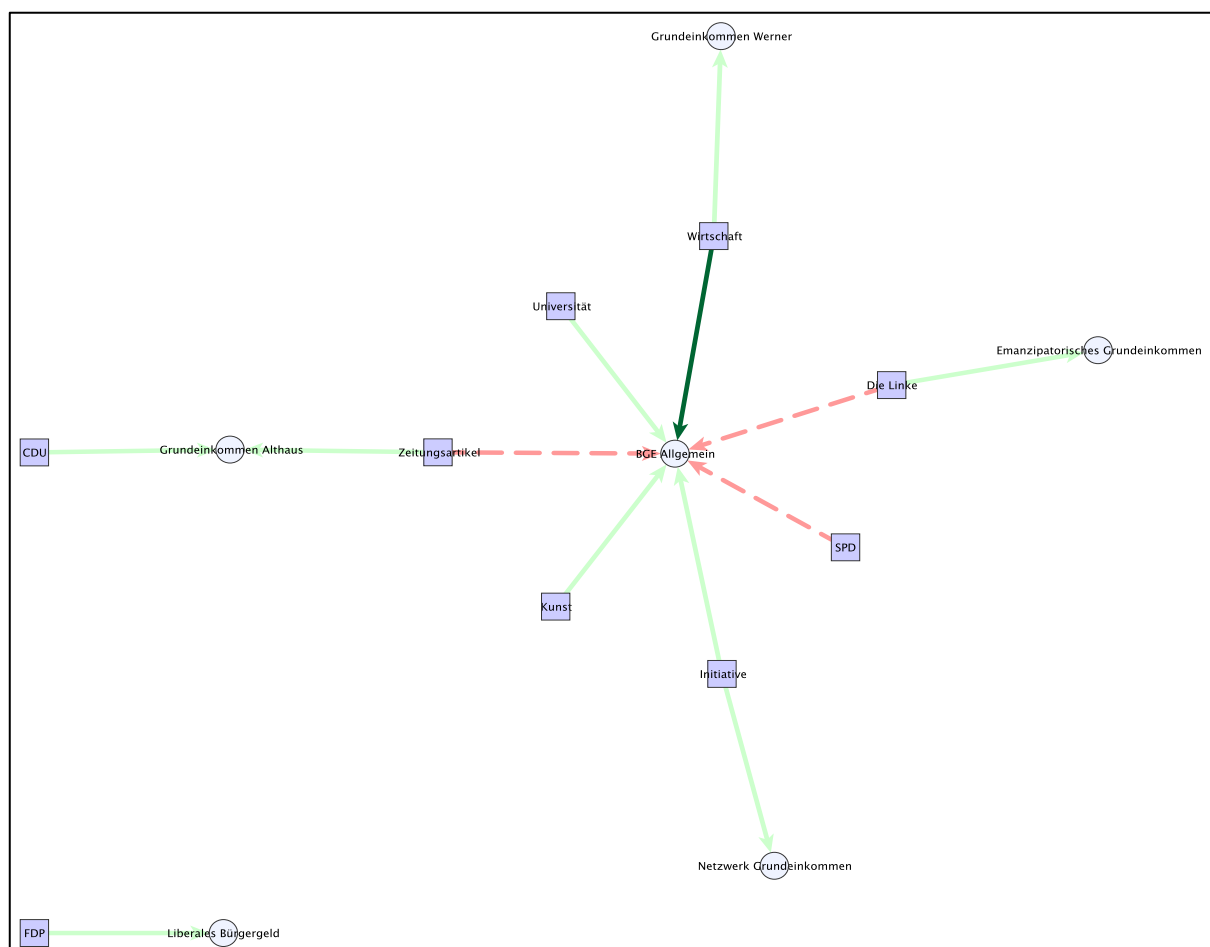


Abbildung 16: BGE-Diskurs, Phase 6: 01.01.2015 bis 31.12.2016, Organisation x Konzept

allesamt fast ausnahmslos von ihren eigenen Autoren in den Diskurs eingebracht beziehungsweise in ihm gehalten werden. Zwar sind vor allem die beiden Konzepte von Werner und Althaus nahezu immer vertreten aber bis auf wenige Ausnahmen wird auf diese nicht von anderen Akteuren Bezug genommen (auf das Konzept von Althaus in der Phase zwei und auf das Konzept von Werner in den Phasen zwei, drei und fünf). Somit bleibt der Diskurs auch in dieser Phase allgemein und heterogen.

6.7 Phase 7 (Januar 2018 bis Juli 2018)

In der siebten Phase (Abbildungen 18 Organisation x Konzept und Abbildung 19 Person x Konzept) findet nach der zweiten Phase (Abbildung 8 und Abbildung 9) das zweite Mal ein Diskurs über ein konkretes Konzept statt.

Dadurch sticht besonders das Solidarische Grundeinkommen der SPD heraus, auf welches sich bis auf die Linkspartei alle zu diesem Zeitpunkt etablierten Parteien (AfD, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP und CDU) beziehen. Überraschend ist hierbei, dass das Konzept erst in dieser Phase entstanden und direkt das zentrale Konzept der Debatte geworden ist. Zwar beziehen sich neben der SPD selbst nur zwei weitere Organisatoren (AfD und Verwaltung) positiv auf das Solidarische Grundeinkommen aber eben auch acht Organisationen negativ. Bisher kam es in dem gesamten Diskursverlauf noch nie zu einer derartigen Auseinandersetzung mit einem konkreten Konzept. Gleichzeitig bleibt die Verbindung zwischen der SPD und dem Sammelkonzept „BGE Allgemein“ negativ (neben den Organisationen „Gewerkschaft“ und „Universität“ bildet die SPD die stärkste negative Verbindung in der siebten Phase), was aber bei der genauen Betrachtung des Konzeptes nicht verwundert (wie bereits weiter oben ausgeführt), da es sich bei dem Solidarischen Grundeinkommen eher um eine Weiterentwicklung von Hartz IV handelt als um ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dies erklärt auch die ablehnende Haltung von Grundeinkommensbefürwortern wie den Grünen, der Initiativen und der Wirtschaft.

Insgesamt haben die SPD und Die Linke die stärksten positiven Verbindungen (jeweils zu ihren eigenen Konzepten) und die Organisationen „Gewerkschaft“, „Universität“ und „SPD“ die jeweils höchsten negativen Verbindungen (alle zu dem Sammelkonzept „BGE Allgemein“). Neben den Linken gibt es noch eine weitere negative Verbindung zum Emanzipatorischen Grundeinkommen (von der Organisation „Zeitungsartikel“). Die anderen konkreten Konzepte

werden wie in der vorangegangenen Phase im Diskurs gehalten aber ohne Bezug zu anderen Organisationen.

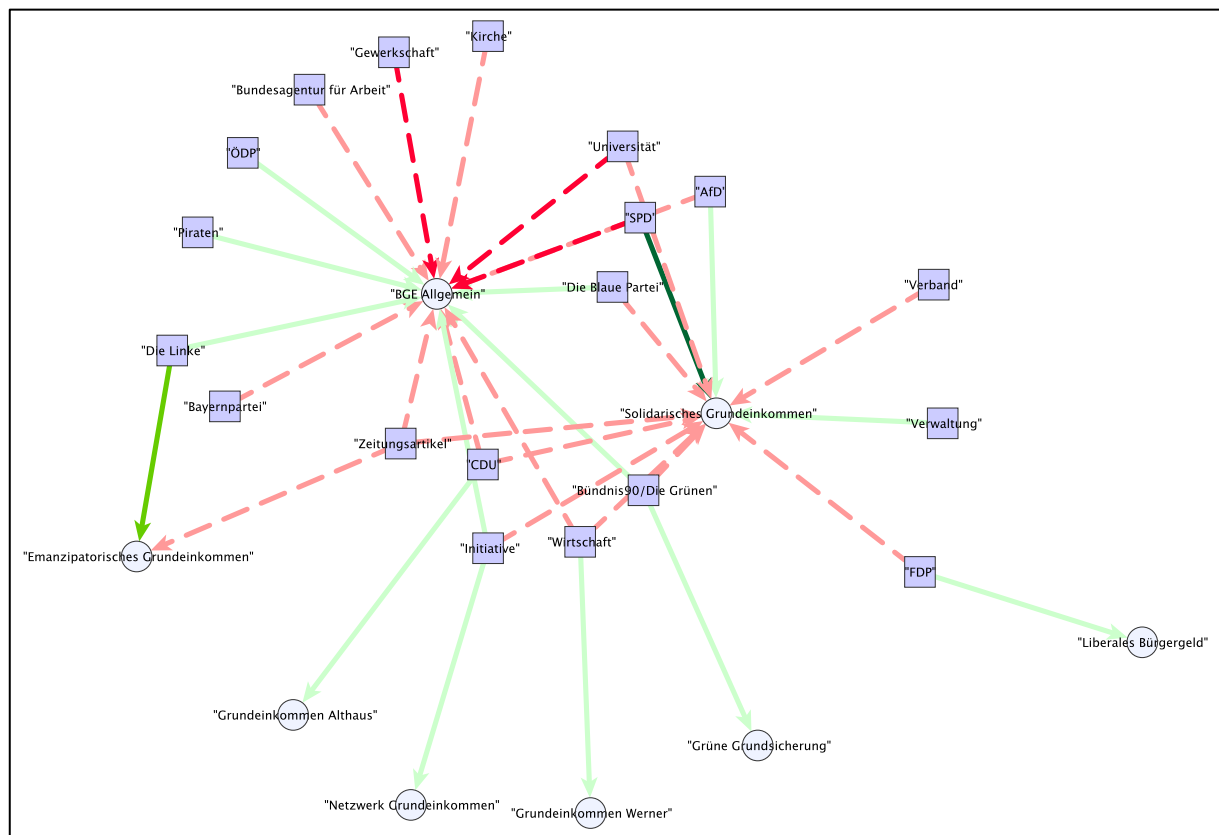


Abbildung 18: BGE-Diskurs, Phase 7: 01.01.2017 bis 31.07.2018, Organisation x Konzept

Die mediale Berichterstattung durch Journalisten (Organisation Zeitungartikel) ist in dieser Phase insgesamt negativ (Verbindung zu „BGE Allgemein“, „Solidarisches Grundeinkommen“ & „Emanzipatorisches Grundeinkommen“). Weiterhin fällt auf der Organisationsebene auf, dass sich das Meinungsbild gegenüber dem Grundeinkommen insgesamt deutlich verschlechtert hat. Bis auf die positiven Verbindungen der Organisationen zu ihren eigenen Konzepten, sind die Verbindungen zum großen Teil negativ. Dies betrifft vor allem auch das Sammelkonzept, welchem die bisher stärkste Ablehnung des gesamten Diskursverlaufs zukommt. Dabei ist interessant, dass die kleineren Parteien dem Sammelkonzept bis auf die Bayernpartei positiv gegenüber stehen und somit fast die einzigen positiven Verbindungen zum Sammelkonzept darstellen, da etablierte Parteien wie die CDU, SPD und die AfD dieses ablehnen (bei Bejahung des eigenen Konzeptes durch die SPD und CDU).

Auf der Personenebene sticht vor allem Müller mit der stärksten Verbindung (Müller x Solidarisches Grundeinkommen) in Abbildung 19 hervor. Dabei ist interessant, dass sich die

The diagram illustrates the relationships between various political parties and interest groups in Germany, centered around the concept of a Basic Income (Grundeinkommen). The nodes are represented by blue triangles (parties/interest groups) and white circles (central concepts or groups). The connections are color-coded: green for primary or direct relationships, and red for secondary or indirect relationships.

Central Nodes (White Circles):

- "Solidarisches Grundeinkommen"
- "BGE Allgemein"
- "Grundeinkommen Althaus"
- "Grundeinkommen Werner"
- "Emanzipatorisches Grundeinkommen"
- "Grüne Grundsicherung"
- "Liberales Bürgergeld"
- "Netzwerk Grundeinkommen"

Peripheral Nodes (Blue Triangles):

- "Werner jr."
- "Althaus"
- "Stah"
- "Hannemann"
- "Stegner"
- "Hartz"
- "Heilmann"
- "Sleims"
- "Schummer"
- "Wels"
- "Walwei"
- "Piper"
- "Klose"
- "Solidarisches Grundeinkommen"
- "Habeck"
- "Nahles"
- "Müller"
- "Höcher"
- "Hei"
- "Lindner"
- "Garg"
- "Liberales Bürgergeld"
- "Netzwerk Grundeinkommen"
- "Bolzmeier"
- "Fost"
- "Hoffmann"
- "Kerner"
- "Hottges"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Schimmer-Göckel"
- "Stengel"
- "Spahr"
- "Zypries"
- "Werner"
- "Merkel"
- "Hedmann"
- "Maas"
- "Böringer"
- "Petry"
- "Richardt"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"
- "Amtsleiter"
- "Mark"
- "Meyer"
- "Kreischman"
- "Fischer"
- "Göring-Eckhardt"
- "Fehrmann"
- "Cunningham"
- "Bylske"
- "Bryghman"
- "Schmid"
- "Schurer"
- "Ozdemir"
- "Wringham"
- "Trzaska"
- "Reina"
- "A. Hassel"

Abbildung 19: BGE-Diskurs, Phase 7: 01.01.2017 bis 31.07.2018, Person x Konzept

Insgesamt fällt auf, dass sehr viele Akteure an der Debatte teilnehmen und das erste Mal nach der zweiten Phase ein konkretes Konzept (Grüne Grundsicherung) diskutiert wird. Aber auch auf der Personenebene haben die negativen Verbindungen eine klare Mehrheit gegenüber den positiven Verbindungen.

Bei den Grünen (z.B. Habeck) gibt es weiterhin Zustimmung zu dem eigenen Konzept der Grünen Grundsicherung wie zum Teil auch zum Grundeinkommen im Allgemeinen (Habeck dafür und Göring-Eckhardt dagegen) aber Ablehnung gegenüber dem Solidarischen Grundeinkommenskonzept von Müller.

Bei der Partei Die Linke ist das Bild dagegen nicht so einheitlich. Wohingegen mit Hannemann und Kipping zwei Politiker der Linken das Emanzipatorische Grundeinkommen wie das Sammelkonzept befürworten (bei gleichzeitiger Ablehnung des Solidarischen Grundeinkommen), befürwortet Gysi das Solidarische Grundeinkommen ohne sich zu anderen Konzepten zu äußern.

In Bezug auf die FDP, in Person von Lindner, bleibt die Ablehnung gegenüber anderen Konzepten (hier Solidarisches Grundeinkommen) und dem Sammelkonzept bestehen bei gleichzeitiger Befürwortung des eigenen Konzeptes (Liberales Bürgergeld).

Zusammenfassend ist für die vierte Phase zu sagen, dass sich der Diskurs im Vergleich zu den vorangegangenen Phasen rasant entwickelt hat und deutlich komplexer geworden ist. Die Heterogenität hat etwas abgenommen, da sich die Akteure auf der Konzeptebene zumindest mit einem Konzept auseinandersetzen, auch wenn sie dieses zum großen Teil ablehnen. Außerdem hat die Anzahl der Akteure sowohl auf der Organisations- als auch auf der Personenebene zugenommen.

7 Überprüfung der Hypothese

Nachdem im vorangegangenen Kapitel der innerdeutsche Diskursverlauf über das bedingungslose Grundeinkommen aufgezeigt worden ist, wird in diesem Kapitel die Hypothese H_1 – sprich das Fehlen einer oder mehrere Advocacy-Koalitionen im Subsystem – überprüft. Zur Überprüfung der Hypothese werden nicht wie im vorangegangenen Kapitel Two-Mode Netzwerke, sondern One-Mode Netzwerke herangezogen, um die Beziehungen zwischen den Organisationen aufzuzeigen. Mit den verschiedenen One-Mode-Abbildungen (congruence, conflict & subtract) wird die Bildung einer Advocacy-Koalition nachgewiesen oder abgelehnt, was eine Verifizierung oder Falsifizierung der Hypothese zur Folge hat.

Je nach Phase werden verschiedene Abbildungen (entweder congruence & conflict oder subtract) dargestellt. Bei Phasen, welche aufgrund der vorangegangenen Analyse des Diskurses als „interessanter“ eingestuft sind, werden zwei Abbildungen (congruence & conflict) zur Analyse herangezogen und bei den weniger „interessanten“ wird lediglich eine Abbildung (subtract) verwendet. Da das Subtraktionsnetzwerk ein Produkt der Subtraktion der anderen beiden Netzwerke darstellt, enthalten beide Darstellungsmöglichkeiten ähnliche Informationen - mit dem Unterschied, dass die Darstellungsvariante mit zwei Abbildungen eine etwas tiefere Analyse zulässt.

Alle genannten Kantenwerte können in den jeweiligen Tabellen, welche die Datengrundlage der Abbildungen 20 bis 29 bilden, im Anhang nachgelesen werden.

7.1 Phase 1 (Januar 2005 bis Dezember 2006)

Die erste Phase wird durch ein Kongruenznetzwerk (Abbildungen 20) und ein Konfliktnetzwerk (Abbildungen 21) dargestellt.

In Abbildung 20 zeigt sich, dass die Grünen und die SPD mit keiner Partei Übereinstimmungen vorzuweisen haben und somit keine Übereinstimmungen mit anderen Organisationen über Konzepte besitzen. Daraus folgt, dass diese beiden Parteien auch keine gemeinsamen Überzeugungen mit anderen Organisationen bezüglich der policy-bezogenen Kernüberzeugungen und den sekundären Aspekten besitzen.

Die anderen vier Organisationen (Wirtschaft, Universität, CDU und Zeitungsartikel) besitzen jeweils eine sehr schwache Übereinstimmung. Bei der Betrachtung von Abbildung 6 (Phase 1

Organisation x Konzept) zeigt sich, dass sich diese Übereinstimmung aus der grundsätzlichen Zustimmung bezüglich des Sammelkonzeptes „BGE Allgemein“ ergibt. Da in dieser Phase des Diskurses keine weiteren Übereinstimmungen über Konzepte vorhanden sind, besteht in dieser Phase des Diskurses zwar zwischen den Organisationen – Wirtschaft, Universität, CDU und Zeitungsartikel – die prinzipielle Übereinstimmung für ein Grundeinkommen aber es besteht noch keinerlei Übereinstimmung über ein bestimmtes Konzept. Außerdem ist der Wert der Verbindung sehr gering, was zusätzlich dazu beiträgt, dass hier nicht annähernd von dem Beginn einer Advocacy-Koalition gesprochen werden kann.

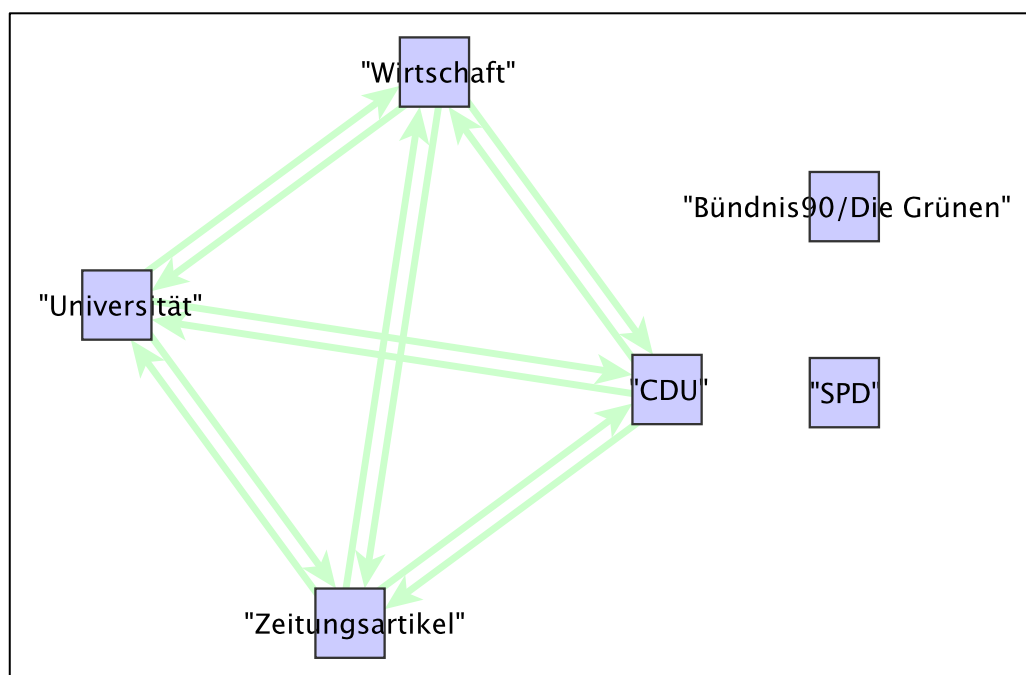


Abbildung 20: Kongruenznetzwerk, Phase 1: 01.01.2005 bis 31.12.2006

Ebenso wie bei dem Kongruenznetzwerk, besitzen die Grünen bei dem Konfliktnetzwerk keine Verbindung zu einer anderen Organisation.

Die SPD hingegen besitzt in diesem Netzwerk zu den anderen vier Organisationen jeweils eine schwache Verbindung, welche sich aus der Ablehnung des Sammelkonzeptes durch die SPD ergibt (Abbildung 6).

Zwischen keiner der anderen Organisationen besteht sonst eine Verbindung, da in der ersten Phase die SPD die einzige Organisation war, die ein Konzept abgelehnt hat.

Somit stehen die Grünen zu diesem Zeitpunkt ebenso wie die SPD alleine im Diskurs. Die anderen vier Organisationen sind zwar im Allgemeinen für ein Grundeinkommen aber sprechen sich für kein Konzept der jeweils anderen Organisation aus.

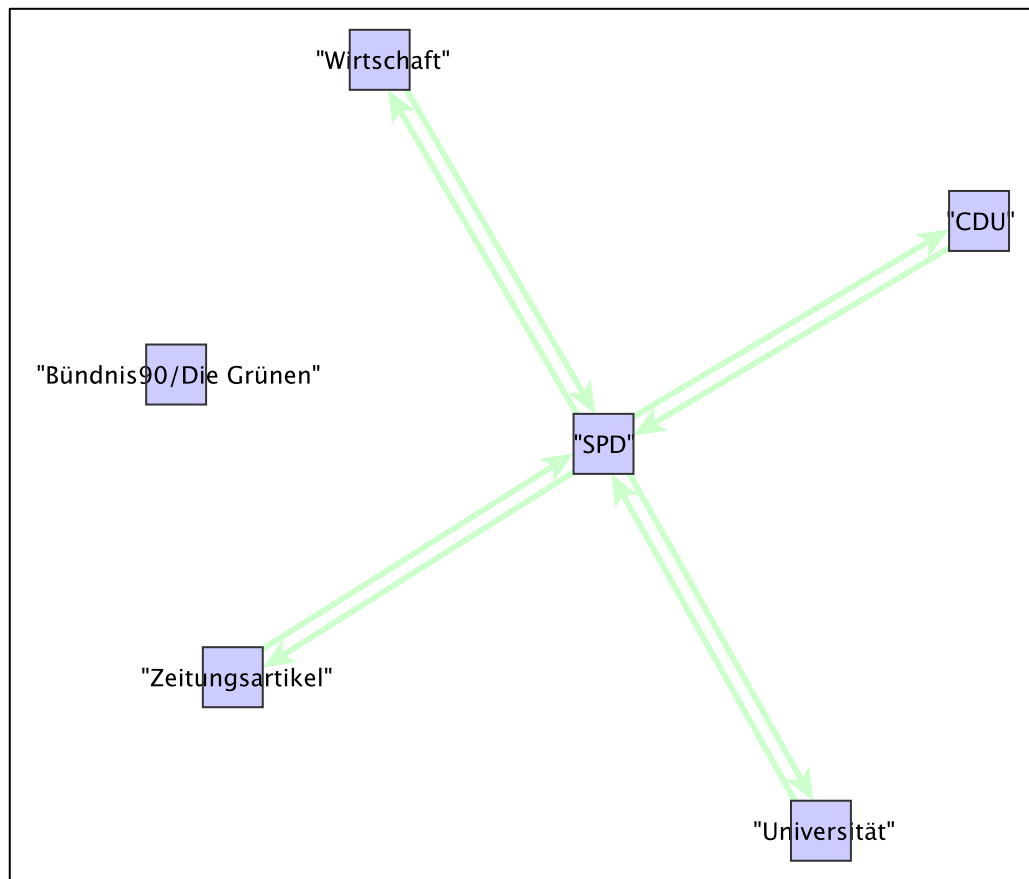


Abbildung 21: Konfliktnetzwerk, Phase 1: 01.01.2005 bis 31.12.2006

7.2 Phase 2 (Januar 2007 bis Dezember 2008)

Die zweite Phase wird ebenfalls durch ein Kongruenznetzwerk (Abbildung 22) und ein Konfliktnetzwerk (Abbildung 23) dargestellt.

Im Vergleich zur ersten Phase besitzt in der zweiten Phase jede Organisation mindestens drei Verbindungen zu einer anderen Organisation (Sowohl in Abbildung 22 als auch in Abbildung 23).

Neben den vielen schwachen Verbindungen im Kongruenznetzwerk, gibt es auch ein paar stärkere Verbindungen zwischen den verschiedenen Organisationen. Dabei stechen vor allem die Verbindungen mit Werten „<20“ hervor (Bündnis90/Die Grünen x CDU; Bündnis90/Die Grünen x Universität; CDU x Wirtschaft). Die anderen Verbindungen bewegen sich sonst zwischen Werten von 1 bis 17 und sind daher im Vergleich nicht besonders aussagekräftig. Diese hohen Werte zwischen den Grünen und der CDU lassen sich durch die gemeinsame Ablehnung des Sammelkonzeptes durch Roth & Scheel (Bündnis90/Die Grünen) und Rüttgers (CDU) (Abbildung 9), sowie die beiderseitige Befürwortung des Konzeptes der „Grünen

Grundsicherung“ (Abbildung 8) erklären. Somit besteht zwischen diesen beiden Organisationen ein hoher Verbindungswert, obwohl die Grünen das Konzept der CDU ablehnen (da diese Daten in dem Kongruenznetzwerk nicht ersichtlich werden, bedarf es einer weiteren Analyse des Konfliktnetzwerkes). Der relative hohe Wert zwischen der Organisation „Universität“ und den Grünen (Habeck) hingegen geht auf die gemeinsame Zustimmung des Sammelkonzeptes „BGE Allgemein“ zurück. Hierbei wird deutlich, dass es einer genauen Analyse bedarf, da innerhalb der Partei verschiedene Meinungen zu den verschiedenen Konzepten vorhanden sind und so scheinbar ähnliche policy-bezogene Kernüberzeugungen zwischen den Organisationen bestehen, obwohl diese Zuordnung, zumindest zu diesem Zeitpunkt, nicht klar möglich ist.

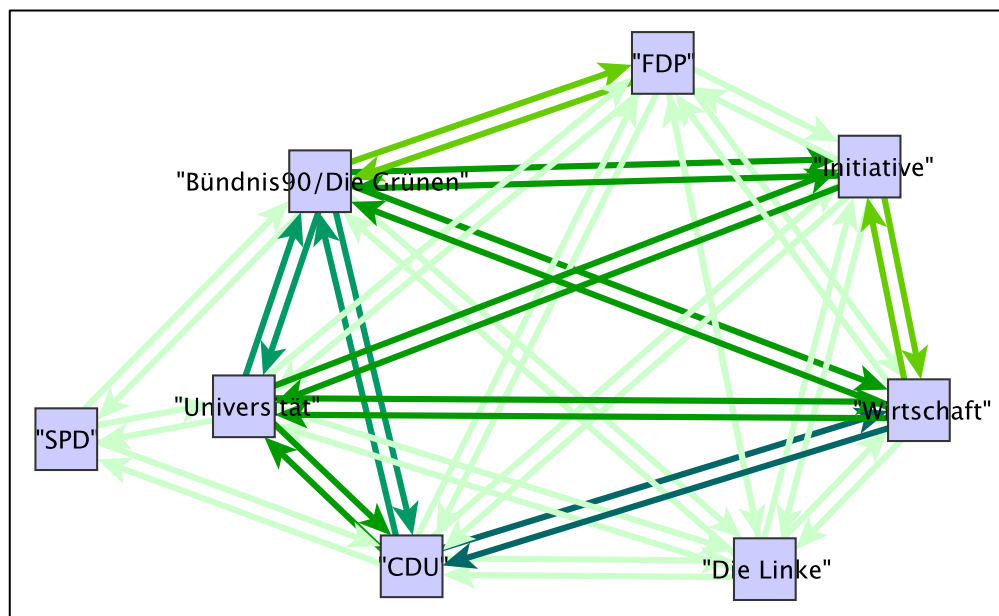


Abbildung 22: Kongruenznetzwerk, Phase 2: 01.01.2007 bis 31.12.2008

Die nochmal deutlich höhere Verbindung zwischen der CDU und der Wirtschaft lässt sich auf die beidseitige Zustimmung zum Solidarischen Bürgergeld der CDU zurückführen (für diesen hohen Wert von 47 ist hier vor allem die mehrfache Nennung des Konzeptes verantwortlich, wohingegen bei den anderen Übereinstimmungen häufig nur einfache Nennungen vorliegen). Bei dem Konfliktnetzwerk gibt es insgesamt nur zwei Verbindungen, welche einen Wert +20 besitzen (Bündnis90/Die Grünen x CDU & Bündnis90/Die Grünen x Universität). Hierbei wird deutlich, dass die Grünen und die CDU zwar zum einen in einigen Punkten übereinstimmen, aber gleichzeitig auch bei einigen Punkten anderer Meinung sind (dabei spielt vor allem die Ablehnung des Konzeptes der CDU durch die Grünen eine große Rolle).

Mit der Zeit könnte sich zwischen diesen beiden Organisationen aber dennoch eine Koalition herausbilden, wenn eine Annäherung bei den policy-bezogenen Kernüberzeugungen und den sekundären Aspekten in den kommenden Phasen erfolgt und somit die Stärke der Verbindungen des Kongruenznetzwerks die des Konfliktnetzwerks (im besten Fall 0) deutlich übersteigen. Ebenso verhält es sich mit dem Verhältnis zwischen den Grünen und der Organisation „Universität“, welche einen hohen Wert in beiden Netzwerken aufweisen. Hierbei spielt wie bereits oben beschrieben die „Uneinigkeit“ innerhalb der Grünen eine große Rolle.

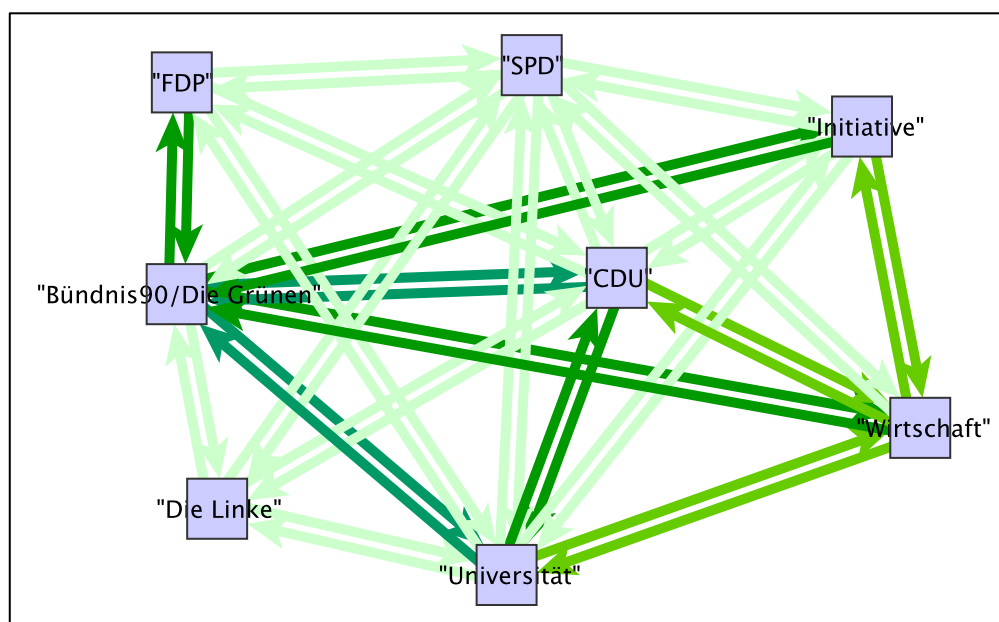


Abbildung 23: Konfliktnetzwerk, Phase 2: 01.01.2007 bis 31.12.2008

Da der Wert zwischen der CDU und der Wirtschaft im Konfliktnetzwerk gering ist (7), hat der positive Wert aus dem Kongruenznetzwerk eine noch höhere Bedeutung. Diese beiden Organisationen könnten einer weiteren Annäherung möglicherweise eine Advocacy-Koalition im weiteren Verlauf bilden. Alternativ wäre es auch möglich, dass Straubhaar eine Vermittlerrolle annimmt, da dieser sich im bisherigen Verlauf sowohl positiv gegenüber dem Grundeinkommenskonzept von Werner, dem Sammelkonzept als auch dem Solidarischen Bürgergeld geäußert hat.

7.3 Phase 3 (Januar 2009 bis Dezember 2010)

Die dritte Phase wird, im Gegensatz zu den vorangegangenen Phasen, durch ein Subtraktionsnetzwerk (Abbildung 24) dargestellt.

Im Vergleich zur zweiten Phase besitzen in der dritten Phase drei Organisationen (Bündnis90/Die Grünen, CDU und FDP) keine Verbindung zu anderen Organisationen. Dies ist vor allem im Fall der Grünen und der CDU interessant, da sowohl die Grünen als auch die CDU zuvor noch relativ zentral im Diskurs standen und die Bildung einer Koalition zwischen der Wirtschaft und der CDU möglich erschien.

Die Wirtschaft besitzt in der dritten Phase nur noch eine leicht negative Verbindung zur Berichterstattung (Zeitungsartikel), was auf die unterschiedlichen Meinungen bezüglich des Grundeinkommenskonzeptes von Werner (Wirtschaft positiv & Zeitungsartikel negativ) zurückzuführen ist.

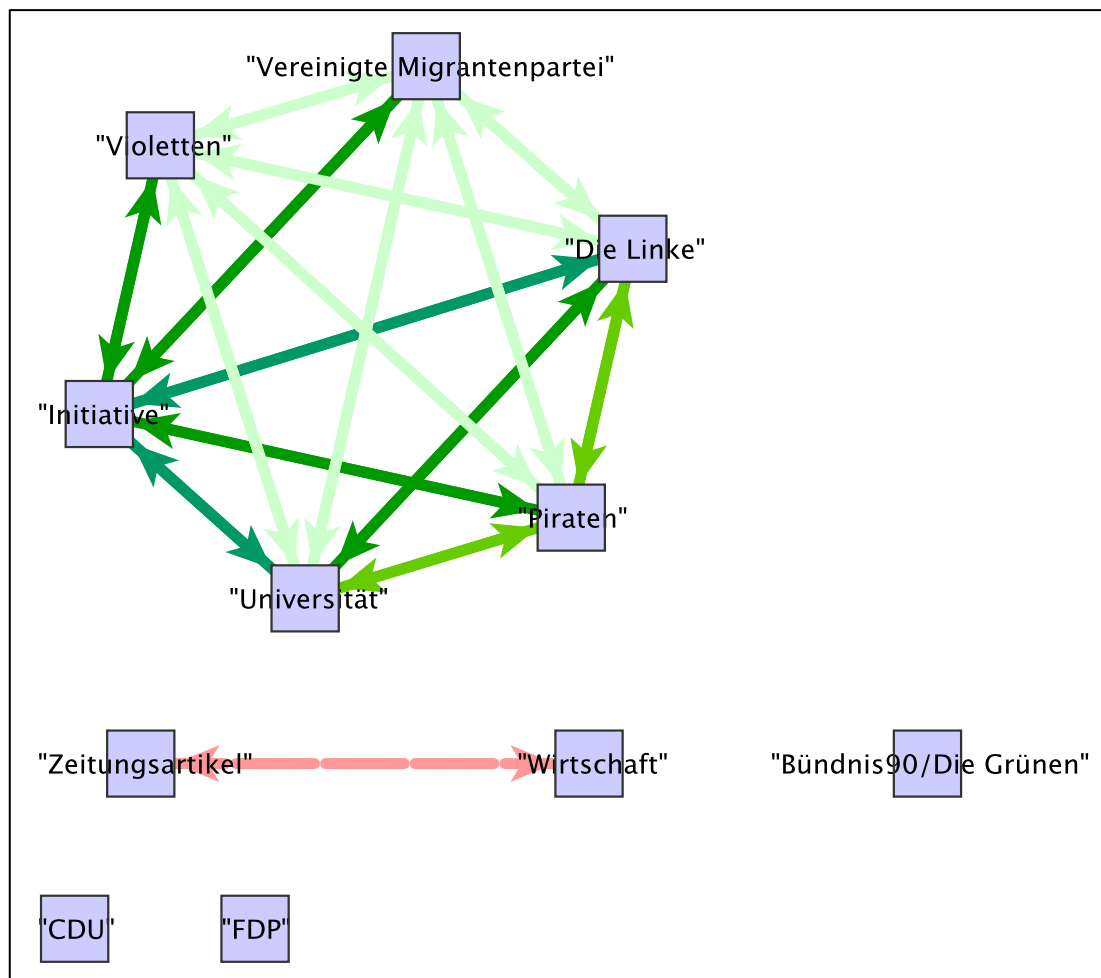


Abbildung 24: Subtraktionsnetzwerk, Phase 3: 01.01.2009 bis 31.12.2010

Innerhalb der positiven Beziehungen zwischen den weiteren sechs Organisationen (Piraten, Universität, Initiative, Violetten, Vereinte Migrantenpartei & Die Linke) stechen vor allem die drei Verbindungen von den Linken, den Piraten und den Universitäten mit den Initiativen hervor, welche alle einen Wert über 20 einnehmen, was aufgrund des Subtraktionsprinzips eine stärkere Verbindung als im Kongruenznetzwerk darstellt. In diesem Fall besteht die stärkste Verbindung zwischen „Initiative x Die Linke“ (48), gefolgt von „Initiative x Universität“ (36) und „Initiative x Piraten“ (24). Die Abbildungen 10 und 11 zeigen jedoch, dass diese Werte aufgrund der gemeinsamen Zustimmung für das Sammelkonzept „BGE-Allgemein“ zustande kommen und sich nicht auf ein spezielles Konzept beziehen. Was zwar die generelle Zustimmung zu einem Grundeinkommen zeigt aber ansonsten keine weiteren Aussagen über eine mögliche Übereinstimmung bezüglich der Ausgestaltung zulässt. Außerdem kommt der hohe Wert vor allem aufgrund der großen Zustimmung der Organisation „Initiative“ (12) zustande. Dennoch zeigt sich eine deutliche Kantenwertsteigerung zwischen „Initiative x Universität“ und „Initiative x Die Linke“ sowie ein hoher Einstiegswert zwischen „Initiative x Piraten“.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass aufgrund der reinen Bejahung zum Sammelkonzept von keiner anfänglichen Bildung einer Advocacy-Koalition gesprochen werden kann aber die oben genannten Verbindungen im weiteren Verlauf unter genauer Beobachtung stehen. Außerdem muss eine mögliche erneute Annäherung zwischen der Wirtschaft und der CDU untersucht werden.

7.4 Phase 4 (Januar 2011 bis Dezember 2012)

Die vierte Phase wird ebenfalls durch ein Subtraktionsnetzwerk (Abbildung 25) dargestellt. In der vierten Phase besteht mit Ausnahme einer Organisation (Universität – ohne Verbindung) zwischen allen anderen Organisationen eine positive oder negative Verbindung. Aufgrund der gestiegenen Anzahl der Akteure (sowohl Organisationen als auch Personen) im Diskurs haben sich auch die Kantenwerte zwischen den Verbindungen deutlich erhöht. Hiermit werden für die vierte Phasen nur Verbindungen mit einem Wert von „< +30“ und „> -30“ genauer untersucht.

In der Folge werden somit drei positive (Linke x Piraten (161); Linke x Wirtschaft (35) & Piraten x Wirtschaft (115)) und vier negative (CDU x Piraten (-46); FDP x Piraten (-69); Gewerkschaft x Piraten (46) & Kirche x Piraten (-69)) Verbindungen analysiert.

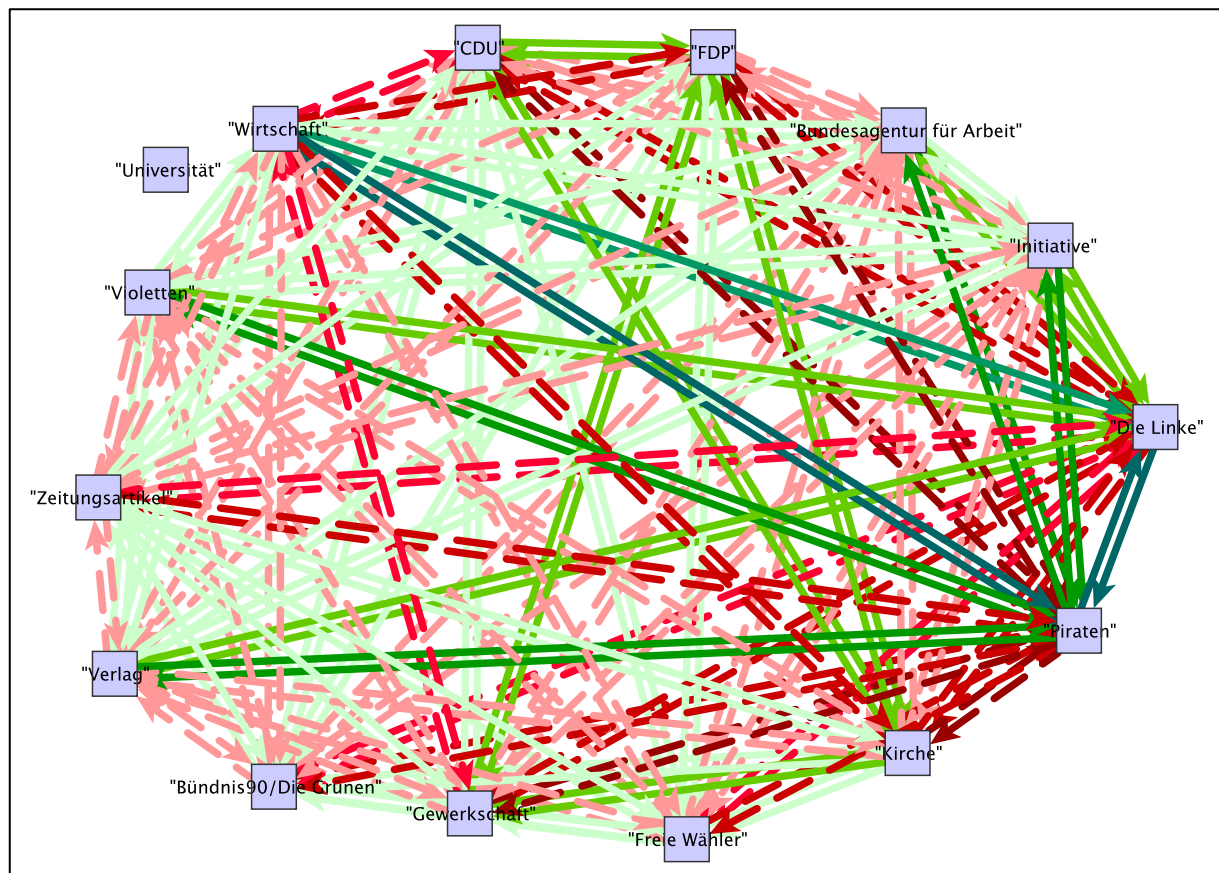


Abbildung 25: Subtraktionsnetzwerk, Phase 4: 01.01.2011 bis 31.12.2012

Die hohen Werte der Linken lassen sich auf die innerparteiliche Debatte im Zuge des ersten Beschlusses auf dem Bundesparteitag der Linken 2011 zurückführen. Die hohen Werte der Piraten kommen durch den größeren medialen Fokus im Zuge des Einzugs in das Abgeordnetenhaus von Berlin zustande. Daraus folgt auch die bisher stärkste Verbindung im gesamten Diskurs mit einem Kantenwert von 161 (beide Organisationen besitzen einen hohen Zustimmungswert zum Sammelkonzept „BGE Allgemein“).

Durch den jeweiligen hohen Wert der beiden Organisationen, ergibt sich jeweils ein hoher Wert mit der Organisation „Wirtschaft“.

Die vier hohen negativen Verbindungswerte gehen alle auf die Ablehnung des Sammelkonzeptes durch die vier Organisationen (Kirche, Gewerkschaft, FDP und CDU) bei gleichzeitiger Bejahung durch die Piraten (höchster positiver Wert in der vierten Phase)

zurück. Die Linken verfügen mit diesen vier Organisationen jeweils auch über eine negative Verbindung aber mit einem Wert zwischen 0 und -30, da die Zustimmung der Linken zum Sammelkonzept geringer als die Zustimmung der Piraten ist.

In der Folge ergibt sich für die positiven Verbindungen eine sehr ähnliche Konstellation wie in der dritten Phase, da die positiven Verbindungen lediglich ein Ergebnis der Zustimmung zum Sammelkonzept darstellen und somit keine Aussagen über die konkrete Ausgestaltung eines Konzeptes in den Diskurs einfließen. Insgesamt hat sich der Grad an Unterschiedlichkeit zwischen den Organisationen deutlich erhöht (mehr rote als grüne Verbindungen). Zu diesem Zeitpunkt scheint eine Advocacy-Koalition zwischen den Linken und den Piraten möglich, wenn diese sich in den kommenden Phasen auch konzeptionell annähern.

Eine mögliche Koalition zwischen CDU und der Wirtschaft scheint in dieser Phase ausgeschlossen (leicht negative Verbindung). Dennoch ist es nicht ausgeschlossen, dass die Wirtschaft in der Zukunft noch eine Vermittlerrolle einnehmen kann, wenn sich die Grundhaltung der CDU wieder ändern sollte.

7.5 Phase 5 (Januar 2013 bis Dezember 2014)

Ebenso wie die zwei vorangegangenen Phasen wird die fünfte Phase durch ein Subtraktionsnetzwerk (Abbildung 26) dargestellt. Bis auf den Organisationen „CDU“ und „FDP“ sind alle anderen Organisationen miteinander verbunden. Da der Diskurs von der vierten zur fünften Phase stark zurück gegangen ist, hat sich auch die Verbindungsstärke zwischen den verbundenen Organisationen deutlich verringert (höchster Wert +12 und niedrigster Wert -12). Daher werden für diese Phase alle Werte welche „< +5“ und „> -5“ genauer betrachtet. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Aussagekraft aufgrund der deutlich niedrigeren Werte geringer ist als in den vorangegangenen Phasen (vor allem der vierten Phase). In der Folge werden somit 6 positive Verbindungen (Die Linke x Initiative (9); Die Linke x Piraten (12); Die Linke x Wirtschaft (6); Initiative x Piraten (12); Initiative x Wirtschaft (6) und Piraten x Wirtschaft (8) sowie vier negative Verbindungen (Die Linke x SPD (-9); Initiative x SPD (-9); Piraten x SPD (-12) und Wirtschaft x SPD (-6)) untersucht.

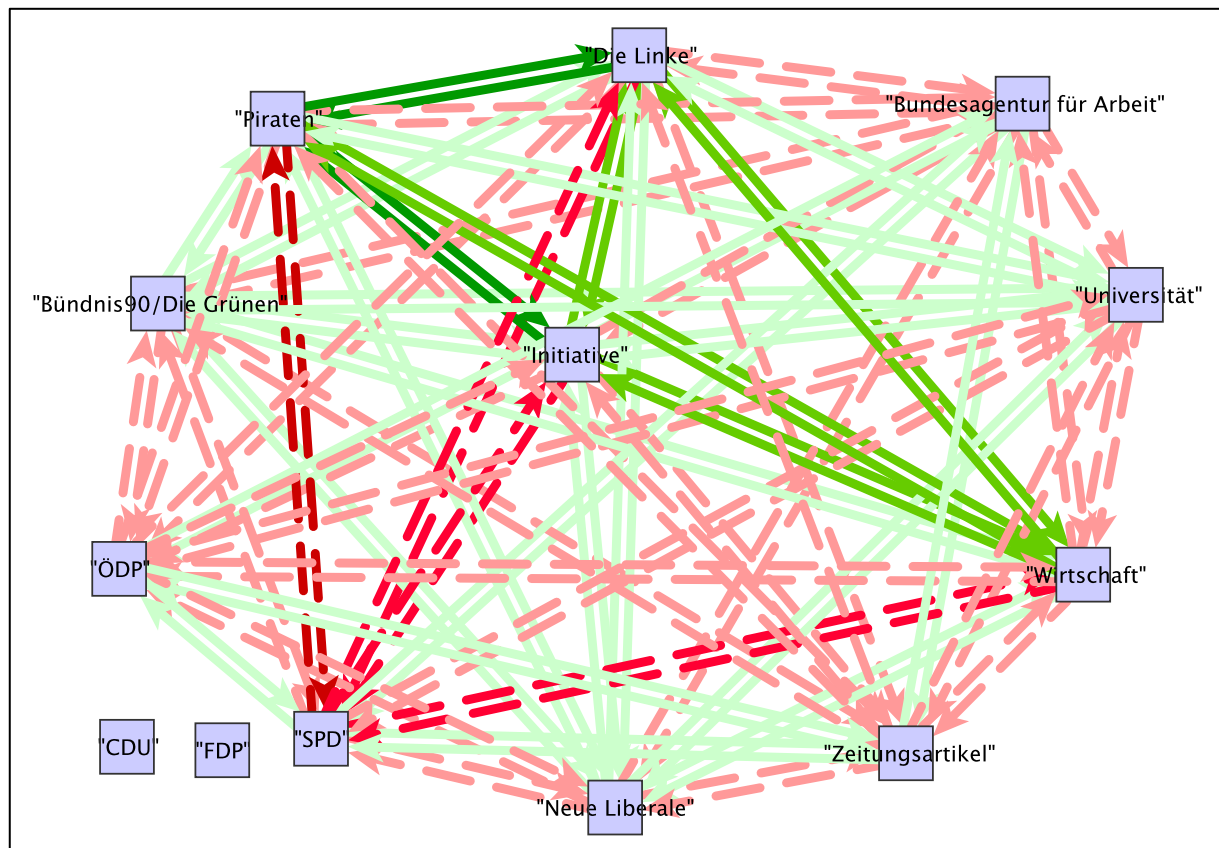


Abbildung 26: Subtraktionsnetzwerk, Phase 5: 01.01.2013 bis 31.12.2014

Wie zuvor die Organisation „Universität“ besitzen in der fünften Phase sowohl die CDU als auch die FDP keine Verbindungen zu den anderen Organisationen, da sich diese beiden Organisationen in der fünften Phase lediglich auf ihre eigenen Konzepte bezogen haben. Die für diese Phase hohen Werte bestehen zwischen den vier Organisationen, welche neben den Organisationen „Neue Liberale“ und „Universität“ dem Sammelkonzept in dieser Phase zugestimmt haben (zu diesen beiden bestehen jeweils Verbindungen mit positiven Werten unter 5). Somit ist zu dem Dreiergespann aus der vierten Phase die Gruppe „Initiative“ hinzugekommen, wobei die Werte massiv abgenommen haben (Phase 4: Die Linke x Piraten (161) → Phase 5: Die Linke x Piraten (12)). Zwar besteht zwischen den Linken und den Piraten immer noch der höchste Verbindungswert der Phase aber dieser ist um 149 gesunken. Wie in der dritten und vierten Phase handelt es sich „nur“ um die gemeinsame Zustimmung zum Sammelkonzept „BGE Allgemein“. Somit hat in den vergangenen sechs Jahren augenscheinlich keine Annäherung bezüglich der policy-bezogenen Kernüberzeugungen oder der sekundären Aspekte stattgefunden. Dennoch müssen dieser vier Organisationen und ihre Verbindungen untereinander weiter genau analysiert werden.

Die vier negativen Verbindungen bestehen alle zwischen den vier gerade behandelten Organisationen und der SPD, da diese das Sammelkonzept ablehnt (Wert der Ablehnung höher als bei den anderen Organisationen, welche das Sammelkonzept ablehnen). Dennoch ist es interessant, dass sich weder bei den Befürwortern noch bei den Kritikern des bedingungslosen Grundeinkommens Koalitionen herauskristallisieren. Selbst „klassische“ Verbündete wie die SPD und die Gewerkschaften weisen bisher keine hohen Verbindungswerte auf.

7.6 Phase 6 (Januar 2015 bis Dezember 2016)

Auch die sechste Phase wird mit einem Subtraktionsnetzwerk (Abbildung 27) dargestellt. Wie schon in der vorangegangenen Phase ist die FDP mit keiner anderen Organisation verbunden. Die CDU besitzt in dieser Phase zumindest eine leicht positive Verbindung mit der Organisation „Zeitungsartikel“.

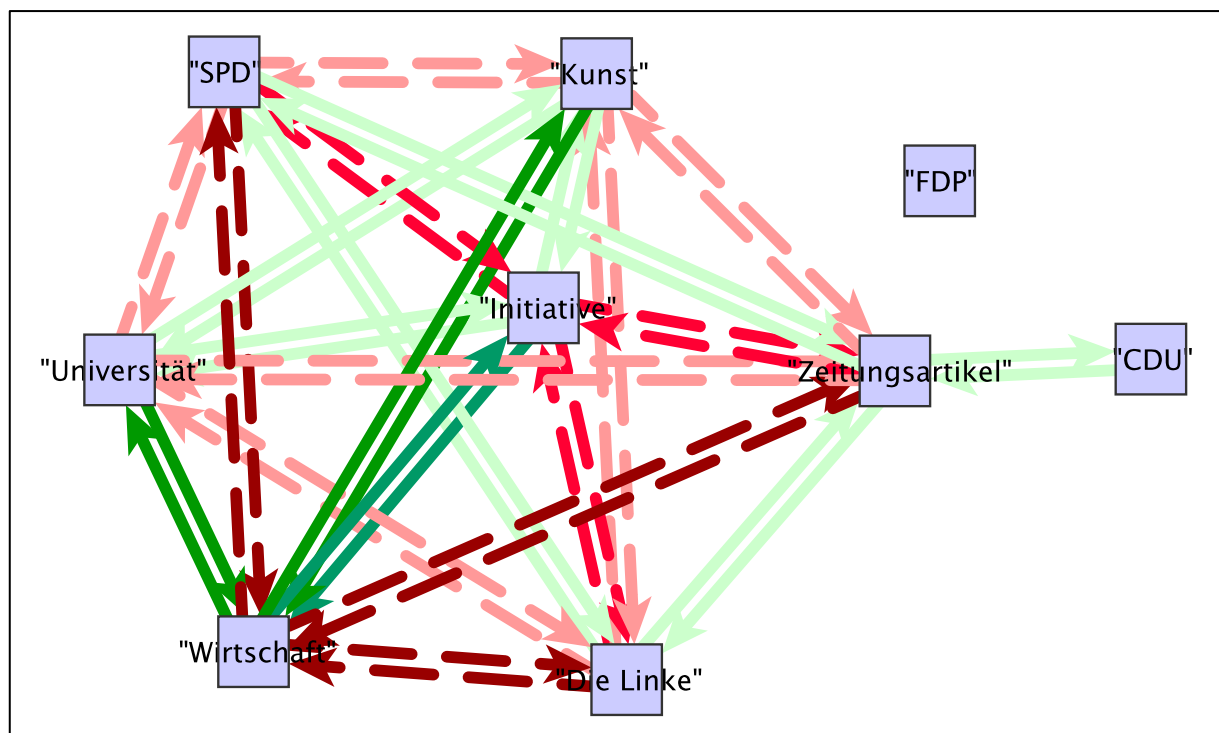


Abbildung 27: Subtraktionsnetzwerk, Phase 6: 01.01.2015 bis 31.12.2016

Der Diskurs ist insgesamt weiter zurückgegangen, wodurch der Großteil der Verbindungen nur Werte zwischen minus sechs und plus vier aufweisen. Nur die Verbindungen mit der

Organisation „Wirtschaft“ weist höhere Werte auf (außer mit der CDU und FDP, mit der diese nicht Verbunden ist). Dadurch ergeben sich drei positive Werte (Wirtschaft x Initiative (60); Wirtschaft x Kunst (20) & Wirtschaft x Universität (20)) sowie drei negative Werte (Wirtschaft x Die Linke (-40); Wirtschaft x SPD (-40) & Wirtschaft x Zeitungsartikel (-40)) welche genauer analysiert werden.

Bei Betrachtung der Abbildungen 16 und 17 wird deutlich, dass die Debatte weiter abgenommen hat und sich die Organisationen zu einem großen Teil zu dem Sammelkonzept „BGE-Allgemein“ äußern. Ansonsten äußern sich die Organisationen ausschließlich zu ihrem eigenen Konzept. Bis auf die Verbindung „Wirtschaft x BGE Allgemein“ in Abbildung 16 ist jeder Verbindungswerte > 5 . Somit sind sowohl die positiven als auch die negativen hohen Verbindungswerte nur eine Folge des hohen Verbindungswertes von „Wirtschaft x BGE Allgemein“. Das Einzige was sich daraus ableiten lässt ist, dass innerhalb der Organisation „Wirtschaft“ sich die zustimmende Meinung zum Grundeinkommen im Allgemeinen verfestigt hat, da deutlich mehr Personen aus dieser Gruppe an der Debatte teilnehmen und sich positiv dazu äußern. Dennoch wird hier nicht Bezug auf das Grundeinkommenskonzept von Werner (nur er selbst nimmt auf sein Konzept Bezug) genommen, sondern sich lediglich allgemein dazu geäußert.

In Bezug auf eine mögliche Koalitionsbildung zwischen den vier Organisationen (Initiative, Wirtschaft, Die Linke & Piraten), ist lediglich die positive Verbindung zwischen der Wirtschaft und den Initiativen geblieben (aber diese mit einem deutlichen Anstieg, der aber im vorangegangenen Absatz schon relativiert worden ist). Die Piraten sind komplett aus der Debatte verschwunden und die Linken lehnen nach der Einführung ihres eigenen Konzeptes das Sammelkonzept ab, wodurch ein negativer Wert zu den beiden oben genannten Organisationen entsteht.

In dieser Phase zeichnet sich auch keine mögliche Advocacy-Koalition ab. Hierbei müsste zwischen der Wirtschaft und den Initiativen eine Annäherung der policy-bezogenen Kernüberzeugungen stattfinden, welche dann in ein „gemeinsames“ Konzept resultieren.

7.7 Phase 7 (Januar 2017 bis Juli 2018)

Die siebte Phase wird wie die ersten beiden Phasen durch zwei Netzwerke dargestellt (Kongruenznetzwerk Abbildung 28 und Konfliktnetzwerk Abbildung 29).

Diese Phase weist die mit Abstand höchsten Werte auf (sowohl in der Spitze als auch im Durchschnitt). Aus diesem Grund werden in dieser Phase nur die Verbindungen mit einem Wert „< 60“ genauer betrachtet. Bei dem Kongruenznetzwerk werden somit zehn Verbindungen analysiert (Bündnis90/Die Grünen x SPD (64); Bündnis90/Die Grünen x Wirtschaft (90); SPD x Universität (111); SPD x Wirtschaft (116); SPD x Zeitungsartikel (99); SPD x CDU (98); Gewerkschaft x SPD (90); Gewerkschaft x Universität (63) & Gewerkschaft x Wirtschaft (99); Universität x Wirtschaft (87)).

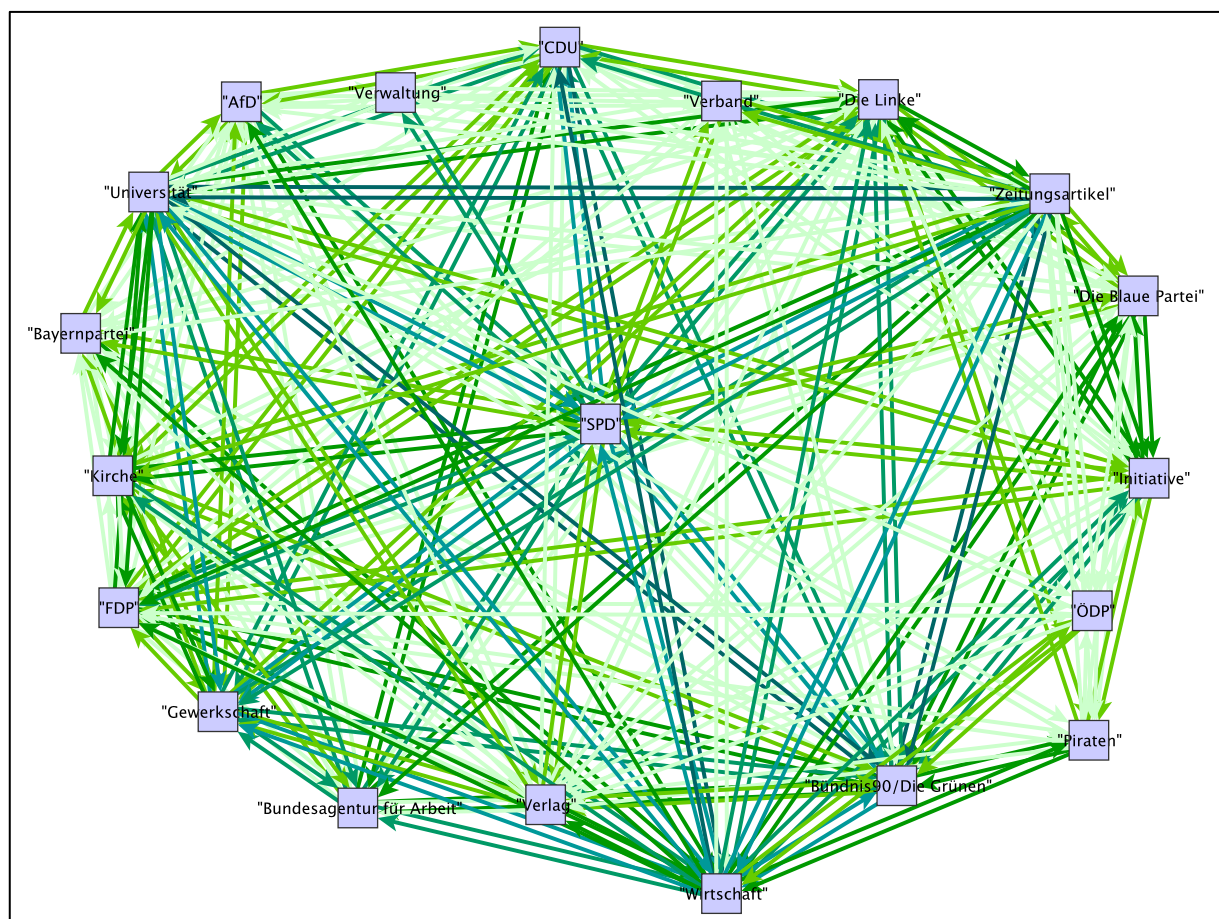


Abbildung 28: Kongruenznetzwerk, Phase 7: 01.01.2017 bis 31.07.2018

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Phasen ist der Diskurs in kürzester Zeit extrem angestiegen (sowohl auf der Organisations- als auch auf der Personenebene). Die meisten

Verbindungen bestehen zwar immer noch mehrheitlich in Verbindung mit dem Sammelkonzept „BGE Allgemein“ aber es findet ebenfalls eine große Debatte über das Solidarische Grundeinkommen (12 Verbindungen zwischen den Organisationen x Solidarisches Grundeinkommen & 30 Verbindungen zwischen den Personen x Solidarisches Grundeinkommen) statt (Abbildungen 18 & 19). Dieser Anstieg erklärt auch die hohen Verbindungswerte der zweier Konstellationen, welche bei beiden Netzwerken (Kongruenz- und Konfliktnetzwerk) einen Wert „< 60“ aufweisen (Bündnis90/Die Grünen x SPD; Bündnis90/Die Grünen x Wirtschaft; SPD x Universität; SPD x Wirtschaft; SPD x Zeitungsartikel; Wirtschaft x Gewerkschaft & Wirtschaft x Universität) und somit im späteren Verlauf gesondert betrachtet werden.

Aber zuerst wird das Augenmerk auf die drei Paare (SPD x CDU; SPD x Gewerkschaft & Universität x Gewerkschaft) gelegt, welche lediglich im Kongruenznetzwerk einen hohen Wert (< 60) aufweisen.

Die beiden hohen Verbindungswerte zwischen der „SPD x Gewerkschaft“ und „Universität x Gewerkschaft“ kommen lediglich aufgrund der gemeinsamen Ablehnung des Sammelkonzeptes „BGE Allgemein“ zustande. Alle drei Organisationen weisen in Bezug auf das Sammelkonzept sehr hohe Werte auf (SPD = -10, Universität = -6, Gewerkschaft = -9), wodurch die hohen Kantenwerte zu erklären sind. Wie bereits in den vorherigen Phasen erläutert, reicht die reine Ablehnung oder Zustimmung zum Sammelkonzept nicht zur Bildung einer Koalition aus. Vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass die Organisation „Universität“ das Konzept der SPD ablehnt. Ähnlich verhält es sich bei der Verbindung SPD x CDU. Beide Organisationen lehnen das Sammelkonzept und zusätzlich die CDU das Solidarische Grundeinkommen ab. Dieser hohe Werte kommt somit nicht allein aufgrund der gemeinsamen Ablehnung des Sammelkonzeptes zustande, sondern ist wohl durch die Ablehnung des Solidarischen Grundeinkommens durch SPD-Politiker (z.B. Scholz und Buschkowsky) bedingt (was ebenfalls einen verstärkenden Effekt auf die Verbindung zwischen SPD und Universität hat).

Bei den sieben Verbindungen, welche bei beiden Netzwerken einen hohen Wert aufweisen, würden drei Verbindungen einen negativen (Bündnis90/Die Grünen x SPD (-88); Bündnis90/Die Grünen x Wirtschaft (-4) & SPD x Zeitung (-55)) und vier einen positiven Wert (SPD x Universität (26); SPD x Wirtschaft (23); Wirtschaft x Gewerkschaft (36); Wirtschaft x Universität (26)) in einem Subtraktionsnetzwerk aufweisen.

Bei den beiden negativen Verbindungen mit der SPD spielen die differenzierten Meinungen der SPD-Politiker zu dem Sammelkonzept sowie zu dem Solidarischen Grundeinkommen eine besondere Rolle. Die Grünen besitzen mit der SPD auf der Organisationsebene keine Gemeinsamkeiten (lehnen das Solidarische Grundeinkommen ab und Befürworten das Sammelkonzept, wohingegen die SPD das Sammelkonzept ablehnt und das Solidarische Grundeinkommen befürwortet). In Bezug auf die Organisation „Zeitungsartikel“ lehnen zwar beide das Sammelkonzept ab, aber anders als die SPD wird von Seiten der Journalisten auch das Solidarische Grundeinkommen abgelehnt, was zu einem hohen negativen Wert führt. Die dritte negative Verbindung ist mit einem Wert von „-4“ nahezu neutral und wird daher nicht weiter ausgeführt.

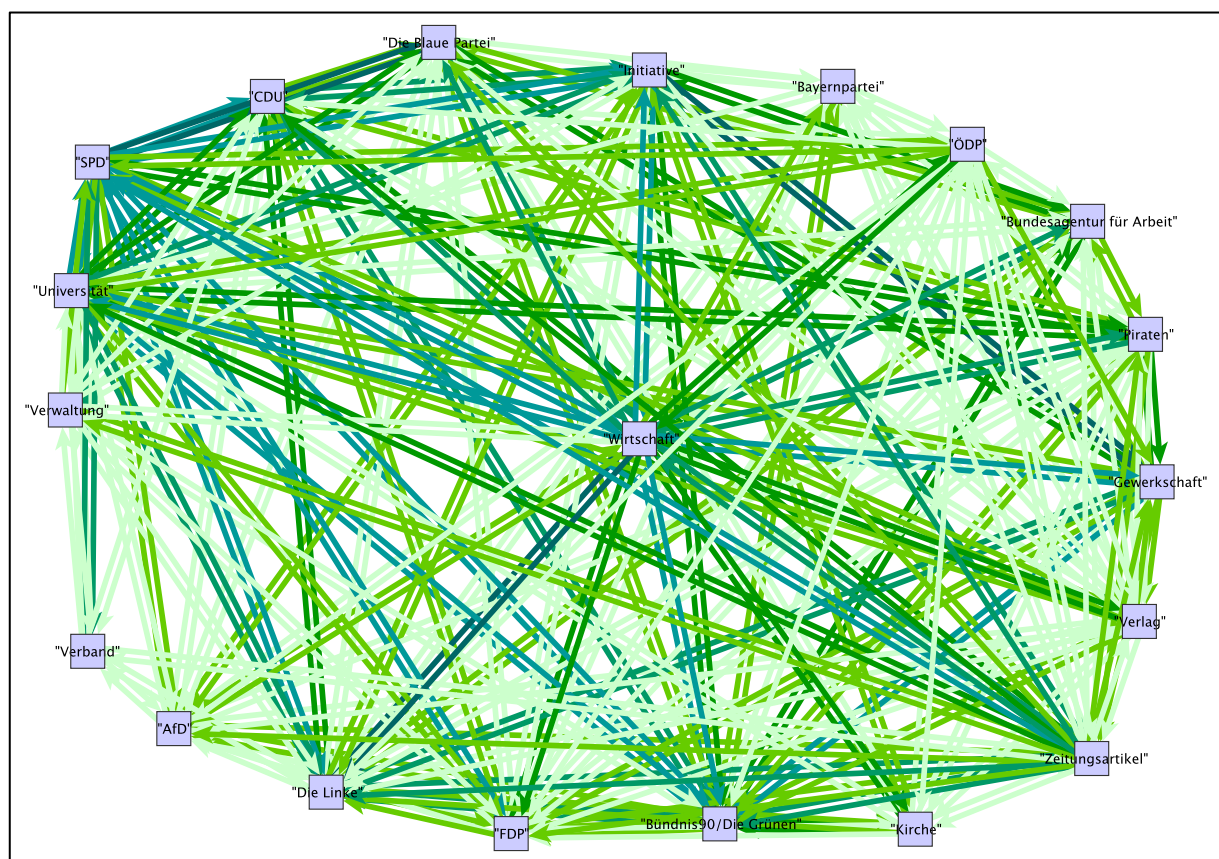


Abbildung 29: Konfliktnetzwerk, Phase 7: 01.01.2017 bis 31.07.2018

Bei den beiden positiven Bewertung, welche die SPD einschließt, geht die positive Verbindung auch auf die gemeinsame Ablehnung des Sammelkonzeptes zurück, da sich die Gewerkschaften nicht zum Solidarischen Grundeinkommen äußern und die Wirtschaft sich gegen das Konzept der SPD ausspricht. Ebenso verhält es sich auch mit der Verbindung

zwischen der Wirtschaft und den Gewerkschaften, welche beide das Sammelkonzept ablehnen und diese sich sonst zu keinem weiteren Konzept äußern.

Einzig bei der Verbindung zwischen der Wirtschaft und der Universität überrascht der hohe Wert auf Seiten des Konfliktnetzwerks, da beide sowohl das Sammelkonzept als auch das Solidarische Grundeinkommen ablehnen. Dieser lässt sich aber auf der Personenebene erklären. Die Personen der jeweiligen Organisation lehnen auch auf dieser Ebene das Solidarische Grundeinkommen ab. In Bezug auf das Sammelkonzept ist die Meinung vor allem bei den Mitarbeitern der Universitäten aber sehr differenziert, wohingegen die Wirtschaft dieses mit sehr großer Mehrheit ablehnt. Dennoch könnte sich diese Verbindung im Zuge einer weiteren Untersuchung als mögliche Koalition herausbilden, welche die Politik maßgeblich beeinflussen könnte (Schlagende Argumente durch Finanzkraft und Arbeitsplätze (Wirtschaft) und Meinungsbildung (Universität)).

Ebenso werden bei dem Konfliktnetzwerk nur die Werte „< 60“ unter die Lupe genommen. Aufgrund der vorangegangenen Analyse wurden bereits sieben der acht Verbindungen analysiert (Bündnis90/Die Grünen x SPD (152); Bündnis90/Die Grünen x Wirtschaft (94); Wirtschaft x Gewerkschaft (63); Universität x SPD (85); SPD x Wirtschaft (93); SPD x Zeitungsartikel (154) & Universität x Wirtschaft (61)). Somit wird im Folgenden noch die achte Verbindung (Initiative x SPD (73)) genauer betrachtet.

Bei dieser Verbindung war der hohe Wert bezüglich des Konfliktnetzwerks aufgrund des Diskursverlaufs zu erwarten, da die Initiativen sich immer als Befürworter des Sammelkonzeptes gezeigt haben und es somit logisch erscheint, dass sie das Solidarische Grundeinkommen, welches eher eine Weiterentwicklung von Hartz IV darstellt ablehnen. Genau dieses Bild wird sowohl auf der Organisations- als auch auf der Personenebene in der siebten Phase deutlich, wodurch hier im weiteren Verlauf Konkurrenten entstehen könnten. Zusammenfassend ist für die siebte Phase zu sagen, dass der Diskurs zwar enorm angestiegen ist, aber auch innerhalb der Organisationen teilweise hohe Uneinigkeit herrscht und somit hohe Werte in beiden Netzwerken begünstigt werden.

Mögliche Advocacy-Koalitionen, welche sich in den vorangegangenen Phasen leicht angedeutet hatten, haben sich nach dem Anstieg der Beteiligung am Diskurs nicht herausgebildet.

8 Diskussion der Ergebnisse

Aufgrund der Ergebnisse aus dem vorangegangenen Kapitel, wird die Hypothese H_1 (Aufgrund fehlender gleicher policy-bezogener Kernüberzeugungen bildete sich keine Advocacy-Koalition im Subsystem des Diskurses über das bedingungslose Grundeinkommen) verifiziert, da es zu keiner erkennbaren Bildung einer Advocacy-Koalition gekommen ist und dies auch darauf zurückzuführen ist, dass es zu keiner klaren Annäherung der policy-bezogenen Kernüberzeugungen gekommen ist. Über den ganzen Diskursverlauf bildeten sich keine stabilen Partnerschaften, welche sich zu einer Advocacy-Koalition entwickeln hätten können. Selbst das Sammelkonzept unterlag großen Schwankungen bezüglich der Ablehnung und Zustimmung zum bedingungslosen Grundeinkommen. Während in den ersten drei Phasen die Zustimmung zum Sammelkonzept deutlich höher als die Ablehnung war, kam es in der vierten Phase zu einem radikalen Wechsel innerhalb der Debatte, da in dieser Phase das erste Mal die Ablehnung gegenüber der Zustimmung überwog. Mit der Abnahme des Diskurses bildete sich auch ein Ausgleich zwischen Zustimmung und Ablehnung in der fünften und sechsten Phase heraus. Wohingegen in der siebten Phase (mit dem am Abstand größten Diskursaufkommen) die Ablehnung wieder deutlich zugenommen hatte. Dennoch beziehen sich insgesamt über alle sieben Phasen hinweg mehr Personen sowie Organisationen positiv (134) auf das Sammelkonzept als negativ (114). Dies zeigt zwar, dass sich insgesamt etwas mehr für ein Grundeinkommen als gegen eines aussprechen aber in Bezug auf konkrete Konzepte kam es in den letzten 15 Jahren zu keinen Annäherungen zwischen den verschiedenen Organisationen und Personen.

Zwar wurde das Solidarische Bürgergeld ebenso wie das Grundeinkommenskonzept von Werner in jeder Phase genannt aber insgesamt haben sich über den gesamten Zeitraum hinweg jeweils nur neun (Solidarisches Bürgergeld) beziehungsweise zwölf Personen (Grundeinkommenskonzept) auf die beiden jeweiligen Konzepte bezogen. Ebenso erging es dem Liberalen Bürgergeld, welches in sechs von sieben Phasen genannt wurde. Alle anderen Konzepte außer dem Solidarischen Grundeinkommen sind viermal oder seltener in den unterschiedlichen Phasen genannt worden wohingegen sich auf das Solidarische Grundeinkommen innerhalb einer Phase 30 Personen bezogen haben (Grundeinkommenskonzept von Werner mit zwölf Personen auf Platz zwei aber über sieben Phasen). Dennoch scheint die Umsetzung des Solidarischen Grundeinkommens in der Zukunft

sehr unrealistisch, da die Personen, welche sich negativ über das Konzept äußern klar dominieren (20 negativ und 10 positiv). Außerdem könnten die vielen Nennungen auch durch das allgemein hohe Diskursaufkommen bedingt sein. Wobei sich dieser Effekt nicht auf die anderen Konzepte ausgewirkt hat. Vor allem auch nicht auf das noch recht neue Konzept (Emanzipatorisches Grundeinkommen) der Linken, was die Dominanz des Konzeptes wiederum stärkt.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Sammelkonzept das einzige „Konzept“ darstellt, das zum einen in vielen (in diesem Fall allen) Phasen präsent ist und zum anderen immer viele Verbindungen zu den Organisationen beziehungsweise Personen besitzt. Wie bereits dargestellt unterliegt es dabei aber relativ starken Schwankung. Somit lässt sich auch hierbei keine klare Tendenz bezüglich der Zustimmung oder Ablehnung zum Grundeinkommen im Allgemeinen ablesen. Was zum Teil auch das Ausbleiben der Bildung von Advocacy-Koalitionen sowie die fehlende Bereitschaft zum Systemwandel erklärt. Dieses Problem zeigt sich auch innerhalb der verschiedenen Organisationen und besonders bei den beteiligten Parteien. Über den gesamten Zeitraum hat sich keine klare Meinung zum Grundeinkommen innerhalb der Parteien herauskristallisiert. Diese Uneinigkeit innerhalb der Organisationen erschwerte die Annäherung bezüglich der policy-bezogenen Kernüberzeugungen sowie der sekundären Aspekte und somit die Bildung von einer oder mehreren Advocacy-Koalitionen.

In Bezug auf die policy-bezogenen Kernüberzeugungen fand keine wirkliche Annäherung statt. Bezüglich der Einstellung des Grundeinkommens als Grundsicherung, welche entweder existenz- oder teilhabesichernde ist sowie bezüglich der rechtlichen Ausgestaltung auf Anspruch eines Grundeinkommens, zeigen die verschiedenen Konzepte im Laufe der Debatte sehr unterschiedliche Ansätze. Das Grundeinkommenskonzept von Werner sowie das Emanzipatorische Bürgergeld verstehen sich als teilhabesicherndes Grundeinkommen welches jeweils im besten Fall als Sozialdividende ausbezahlt wird (bei dem Emanzipatorischen Grundeinkommen ist auch eine Konsumsteuer denkbar). Die Grüne Grundsicherung und das Solidarische Bürgergeld sind existenzsichernd und sehen bei Bedarf weitere Sonderleistungen wie Wohngeld vor (nach Bedürftigkeitsprüfung). Der große Unterschied liegt in der Ausgestaltung der Auszahlung (Solidarisches Bürgergeld als Konsumsteuer und Grüne Grundsicherung als Sozialdividende). Obwohl es von Seiten der CDU positive Äußerungen gegenüber der Grünen Grundsicherung gab, fand keine weitere

Annäherung bezüglich der policy-bezogenen Kernüberzeugungen als auch der sekundären Aspekte statt.

Das Modell der FDP basiert auf denselben Grundsätzen wie das Solidarische Bürgergeld der CDU mit dem Unterschied, dass dieses nur bedarfsabhängig ausbezahlt werden soll. Ebenso wie zwischen den Grünen und der CDU fand auch hier keine Annäherung statt.

Das Solidarischen Grundeinkommen versteht sich in seiner Höhe zwar wie das Emanzipatorische Grundeinkommen und das Grundeinkommenskonzept von Werner teilhabesichernd, aber im Gegensatz zu diesen Modellen umfasst es die Pflicht zur Arbeit. Wie in der siebten Phase erkennbar wurde, stößt das Konzept auf deutlich höhere Ablehnung als Zustimmung. Dennoch wäre es aufgrund der Diskursdichte interessant zu beobachten, ob in Zukunft eine Annäherung stattfindet und somit mögliche Koalitionen im Subsystem entstehen.

Ebenso schaffte es keine Organisation oder Person sich zum einen im Zentrum des Diskurses zu platzieren und gleichzeitig genügend Anknüpfungspunkte für andere Organisationen beziehungsweise Personen zu schaffen um somit den Prozess der Annäherung anzustoßen, was zu einer Koalitionsbildung hätte führen können.

Ebenso erschwerte der häufige Wechsel der Akteure über diesen Zeitraum eine Koalitionsbildung enorm, vor allem, da Personen wie Werner, welche über den gesamten Zeitraum präsent waren sich häufig größtenteils nur auf ihr eigenes Konzept und das Sammelkonzept bezogen haben und somit auch nicht in die Rolle des Vermittlers schlüpfen konnten, um eine Annäherung herbeizuführen. Außerdem ist aus Sicht der Politik klar abzuwägen, aus welcher Motivation heraus die Stimmen aus der Wirtschaft ein Grundeinkommen fordern (z.B. Hoffnung auf Abbau des Kündigungsschutzes).

Zusammenfassend ist zu sagen, dass kein Verständnissgewinn beziehungsweise kein policy-orientiertes Lernen bei den handelnden Personen eingetreten ist somit auch keine Annäherung bei den policy-bezogenen Kernüberzeugungen sowie den sekundären Aspekten entstanden ist.

Im Laufe der Untersuchung ist die Analyse an ein paar Grenzen gestoßen. Eine der größten Limitationen der Arbeit ist der sehr große Einfluss von Wahlen auf die Debatte. Zum Beispiel lässt sich dadurch die sehr hohe Präsenz (stärkste Verbindungen im Diskurs) der Piraten in der vierten Phase (Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2011) als auch das relativ schnelle

Verschwinden der Piraten (deutlich schwächer in der fünften Phase; keine Verbindungen in der sechsten und schwache Verbindung in siebten Phase) aus der Debatte erklären.

Außerdem sind die mehrheitlich allgemeinen Äußerungen zum Grundeinkommen ungeeignet für eine tiefere Analyse, da dabei kein policy-orientiertes Lernen ersichtlich wird und damit auch keine Annäherungen zueinander. Dennoch war das Sammelkonzept „BGE Allgemein“ notwendig, um das Diskursaufkommen insgesamt abbilden zu können.

Eine weitere Begrenzung innerhalb der Untersuchung ist der Ausschluss von verschiedenen Medien (zum Beispiel weitere Zeitungen, Magazine oder Talkshows), welche die Datenlage vergrößert hätten und vielleicht eine tiefere Analyse zugelassen hätten. Was aber den Rahmen der Arbeit gesprengt hätte.

In weiteren Arbeiten wäre eine Untersuchung des Solidarischen Grundeinkommens von Müller, unter Einbezug möglichst vieler Medien, ein interessanter Untersuchungsgegenstand, da der Diskurs um dieses Konzept am größten und differenziertesten ausgefallen ist. Hierbei würde sich ebenfalls eine Diskursnetzwerkanalyse eignen, bei welcher der Diskurs seit Veröffentlichung quartalsweise untersucht wird, um dabei zum Beispiel die innerparteilichen Dynamiken erklären zu können.

Eine vielleicht noch interessantere Untersuchung wäre die Überprüfung des Diskursverlaufes über die Eidgenössischen Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“, seit der Registrierung (2012) bis hin zur Abstimmung (2016) oder auch darüber hinaus. Hierbei wäre besonders interessant, ob es innerhalb des Eidgenössischen Diskurses Annäherungen bezüglich des Belief-Systems – sprich bei den policy-bezogenen Kernüberzeugungen und den sekundären Aspekten - gegeben hat und sich Advocacy-Koalitionen innerhalb des Subsystems gebildet haben, oder es sich hierbei um einen Alleingang des Basic Income Earth Networks Switzerland handelt. Aufgrund dieser möglichen Erkenntnisse könnten Rückschlüsse auf die innerdeutsche Debatte gezogen werden, welcher für die Analyse des weiteren Diskursverlaufs hilfreich sein könnten.

9 Ausblick

In Bezug auf die zukünftige Entwicklung des Grundeinkommens in Deutschland steht Berlin besonders im Fokus, welches das solidarische Grundeinkommen von Müller ab dem zweiten Quartal 2019 testen will (Rothenberg, 2018). Derzeit befindet sich die Staatskanzlei noch in der Konkretisierungsphase, an deren Ende 1000 Langzeitarbeitslose das solidarische Grundeinkommen beziehen sollen (Reinsch, 2019). Innerhalb dieses Modellversuchs sollen die Betroffenen durch die Aufnahme von gemeinnütziger Arbeit 234€ mehr im Monat zur Verfügung haben (Reinsch, 2019). Somit stellt das solidarische Grundeinkommen, wie bereits oben ausgeführt eine Alternative für Hartz IV dar aber kein bedingungsloses Grundeinkommen dar.

Ebenso verhält es sich mit dem finnischen Modellversuch aus den Jahren 2017/18, welches auch nur an Arbeitslose gerichtet war. Dieses wurde vor allem aus Kostengründen nach Ablauf der Projektfrist nicht verlängert und das obwohl es nicht einmal existenzsichernd ist (Schäfer, 2018).

Es wird interessant zu beobachten sein, wie es sich mit dem solidarischen Grundeinkommen verhält, welches ohne Bundesförderung finanziert werden soll und nur Beziehern von Arbeitslosengeld II zugänglich ist (Reinsch, 2019).

Die Frage ist aber, wie ein mögliches bedingungsloses Grundeinkommen in den kommenden Jahren in Deutschland entstehen könnte, vor allem unter dem Druck der Digitalisierung und in besonderem Maße der Robotisierung, in dem viele Jobs wegfallen und andere entstehen werden.

Ein Projekt ähnlich dem Modell aus Alaska (Alaska Permanent Fund) könnte als möglicher Startpunkt zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens dienen. Da Deutschland nicht über große Öl- oder Gasreserven verfügt, müsste ein „Deutscher Grundeinkommensfonds“ aus anderen Gewinnen finanziert werden. Zur Finanzierung könnten (prozentual vom Gewinn) die drei umsatzstärksten Branchen herangezogen werden. Das würde dann die Chemiebranche mit einem Umsatz von 194 Mrd. € sowie die Maschinenbaubranche mit einem Umsatz von 219 Mrd. € und die Kraftfahrzeugbranche mit einem Umsatz von 406 Mrd. € treffen (Mittermeier, 2016). Ebenso könnten Gewinne aus Spekulationsgeschäften zur Finanzierung eines solchen Fonds dienen. Mit diesem Geld könnte eine jährliche Zahlung gewährleistet und somit ein erster Grundstein hin zum

bedingungslosen Grundeinkommen gelegt werden. Ebenso wäre eine CO₂ oder Ökosteuer eine denkbare Einnahmequelle, um einen „Deutschen Grundeinkommensfonds“ zu finanzieren. Hierbei ist aber zu bedenken, dass solch ein Fonds ähnlich wie Stiftungen in Deutschland keine spekulativen Geschäfte tätigen darf und somit die Auszahlung ähnlich wie in Alaska pro Kopf gering ausfallen würden, solange nicht auf das bestehende Kapital, sondern nur auf die Gewinne aus dem Fonds zurückgegriffen wird. Mit einem möglichen Ende der Niedrigzinspolitik in den kommenden Jahren könnte sich dies aber ändern.

Zur Einführung eines existenz- und teilhabesichernden Grundeinkommens wäre wohl ein exogener Schock verbunden mit einem radikalen Systemwandel von Nöten, da die Einführung eines Grundeinkommens viele Konsequenzen (z.B. Umbau der Verwaltung, Gesetzesänderungen, etc.) nach sich ziehen würde.

Die entscheidendste Frage ist allerdings, ob die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verfassungskonform wäre. Dazu gibt es eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages aus dem Jahr 2016. Dabei wurde nach den rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland gefragt, welches individuell garantiert, ohne Zwang, ohne Bedürftigkeitsprüfung sowie existenz- und teilhabesichernd wäre (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste, 2016). Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages (2016 S.5) kommt zu dem Schluss, dass *„die bestehenden Kompetenztitel des Bundes die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wohl nicht erfassen würden“*, wodurch die Schaffung eines neuen Kompetenztitels und somit eine Grundgesetzänderung erforderlich wäre. Außerdem stellt dieser fest, dass eine entsprechende Kompetenznorm nicht gegen die „Ewigkeitsgarantie“ des Art 79 Abs. 3 GG verstoßen würde und somit grundsätzlich verfassungsrechtlich möglich wäre. Dennoch verweist der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages (2016) explizit darauf, dass es auf die konkrete Ausgestaltung eines Grundeinkommenskonzeptes ankommen beziehungsweise wie die verfassungsrechtliche Beurteilung ausfallen würde und verweist dabei auf die verschiedenen Konzepte in der deutschen Debatte. Daraus folgt, dass eine Koalition über die Regierungsparteien hinaus von Nöten wäre, um die nötige qualifizierte Mehrheit (Zweidrittelmehrheit) zu erreichen, um eine Grundgesetzänderung umsetzen und anschließend ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen zu können.

Daher erscheint die Einführung eines bedingungsloses Grundeinkommens, welches sowohl existenz- als auch teilhabesichernd ist, in naher Zukunft nur wenig realistisch, da es zwar verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten und Konzeptideen gibt, aber zum einen in den vergangenen 15 Jahren quasi keine Annäherung zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen im Subsystem stattfand und zum anderen eine qualifizierte Mehrheit von Nöten wäre, die sich auf eine Konzeptausgestaltung einigt und gemeinsam umsetzt.

10 Quellen– und Literaturverzeichnis

- Alaska Department of Revenue:** Summary of Dividend Applications & Payments. Online unter: <https://pfd.alaska.gov/Division-Info/Summary-of-Applications-and-Payments> [Letzter Zugriff: 10.12.2018]
- Alaska Permanent Fund Corporation (apfc.org):**
Historical Timeline. Online unter: <https://apfc.org/who-we-are/history-of-the-alaska-permanent-fund/history-timeline/> [Letzter Zugriff: 10.12.2018].
Frequently Asked Questions. Online unter: <https://apfc.org/frequently-asked-questions/> [Stand: 10.12.2018].
- Amrein, Marcel** (2016): Die Grundeinkommen-Initiative auf einen Blick. In Neue Zürcher Zeitung. Online unter: <https://www.nzz.ch/schweiz/volksabstimmung-vom-5-juni-das-grundeinkommen-auf-einen-blick-ld.14519> [Stand: 05.06.2016; Letzter Zugriff: 10.12.2018].
- Bach, Stefan & Schupp, Jürgen** (2018): Solidarisches Grundeinkommen: alternatives Instrument für mehr Teilhabe. DIW Berlin Aktuell. Nr. 8. korrigierte Fassung vom 28. März 2018. Online unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.577886.de/diw_aktuell_8.pdf [Stand: 28.03.2018; Letzter Zugriff: 04.11.2018].
- Bandelow, Nils C.** (2015): Advocacy Coalition Framework. In Handbuch Policy-Forschung. Georg Wenzelburger & Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.). Springer VS Wiesbaden. S. 305-324.
- Belwe, Katharina** (2005): Editorial. In Aus Politik und Zeitgeschichte – Arbeitsmarktreformen. 16/2005.
- Beschluss – Mitglieder-Parteitag der Rhein-Erft-SPD vom 06.11.2010** (2010): Solidarisches Grundeinkommen – eine sozialdemokratische Perspektive. Online unter: https://www.rhein-erft-spd.de/wp-content/uploads/sites/200/2010/11/doc_31427_2010117225052.pdf [Stand: 06.11.2010; Letzter Zugriff: 04.11.2018].
- Beschluss des 56. Ord. Bundesparteitages der FDP** (2005): Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, einfach und gerecht. Online unter: https://www.fdp.de/sites/default/files/filefield_paths/2005_05_06_bpt_das_liberale_buergergeld_aktivierend_einfach_und_gerecht.pdf [Stand: 07.05.2005; Letzter Zugriff: 15.10.2018].
- Beyer, Jürgen**
(2011): Pfadabweichung: Die Internationalisierung des deutschen Unternehmenskontroll- und Rechnungslegungssystems. In *Internationalisierung von Standards*, Thomas M.J. Möllers (Hrsg.), Baden-Baden: Nomos. S. 145–174.
(2015): Pfadabhängigkeit. In Handbuch Policy-Forschung. Georg Wenzelburger & Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.). Springer VS. Wiesbaden. S.149 - 172.
- Bigalke, Silke** (2017): Bedingungsloses Grundeinkommen - Wie Finnland eine soziale Revolution ausprobiert. In Süddeutsche Zeitung. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bedingungsloses-grundeinkommen-wie->

finnland-eine-soziale-revolution-ausprobiert-1.3366397 [Stand: 07.02.2017; Letzter Zugriff: 10.12.2018].

Blaschke, Ronald

(2010): Denk´ mal Grundeinkommen! Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee. In Grundeinkommen Geschichte – Modelle – Debatten. Hrsg. Ronald Blaschke, Adeline Otoo & Norbert Schepers. Karl Dietz Verlag. Berlin.

(2017): Grundeinkommen und Grundsicherung – Modelle und Ansätze in Deutschland. Eine Auswahl. Online unter: <https://www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/modelle> [Stand: Oktober 2017; Letzter Zugriff: 12.10.2018].

(2017): Müllers „solidarisches Grundeinkommen“: Etikettenschwindel und alter Wein in neuen Schläuchen. Online unter: <https://www.grundeinkommen.de/15/11/2017/muellers-solidarisches-grundeinkommen-etikettenschwindel-und-alter-wein-in-neuen-schlaeuchen.html> [Stand: 15.11.2017; Letzter Zugriff: 04.11.2018].

Dellbrügger, Peter & Kovce, Philip (2012): Von der milden Gabe zur sozialen Aufgabe.

Auswirkungen eines Bedingungslosen Grundeinkommens auf die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen sowie die unternehmerische Verantwortung der Gesellschaft. In Das Grundeinkommen (Friedrich Hrsg.) KIT Scientific Publishing, Karlsruhe.

Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste

(2008): Milton Friedman: Negative Einkommenssteuer. WD 5 – 3000 – 184/08. Online unter: <https://www.bundestag.de/blob/426626/dc78194456a469dd4d3064a804619069/wd-5-184-08-pdf-data.pdf> [Stand: 25.11.2008; Letzter Zugriff: 12.10.2018].

(2016): Rechtliche Voraussetzungen für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland. WD 3 – 3000 – 262/16. Online unter: <https://www.bundestag.de/blob/485786/617093ae998b8ff2868436ce1929cf81/wd-3-262-16-pdf-data.pdf> [Stand: 14.12.2016; Letzter Zugriff: 15.01.2019].

Deutsche Presse-Agentur (2008): Proteste gegen Hartz IV - Immer wieder montags. In Süddeutsche Zeitung. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/protest-gegen-hartz-iv-immer-wieder-montags-1.778247> [Stand: 12.12.2008; Letzter Zugriff: 13.01.2019].

Diekmann, Florian (2015): Grundeinkommen in der Schweiz und Finnland – Gleiches Geld für alle. In Spiegel Online. Online unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grundeinkommen-was-sich-2016-in-der-schweiz-und-finnland-entscheiden-wird-a-1069076.html> [Stand: 25.12.2015; Letzter Zugriff: 10.12.2018].

Dow Jones: Factiva – Global News Database & Licensed Content. Online unter: <https://www.dowjones.com/products/factiva/#overview> [Stand: 2018; Letzter Zugriff: 30.11.2018.]

Eichhorn, Wolfgang & Presse, André (2012): Grundrecht und Grundeinkommen. In Das Grundeinkommen (Friedrich Hrsg.) KIT Scientific Publishing, Karlsruhe.

Fischer, Ute (2016): Das Bedingungslose Grundeinkommen – Drei Modelle. In Bundeszentrale

- für politische Bildung. Online unter:
<https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/223286/das-bedingungslose-grundeinkommen-drei-modelle> [Stand: 22.03.2016; Letzter Zugriff: 12.10.2018].
- Friedman**, Milton (1962): Capitalism and Freedom. The University of Chicago Press.
 Deutschsprachige Erstausgabe 1971: Kapitalismus und Freiheit. Deutschsprachige Ausgabe Piper Verlag Mai 2004.
- Friedrich**, Lothar (2012): Konsumsteuer und Grundeinkommen. In Das Grundeinkommen (Friedrich Hrsg.) KIT Scientific Publishing, Karlsruhe.
- Gabler Wirtschaftslexikon** (2018): Ausgabensteuer. Online unter:
<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/ausgabensteuer-27846/version-251488> [Stand: 19.02.2018; Letzter Zugriff: 10.12.18].
- Ganghof**, Steffen & **Schulze**, Kai (2015): Vetospieler und Institutionen. In Handbuch Policy-Forschung. Georg Wenzelburger & Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.). Springer VS. Wiesbaden. S.113 – 148.
- Hardorp**, Benediktus (2012): Steuerreform und Transfereinkommen – stellen wir uns den sozialen wie ökonomischen Aufgaben Deutschlands in Europa? In Das Grundeinkommen (Friedrich Hrsg.) KIT Scientific Publishing, Karlsruhe.
- Hibbs**, Douglas A. (1992): Partisan theory after fifteen years. European Journal of Political Economy, 8, S. 361-373.
- Hohenleitner**, Ingrid & **Straubhaar**, Thomas (2008): Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte. HWWI Band 1. Thomas Straubhaar (Hrsg.). Hamburg University Press.
- Junge Liberale**: Liberales Bürgergeld – Unsere Position. Online unter:
<https://www.julis.de/bundestagswahl/unsere-argumente/liberales-buergergeld/> [Letzter Zugriff: 15.10.2018].
- Netzwerk Grundeinkommen** (2012): Grundbegriffe. Aktualisierte Fassung von Ronald Blaschke „Wichtige Grundbegriffe“ von 2009. Online unter:
<https://www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/grundbegriffe> [Stand: April 2012; Letzter Zugriff: 12.12.2018].
- Koch**, Hannes (2010): Sozial-Vision – CDU-Kommission träumt vom Bürgergeld für alle. In Spiegel Online. Online unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/sozial-vision-cdu-kommission-traeumt-vom-buergergeld-fuer-alle-a-725864.html> [Stand: 28.10.2010; Letzter Zugriff: 12.10.2018].
- Leifeld**, Philip: Software. Online unter:
<https://www.philipleifeld.com/software/software.html> [Letzter Zugriff: 30.11.2018]
- Leifeld**, Philip, **Gruber**, Johannes & **Bossner**, Felix Rolf (2018): Discourse Network Analyzer Manual. Update DNA 2.0 beta 22 mit rDNA 2.1.9. Online unter:
<https://github.com/leifeld/dna/> [Stand: 14.11.2018; Letzter Zugriff: 16.12.2018].
- Liebermann**, Sascha (2012): Das Menschenbild des Grundeinkommens – Wunschvorstellung und Wirklichkeit? In Das Grundeinkommen (Friedrich Hrsg.) KIT Scientific Publishing, Karlsruhe.
- Marx**, Reinhard (2010): Die Idee des Grundeinkommens – Ein Weg zu mehr

Beteiligungsgerechtigkeit? Konrad-Adenauer-Stiftung Positionen. Sankt Augustin/Berlin.

Mittermeier, Alexander (2016): Das sind die 5 umsatzstärksten Branchen in Deutschland. In GeVestor. Online unter: <https://www.gevestor.de/details/das-sind-die-5-umsatzstaerksten-branchen-in-deutschland-766100.html> [Stand: 13.05.2016; Letzter Zugriff: 12.01.2019].

Obinger, Herbert (2015): Funktionalismus. In Handbuch Policy-Forschung. Georg Wenzelburger & Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.). Springer VS. Wiesbaden. S.35 – 54.

Opielka, Michael (2008): Grundeinkommen als umfassende Sozialreform. Zur Systematik und Finanzierbarkeit am Beispiel des Vorschlags Solidarisches Bürgergeld. In Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte (Thomas Straubhaar Hrsg.) Hamburg University Press.

Paulus: 2. Brief des Paulus an die Thessalonicher. 3, 10-11.

Petersen, Hans-Georg (1995): Pros and Cons of a Negative Income Tax. Finanzwissenschaftlicher Diskussionsbeitrag Nr. 2. Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät. Online unter: http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2006/847/pdf/petersen_paper2.pdf [Stand: 24.11.2008; Letzter Zugriff: 12.10.2018].

Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. American Political Science Review 94 (2). 251–267.

Poreski, Thomas und **Emmler**, Mauel

(2006): „Die Grüne Grundsicherung“ – Ein Diskussionspapier für den Zukunftskongress von Bündnis90/Die Grünen. Version 1.0. Online unter: <http://www.grundsicherung.org/grusi.pdf> [Stand: 07.06.2006; Letzter Zugriff: 21.10.2018].

(2006): Die Grüne Grundsicherung in Kürze „Version 1.2“ (ergänzt). Version 1.2. Online unter: http://www.grundsicherung.org/grusi_kurz.pdf [Stand: 02.11.2006; Letzter Zugriff: 21.10.2018].

Reinsch, Melanie (2019): Solidarisches Grundeinkommen – Berlins Alternative zu Hartz IV startet 2019. In Berliner Zeitung. Online unter: <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/solidarisches-grundeinkommen-berlins-alternative-zu-hartz-iv-startet-2019-31818196> [Stand: 03.01.2019; Letzter Zugriff: 12.01.2019].

Rothenberg, Christian (2018): Berlin testet solidarisches Grundeinkommen als Hartz-IV-Ersatz. In Handelsblatt. Online unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/arbeitsmarkt-berlin-testet-solidarisches-grundeinkommen-als-hartz-iv-ersatz/23146728.html?ticket=ST-2014989-W0LQ5I97bQWB52GdCQMn-ap6> [Stand: 04.10.2018; Letzter Zugriff: 12.01.2019].

Sabatier, Paul A.

(1988): An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. In Policy Sciences 21: S. 129-168. Dordrecht.

- (1993): Policy Change over a Decade or More. In Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach. Hrsg. Paul A. Sabatier und Hank C. Jenkins-Smith, S. 13 – 39. Westview Press.
- (1998): The advocacy coalition framework: revisions and relevance for Europe. In Journal of European Public Policy. S. 98 – 130. Routledge.
- Sabatier, Paul A. & Jenkins-Smith, Hank** (1993): Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach. Westview Press.
- Sandig, Andreas** (2018): Unterschied bedingungsloses und solidarisches Grundeinkommen. In MDR Aktuell Nachrichten. Online unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/unterschied-bedingungsloses-solidarisches-grundeinkommen-hintergrund-100.html> [Stand: 02.04.2018; Letzter Zugriff: 04.11.2018].
- Schäfer, Kristina Antonia** (2018): Studienleiter: Experiment zum Grundeinkommen nicht gescheitert. In Wirtschaftswoche. Online unter: <https://www.wiwo.de/politik/ausland/finnland-studienleiter-experiment-zum-grundeinkommen-nicht-gescheitert/21212466.html> [Stand: 25.04.2018; Letzter Zugriff: 12.01.2019].
- Schmergal, Cornelia** (2004): Sieben gute Gründe für das Hartz-IV-Reformpaket. In Welt am Sonntag. Online unter: <https://www.welt.de/print-wams/article114402/Sieben-gute-Grunde-fuer-das-Hartz-IV-Reformpaket.html> [Stand: 15.08.2004; Letzter Zugriff: 13.01.2019].
- Schmidt, Manfred G.** (1996): When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy. In European Journal of Political Research, September 1996, Vol.30(2), pp.155-183.
- Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)** (2016): Wuchtiges Nein zum bedingungslosen Grundeinkommen. Online unter: <https://www.srf.ch/news/schweiz/abstimmungen/abstimmungen/grundeinkommen/wuchtiges-nein-zum-bedingungslosen-grundeinkommen> [Stand: 05.06.2016; Letzter Zugriff: 10.12.2018].
- Speermann, Alexander** (2012): Die ökonomischen Effekte des Bedingungslosen Grundeinkommens sollten durch Feldexperimente erforscht werden. In Das Grundeinkommen (Friedrich Hrsg.) KIT Scientific Publishing, Karlsruhe.
- Statista**
- (2018): Entwicklung des Mehrwertsteuersatzes in Deutschland von 1968 bis 2017. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164066/umfrage/entwicklung-des-mehrwertsteuersatzes-in-deutschland-ab-1968/> [Stand: 2018; Letzter Zugriff: 10.12.18].
- (2019): Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 1996 bis 2018. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/> [Stand: 2019; Letzter Zugriff: 13.01.2019].
- Steuer, Helmut** (2018): Sozial Experiment – Wie Finnland immer weiter das Grundeinkommen aufweicht. In Handelsblatt. Online unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/soziales-experiment-wie->

- finnland-immer-weiter-das-grundeinkommen-aufweicht/21092448.html [Stand: 20.03.2018; Letzter Zugriff: 10.12.2018].
- SZ Online** (2018): Bedingungsloses Grundeinkommen bald passé. In Süddeutsche Zeitung. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finnland-bedingungsloses-grundeinkommen-bald-passe-1.3956654> [Stand: 24.04.2018; Letzter Zugriff: 10.12.2018.]
- Tönshoff**, Christina, **Brandherm**, Ruth & **Philipps**, Robert (2017): (K)ein bedingungsloses Grundeinkommen, bitte! Lehren aus der Debatte um den Sozialstaat der Zukunft. In WISO Direkt. 23/2017. Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hrsg.). Bonn.
- Ulmer**, Robert (2011): Der Konsumsteuer-Vorschlag - ein Hindernis auf dem Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen? Online unter: <https://www.grundeinkommen.de/08/07/2011/der-konsumsteuer-vorschlag-ein-hindernis-auf-dem-weg-zum-bedingungslosen-grundeinkommen.html> [Stand: 08.07.2011; Letzter Zugriff: 10.12.2018].
- Viementis** (2016): Lexikon: Konsumsteuer. Online unter: <https://www.vimentis.ch/d/lexikon/250/Konsumsteuer.html> [Stand: 12.03.2016; Letzter Zugriff: 10.12.2018].
- Vobruba**, Georg (2007): Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. 2. Erweiterte Auflage VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Werner**, Götz (2008): Einkommen für alle. Kiepenheuer & Witsch Verlag. Köln.
- WELT** (2016): Referendum – Schweizer stimmen gegen bedingungsloses Grundeinkommen. Online unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article155976082/Schweizer-stimmen-gegen-bedingungsloses-Grundeinkommen.html> [Stand: 05.06.2016; Letzter Zugriff: 10.12.2018].
- Wigger**, Berthold U. (2012): Konsumsteuer und Demokratie. In Das Grundeinkommen (Friedrich Hrsg.) KIT Scientific Publishing, Karlsruhe.
- Wolf**, Stefan (2016): Unser Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens – finanzierbar – emanzipatorisch – gemeinwohlfördernd. In Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. 4 Auflage, Berlin.
- Zinterer**, Tanja (2010): Advocacy coalition. In Nohlen, Dieter & Schultze, Rainer-Olaf. Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1, A-M; München 2004. S. 4

Anhang

Der gesamte Anhang befindet sich digital auf der CD im Deckelinneren der Arbeit.

1. Do-Files_R
2. Output_Tabellen
3. Rohdaten_Discourse_Network_Analyzer

Eigenständigkeitserklärung:

Ich versichere, dass ich die vorgelegte Meisterarbeit mit dem Titel „Der Diskurs über das Bedingungslose Grundeinkommen - Eine Analyse über die innerdeutsche Debatte seit den Hartz IV Reformen“ eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Masterarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

Keneder Maximilian

Datum: 28.01.2019